

und

plötzlich

standen

sie

da

20 Jahre Freiplatzaktion Basel

«und plötzlich
standen sie da»
**20 Jahre
Freiplatzaktion
Basel**

Herausgegeben
von der Freiplatzaktion Basel
Asyl und Integration
Beratungsstelle für Menschen
aus Sri Lanka



Freiplatzaktion Basel 2005 im Eigenverlag

Impressum

Herausgeberin: Freiplatzaktion Basel, Florastrasse 12, 4057 Basel
www.freiplatzaktion-basel.ch

Projektleitung und Konzept: Prof. Ueli Mäder, Soziologe, Universität Basel und
Dr. phil. Petra Leuenberger, wissenschaftliche Mitarbeiterin,

sowie die Arbeitsgruppe: Barbara Frei-Koller, Dr. iur. Jürg Meyer,
UruthiraMoorthy Nagesh, Dr. phil. Stephan Parak, lic.iur. Hanspeter Spaar

Gestaltungskonzept: Marianne Diethelm

Illustrationen: TAMILISCHE SCHULE

Fotos: Walter Keller und Mitglieder Freiplatzaktion Basel

Lektorat: Doris Tranter

Druck: Intertenpro AG, Peter Herzog

Auflage: 2000

ISBN-10 3-033-00609-4 und ISBN-13 978-3-033-00609-6

Audio-CD: TAMILISCHE ÜBERSETZUNG VON URUTHIRAMOORTHY NAGESH ERHÄLTICH BEI
DER FREIPLATZAKTION BASEL, FLORASTRASSE 12, 4057 BASEL
Tel. 061 691 11 33, Fax 061 691 11 57, E-mail: infos@freiplatzaktion-basel.ch

© Copyright: Freiplatzaktion Basel 2005

Inhaltsverzeichnis

- 5 Einleitung Jürg Meyer
- 8 Editorial Peter Arbenz
- 12 Plötzlich standen sie da Hans-Ueli Raaflaub
- 16 20 Jahre Freiplatzaktion Basel – ein Rückblick Petra Leuenberger
- 25 Die Freiplatzaktion aus Sicht der ehemaligen Präsidenten
und Präsidentin Petra Leuenberger
- 31 Das Tor zur Schweiz Interview mit UruthiraMoorthy Nagesh
- 38 Leben im Paradies Ueli Mäder
- 51 «Wäre die Sache mit der Aufenthaltsbewilligung nicht,
wäre ich wirklich glücklich» – ein Porträt Petra Leuenberger
- 54 Sri Lanka oder: das Ringen der Löwen und Tiger Oskar Flück
- 83 Vom «Sonderfall Tamilen» zum «Normalfall Sri Lanka»
Die Schweizer Asylbehörden und das Sri-Lanka-Dossier Stephan Parak
- 104 Die Tamilische Schule Basel Petra Leuenberger
- 115 Etwas Sinnvolles tun
Vom Zivi zum Präsidenten der Freiplatzaktion Basel Stephan Herzog
- 119 Dank an alle freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Freiplatzaktion Basel

Gastfreundschaft

Der Name Freiplatzaktion bedeutet Gastfreundschaft in akuten Notlagen von Flüchtlingen, angeboten im Rahmen von spontanen Bürgerinnen- und Bürgerbewegungen. Eine solche Freiplatzaktion bildete sich in der Schweiz in den harten Zeiten des Zweiten Weltkrieges zum Schutz von Flüchtlingen aus den nationalsozialistischen Herrschaftsgebieten. Der Anstoss hierzu kam damals von Persönlichkeiten wie Gertrud Kurz vom Christlichen Friedensdienst und Pfarrer Paul Vogt. Dann folgte nach 1973 die Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge, ins Leben gerufen von Pater Cornelius Koch. Im Jahre 1985 galt der Aufbau der nunmehr 20-jährigen Freiplatzaktion Basel den Flüchtlingen aus Sri Lanka, die damals um Hilfe nachsuchten. Ihr ist diese Jubiläumsschrift gewidmet. Freiplatzaktionen wurden damals auch in anderen Regionen gegründet, unter anderem in Zürich. Die Bürgerkriegssituation in Sri Lanka, welche hinter der Not der tamilischen Flüchtlinge stand, fand bis heute, trotz hoffnungsvoller Ansätze der Friedenssuche, noch keinen sicheren Abschluss.

Die Freiplatzaktion entstand unter dem Druck wachsender Abwehr von Flüchtlingen in der schweizerischen Politik. Als Gegenbewegung wuchs damals in der ganzen Schweiz ein Netzwerk von Asylkomitees. Das politische Klima verhärtete sich seither noch weiter. Das ursprünglich liberale Asylgesetz vom 5. Oktober 1979, in Kraft seit 1. Januar 1981, wird periodisch in Abständen von wenigen Jahren weiter verschärft. Dabei werden elementare Menschenrechte in Frage gestellt, beispielsweise mit erweiterter Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft und mit dem Entzug der Sozialhilfe, zurzeit im Zuge von Nichteintretensentscheiden. In den Anfangszeiten der Freiplatzaktion stand das Ringen um feste Aufenthaltsrechte im Vordergrund. Während langer Zeit litten die tamilischen Flüchtlinge unter der Ungewissheit ihrer Zukunft. Mit mehreren Eingaben an die Bundesbehörden trat die Freiplatzaktion für kollektive Aufenthaltsregelungen ein. Damit förderte sie unter anderem das Zustandekommen der «Humanitären Aktion 2000», erlassen im März 2000. In neuerer Zeit gelangen Integrationsfragen immer mehr in den Mittelpunkt. Es geht um die Verbesserung der Chancen in Arbeit, Wohnen, Schule, Berufsbildung, allgemeinem Zusammenleben und um die Einbürgerung.

Die Verhärtung des öffentlichen Klimas steht in engem Zusammenhang mit dem Wachstum von Krisenherden, die Fluchtbewegungen auslösen. In Kriegs- und Dikta-

turstaaten erfasst die Bedrohung ganze Bevölkerungsgruppen und Völker, während das Asylrecht auf individuelle Bedrohungslagen ausgerichtet bleibt. Heute erleben wir in grossen Teilen der Welt den Zerfall ganzer einstmals stolzer Staaten mit Konsequenzen blutiger Auseinandersetzungen. Im Hintergrund der unheilvollen Entwicklung finden wir Realitäten der Globalisierung. Mit der Verhärtung des weltweiten Konkurrenzkampfes verschärft sie überall, bei uns, in den Schwellenländern und in den armen Staaten, die sozialen Gegensätze. Ebenso bringt sie unentrinnbar die weitere Durchmischung aller Staaten und Regionen mit vielfältigen Ethnien, Kulturen und Religionen. Die wirtschaftliche Standortkonkurrenz verdrängt in der Politik Anliegen des sozialen und kulturellen Ausgleichs. Nur eine eigentliche Globalisierungspolitik mit klaren sozialen Zielen, unter anderem der Überwindung ausbeuterischer Tieflohnstrukturen, und mit interkultureller Vermittlung kann die Konfliktpotentiale abbauen. Die Erfahrungen der Freiplatzaktion zeigen dabei, dass eine offene Flüchtlingspolitik begleitet werden muss von intensiver Entwicklungszusammenarbeit und von Friedenssuche auf diplomatischer Ebene.

In der vorliegenden Jubiläumsschrift werden die Erfahrungen der Freiplatzaktion Basel aus unterschiedlicher Optik gewürdigt. Hans-Ueli Raaflaub gibt aus seiner eigenen Erfahrung ein eindrückliches Bild von der Notlage tamilischer Flüchtlinge. Aus der Sicht von Max Stückelberger, erster Präsident der Freiplatzaktion, von Markus Knöpfli, Präsident 1990 bis März 1995, von Barbara Frei-Koller, Präsidentin bis 2005, sowie von UruthiraMoorthy Nagesh, langjähriger Vizepräsident, wird die weitere Arbeit mit den Flüchtlingen dargestellt, ebenso im Rückblick von Petra Leuenberger. Mit ihren Eingaben standen die Mitglieder der Freiplatzaktion in ständigem, oftmals konfliktreichem Kontakt mit den Asylbehörden. Deren Sicht kommt im Einleitungstext von Peter Arbenz, früherer Delegierter für das Flüchtlingswesen, und im Bericht von Stephan Parak, Sektionschef des Bundesamtes für Migration, zur Darstellung. Oskar Flück zeichnet die Entwicklung der Gegensätze in Sri Lanka. Ueli Mäder, Professor für Soziologie an der Universität Basel, in Zusammenarbeit mit Studierenden der Hochschule für Pädagogik und soziale Arbeit, sowie dessen wissenschaftliche Mitarbeiterin Petra Leuenberger legen Porträts von Flüchtlingen aus Sri Lanka vor. Der Bericht über die tamilische Schule gibt Eindrücke von der Selbsthilfe, die innerhalb der tamilischen Bevölkerung möglich wurde. Der neue Präsident Stephan Herzog umschreibt die zukünftigen Herausforderungen der Freiplatzaktion Basel. Jürg Meyer



Zum Geleit

Als ich am 1. März 1986 das Amt eines Delegierten des Bundesrates für das Flüchtlingswesen antrat, hatte ich mich unverzüglich mit dem Schicksal der tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka auseinanderzusetzen. Dies brachte mir amtsintern bald einmal den Nickname «Tamilen-Peter» ein. Der Aufstand der Tamilen gegen die srilankische Regierung und die internen gewaltsamen Auseinandersetzungen hatten Jahre zuvor begonnen und führten zu einem immer grösseren Flüchtlingsstrom junger Tamilen nach Europa und auch in die Schweiz.

Die Sicherheitslage in Sri Lanka war immer wieder geprägt von Phasen der Beruhigung und der Reeskalation. Dies war denn auch der Grund, weshalb die Asylbehörden des Bundes ständig von der Frage hin und her gerissen waren, ob die Wegweisung abgewiesener tamilischer Asylsuchender ins Heimatland zumutbar sei oder nicht. Der Bundesrat verfügte in diesen Anfangsjahren mehrmals einen Ausschaffungsstopp und hob ihn Monate später wieder auf.

Die Beurteilung der Asylgesuche ergab, dass einige junge Tamilen tatsächlich verfolgt und gefoltert worden waren, andere wegen der anhaltenden Unsicherheit und ihrer Angst vor Rekrutierung durch die Tamil Tigers das Land verliessen. Dritte wiederum erhofften sich in der Schweiz und anderen Einwanderungsländern ein besseres Einkommen, um ihre Familien zuhause unterstützen zu können.

Um mir selbst ein Bild von der Lage in diesem von Terroranschlägen und einem Bürgerkrieg geplagten Land zu verschaffen, unternahm ich im Sommer 1989 eine Abklärungsmission nach Sri Lanka. Während dieses Aufenthalts wurde ich Augenzeuge eines Terroranschlags der Tamilen auf ein singhalesisches Fischerdorf und eines nachfolgenden Racheaktes an einem jungen Tamilen.

In der Schweiz war die Aufnahmebereitschaft für die Tamilen von Anbeginn recht gross, wenngleich die dunkelhäutigen Menschen da und dort in Dörfern, in denen sie zeitweilig untergebracht waren, die hiesige Bevölkerung irritierten. Bald einmal erwiesen sich die Tamilen als überaus freundliche Gäste und insbesondere im Gastge-

werbe als einsatzfreudige und lernbegierige Partner. Nicht nur Hilfsorganisationen, sondern auch einzelne Schweizerinnen und Schweizer nahmen sie gerne bei sich auf und setzten sich für sie ein.

Zu Beginn der 90er Jahre unternahm ich dann während einiger Zeit den informellen Versuch, zwischen den Tamil Tigers und Vertretern der srilankischen Regierung zu vermitteln, mit dem Ziel, für die Region Jaffna und für hauptsächlich von Tamilen besiedelte Gebiete Ost-Sri Lankas eine föderalistische Lösung zu finden und gleichzeitig die Tamil Tigers und ihren politischen Flügel davon abzubringen, sich von Sri Lanka abzuspalten.

Seither sind wieder viele Jahre vergangen, und leider scheiterten auch alle späteren Bestrebungen der internationalen Mediation an der Sturheit beider Seiten und am fehlenden gegenseitigen Vertrauen. Bis heute hat nicht einmal die Tsunami-Katastrophe, bei der beide Bevölkerungsteile massive Opfer hinzunehmen hatten, den Weg zur Versöhnung und zur gemeinsamen Wiederaufbauarbeit geebnet.

Nach zum Teil jahrzehntelanger Anwesenheit in der Schweiz und einer vorläufigen Aufnahme erhielten im Jahre 2000 viele Tamilen eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung und konnten auch ihre Familien nachziehen. Einige haben bereits das Schweizer Bürgerrecht erworben. Zurzeit leben gegen 40 000 Tamilen in der Schweiz. Sie haben sich hier, unterstützt von vielen Asylorganisationen und insbesondere auch von der Freiplatzaktion Basel, Asyl und Integration, Beratungsstelle für Menschen aus Sri Lanka, gut integriert. Dafür danke ich all diesen freiwilligen Helfern sehr herzlich.

Persönlich freue ich mich immer wieder, wenn ich in der Schweiz Tamilen begegne, denen ich damals in der einen oder anderen Weise helfen konnte. Einige erkennen mich auch nach mehr als 10 Jahren wieder und sprechen mich spontan auf die heutige Lage in Sri Lanka und seine Perspektiven an. **Peter Arbenz**





Plötzlich standen sie da

Plötzlich standen sie da. Tamilen! An die UngarInnen hatte man sich gewöhnt, an die ChilenInnen, an die TschechInnen, an die KurdInnen. An die einen weniger, an die anderen mehr. Und jetzt plötzlich Tamilen. Woher kamen die überhaupt? Warum? Exotisches Sri Lanka, plötzlich vor der Haustüre. Bürgerkrieg in Sri Lanka? – nie gehört.

Winter 1985. Ich hatte soeben meine Arbeit im neu gegründeten Ökumenischen Friedensnetz aufgenommen und war vorher schon im Asylbereich aktiv. Krisensitzung in der Asylszene. 25 junge Tamilen seien in einer Zivilschutzanlage untergebracht, tagsüber auf der Strasse. Unhaltbare Zustände, die Bevölkerung fürchtet um den Frieden im Quartier, die Tamilen frieren auf der Strasse. Scheu und zurückhaltend sitzen sie da, die Mitglieder der tamilischen Delegation, die sich mit uns trifft. Freundlich und bescheiden bringen sie ihren Wunsch nach einer würdigen Unterkunft, einem warmen Essen und einer Aufenthaltsmöglichkeit tagsüber vor. Verhandlungen mit dem Fürsorgeamt, zuständig für die Unterbringung von Asylsuchenden, führen zu nichts. Die haben nachts ein Dach über dem Kopf und Essensgutscheine, das reicht.



Die Drähte laufen heiss. Ich versuche, Kirchgemeinden dazu zu bewegen, tagsüber ihre Gemeindehäuser zu öffnen und den Tamilen einen Tagesaufenthaltsraum und eine warme Mahlzeit zur Verfügung zu stellen. Ich renne offene Türen ein, das Andreashaus in Riehen steigt als Erstes spontan ein. Es dauert allerdings eine Weile, bis alles abgeklärt und organisiert ist und Freiwillige zur Betreuung gefunden sind.

Nur: Zeit haben wir keine. Plötzlich geht es sehr schnell: Ein Notruf aus dem Fürsorgeamt erreicht mich kurz darauf: 25 Tamilen würden bei ihnen in der Schaltherhalle stehen und sich weigern, wegzugehen, bis eine Lösung gefunden sei. Ob ich helfen kön-

ne? Vom Bittsteller zum Helfer, so schnell ändern sich die Positionen. Ich bringe sie zum Andreashauss, das unkompliziert sofort den Raum öffnet. Ab jetzt wird improvisiert: Freiwillige werden zusammengetrommelt, Pläne und Einkaufslisten erstellt, Spiele aufgetrieben, englische Bücher organisiert. Bald duftet das ganze Gemeindehaus nach tamilischer Küche.

Ich weiss nicht mehr, ob es Zufall war oder im Zusammenhang mit den Tamilen im Gemeindehaus stand: Jedenfalls wurde anlässlich eines Gottesdienstes des Christlichen Friedensdienstes CFD in Riehen dazu aufgerufen, bei der Begleitung der Tamilen mitzuhelfen. Plötzlich standen eine Vielzahl von Hilfwilligen vor der Türe. Sie waren nicht nur in der Tagesbegleitung aktiv, sie halfen auch mit, private Schlafplätze zu finden und organisierten bald darauf Deutschkurse und boten Beratung und andere Hilfeleistungen an. Der pensionierte Pfarrer aus Riehen, der Buchhalter aus Arlesheim, die Musikerin aus Reinach, die Hausfrau vom Bruderholz. Plötzlich waren sie alle da. Und sie gaben sich einen Namen. Die Freiplatzaktion war geboren: Freie Plätze für Tamilen.

Die Hilfsbereitschaft für die immer in grösserer Zahl ankommenden Tamilen breitete sich schneeballartig aus. Fünf weitere Gemeinden öffneten ihre Räume. Freiwilligengruppen organisierten sich, Kurse wurden angeboten, Informationsabende organisiert, dutzende von privaten Schlafplätzen zur Verfügung gestellt. Aber auch die kantonalen Aufnahmestellen stellten sich besser auf die jetzt wachsenden Zahlen von Asylsuchenden ein. Die Tagesräume wurden nach ca. einem halben Jahr nicht mehr benötigt, ebenso wenig die privaten Schlafplätze. Manche Freiwilligengruppen lösten sich bald wieder auf, später auch das Asylkomitee und das Ökumenische Friedensnetz.

Die Freiplatzaktion blieb bestehen. Und ihre Mitglieder haben es zusammen mit den TamilInnen geschafft, vom Hilfsverein zum Selbsthilfeverein zu werden, in dem die Betroffenen füreinander mitgestalten und voneinander lernen, sich zu politisieren und sich auch anderen Gruppen und Anliegen zu öffnen. Das beeindruckt mich. Dazu gratuliere ich ganz herzlich. Hans-Ueli Raaflaub, Gründungsmitglied der Freiplatzaktion Basel





20 Jahre Freiplatzaktion Basel – ein Rückblick

Die Vielfältigkeit der Aufgaben der Betreuung kommt in diesem Beitrag mit Deutlichkeit zum Ausdruck. Von Anfang an bildeten Deutschkurse eine wichtige Aufgabe. Ebenso wichtig war der Tamilisch-Unterricht für die tamilischen Kinder. Wichtige Merkblätter mussten auf tamilisch übersetzt werden. Der Alltag in unserer Gesellschaft führt vor allem für Menschen mit fremder Muttersprache zu vielfältigen Problemen, die in Zusammenarbeit bewältigt werden müssen. Seit jeher konnte die Freiplatzaktion auf zahlreiche Freiwillige schweizerischer und tamilischer Herkunft zählen. Jürg Meyer

Am 30. Mai 1985 fand die offizielle Konstituierung der Freiplatzaktion Basel als Verein statt. Das Protokoll der Gründungsversammlung vermerkt 16 anwesende Gründungsmitglieder; Vorsitzender war Pfarrer Max Stückelberger aus Riehen, der im Laufe der Veranstaltung «einstimmig und mit Applaus»¹ zum Präsidenten des Vereins gewählt wurde. Anlass zur Vereinsgründung boten die srilankischen Staatsangehörigen, die im Januar 1985 wegen des Ausbruchs des Bürgerkriegs in Sri Lanka in die Schweiz und nach Basel kamen.² 24 Tamilen wurden «in der Notschlafstelle (Bunker) Thiersteinerrain» untergebracht, «die – im kalten Februar – tagsüber verlassen werden musste».³ Freiwillige mieteten an der Güterstrasse 300 einen Raum, der von da an als Treffpunkt, Beratungsbüro und Unterrichtslokal für Deutschkurse diente. Zu den Sprachkursen heisst es: «Es nehmen täglich 20–24 Tamilen daran teil, die dort auch ihr Frühstück erhalten. Eine Erweiterung in 2 Klassen ist vorgesehen. Eine Schulgenehmigung und damit Bezahlung der Lehrer durch den Staat liegt nicht vor.»⁴ Ferner wurden den Tamilen Selbstkochmöglichkeiten und Freiplätze – Schlafplätze bei Privaten – vermittelt. «Der Kreis der Hilfesuchenden und der Aufgaben wuchs rasch», heisst es im Jahresbericht 1985. Die Mithilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie die Beratung in



asylrechtlichen Fragen, die insbesondere ab Oktober 1985 aktuell wurde, als die ersten Tamilen die Ablehnungsbescheide erhielten, sprengte nicht selten die personellen und finanziellen Ressourcen des Vereins. Dennoch engagierten sich zahlreiche Freiwillige weiter. In den Folgejahren konnte der Sprachunterricht kontinuierlich ausgebaut werden, und für abgewiesene Asylsuchende wurde in Zusammenarbeit mit Juristinnen und Juristen die Möglichkeit der Rekurse ergriffen. Im Protokoll der Sitzung vom 11. August 1987 wird festgehalten, dass, wenn immer möglich, Rekurse eingereicht werden sollen, nicht um Asyl zu erhalten, sondern um verfrühte Rückschaffungen zu verhindern.⁵ Wie dem entsprechenden Jahresbericht zu entnehmen ist, bekamen 1987 «weitere 54 – zu den bisherigen 105 – den Ablehnungsentscheid ihres Asylgesuchs.»⁶ Zwei Jahre später, die Zahl der Asylgesuche ist weiter angestiegen, heisst es im Jahresbericht der Freiplatzaktion unter dem Punkt Asylpolitik: «Die schweizerische Abschreckungspolitik im Asylwesen hat bisher nichts gelöst.»⁷ Wie in den Jahren zuvor halfen auch in diesem Jahr die Freiwilligen bei der Beschaffung von Wohnungen, beim Erledigen diverser Formalitäten, berieten in Asylverfahrensfragen, reichten Rekurse ein, «und dann ging es immer wieder einfach um die mitmenschliche Begleitung.»⁸ Anno 1990 erhielten über 4000 srilankische Asylsuchende im Rahmen einer vom Bund beschlossenen humanitären Regelung eine Aufenthaltsbewilligung. Im gleichen Jahr kam es vereinsintern zu bedeutenden Veränderungen. Zum einen trat Max Stückelberger von seinem Amt als Präsident zurück, zum anderen wurde der Verein, nachdem gar über seine Auflösung debattiert wurde, reorganisiert. «Das ganze Jahr 1991 stand bei der Freiplatzaktion im Zeichen der Strukturänderungen. An mehreren Sitzungen diskutierten Tamilen und Schweizer gemeinsam über das künftige Ziel der Freiplatzaktion, ihre Organisationsform und die neuen Statuten», schreibt der



Freiplatzaktion für Asylsuchende
Region Basel

Protokoll der Gründungsversammlung vom 30.Mai 1985 1600 Uhr Tamilenschule

Vorsitz: Max Stückelberger

Anwesend: 16 Gründungsmitglieder laut Präsenzliste (s/Beilage)

Traktanden: 1/ Statuten
2/ Wahlen
3/ Weiteres Vorgehen

1/ Beratung und Abstimmung der Statuten

Nach gewalteter Diskussion wird der Wortlaut des Statuten-Entwurfes (s/Beilage) angenommen. Beim Druck soll jedoch folgende Darstellung eingehalten werden:

- I Text der rechten Seite, oberer Teil
- II " " linken Seite
- III " " rechten Seite, unterster Satz.

2/ Wahlen

Als Präsident wird Herr Max Stückelberger einstimmig und mit Applaus ^{gewählt.}

Als Vorstandsmitglieder werden neben Herrn Stückelberger einstimmig gewählt

Frau Ruth Schmidt als Vertreterin der Tamilenschule

Frau Hanni Rytz

Frau Ruth Nager

Hans-Ueli
Herr RAATLÄUB

Albert Hofmann als Kassier

3/ Weiteres Vorgehen

Alle uns bekannten Adressen erhalten einen Brief mit Orientierung über Vereinsgründung und bisherige Aktivitäten sowie Talon, mit dem sie die Mitgliedschaft zum Verein erklären können.

Eine erste, konstituierende Vorstandssitzung findet am Montag, 3.Juni 1985 um 1600 Uhr in der Theestube Theaterpassage statt.

GILT ALS EINLADUNG FÜR VORSTANDSMITGLIEDER:

31. Mai 1985

Für das Prptokoll:

Albert Hofmann

Beilagen: Präsenzliste
Statuten-Entwurf

Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel

Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 3. Juni 1985, 16.00 Kunsthalle

Anwesend: alle Vorstandsmitglieder.

Vorsitz: Max Stückelberger

1. Konstituierung des Vorstandes:

Präsident: Max Stückelberger

Kassier: Albert Hofmann

Vizepräsident: bleibt offen

Protokollschreiber: noch nichts bestimmt

Postcheckkonto: ist vorhanden (Basellandschaftl. Kantonalbank
Filiale Arlesheim, 40-1030-8, zu Gunsten 120.101.438-3
Freiplatzaktion für Asylsuchende Basel).

Adresse: kein Postfach, sondern Kontaktadresse Max Stückelberger,
Rechtelenweg 7, 4125 Riehen.

2. Ressorts:

Schule	Frau Schmidt	Raumiete und Pflege Kontakte mit Familien Samstag-Kafi. Frau Beurth: Schule, Finanzen, Lehrer, in St. Franziskus
Essen bis 1. Juli ab 1. Juli privat in Wohnungen	Frau Nager	
Freiplätze bis 1. Juli ab 1. Juli Wohnungen	Herr Kohrer	später allenfalls Stückelberger
Wohnhilfe ab 1. Juli (Privatwohnungen)	Herr Raßlaub	Freiplätze und Essen damit aufgehoben. Familien erhalten Fr 460.- zum Leb
Freiplätze für Neue und Essen	Frau Rytz und Betreuer	
Arbeitssuche	Herr Raßlaub	In Zusammenarbeit mit Projekt Wohnhilfe

3. Öffentlichkeitsarbeit

Raßlaub und Stückelberger

15.7.85.

Protokollführer: *M. Stückelberger*

neue Präsident Markus Knöpfli in seinem ersten Jahresbericht.⁹ Der Verein wird durch die Umstrukturierung «vom Hilfsverein von Schweizern für Tamilen zum Hilfsverein von Tamilen und Schweizern».¹⁰ Als eine von sechs Arbeitsgruppen nahm «das Büro» als Sitz der Beratungsstelle, zuerst an der Güterstrasse 300, dann an der Florastrasse 12, seine Tätigkeit auf. Ein Jahr später, 1992, entstand die tamilische Schule, in der tamilische Kinder jeden Mittwochnachmittag den Tamil-Unterricht besuchen. Auch im Jahr 1993 und den folgenden Jahren lagen die Hauptaufgaben der Beratungsstelle im Bereich der Arbeits- und Wohnungssuche sowie der Beschwerdeführung gegen das Bundesamt für Flüchtlinge aufgrund negativer Asylentscheide. 1995 ging das Präsidium von Markus Knöpfli an Barbara Frei-Koller über, und das Büro zog von der Güterstrasse an die Florastrasse 12. Im gleichen Jahr wurden alle vorhandenen Merkblätter auf tamilisch übersetzt, ein Jahr später wurde eine Broschüre über Schwangerschafts- und Geburtsvorbereitung entworfen, 1997 auf Deutsch und Tamilisch und 1999 auf Französisch gedruckt. Seit März 1998 konnte die Beratungsstelle auf die ständige Mitarbeit von Zivildienstleistenden zählen. Dies gestattet die tägliche Offenhaltung der Beratungsstelle. Zu den Zivildienstleistenden gehörten unter anderem der derzeitige Präsident der Freiplatzaktion Stephan Herzog und der Revisor Philip Brugger. Einer der früheren Zivildienstleistenden, Pierre-Alain Niklaus, trägt heute in der Basler Region die Verantwortung für die Anlaufstelle der Sans-Papiers. Martin Leschhorn arbeitet heute im Rahmen des Service Civil International mit der Freiplatzaktion Basel zusammen.

Seit jeher galt ein grosser Teil der Betreuungsaufgaben speziell den Frauen. So wurden für sie auch besondere Deutschkurse mit Kinderbetreuung und besondere Aussprachetreffen durchgeführt. Die internationale Frauenkonferenz in Peking im Jahre 1995 machte es möglich, dauerhafte Kontakte zu Frauenorganisationen in Sri Lanka anzuknüpfen. Dies ermöglichte es bis heute der Freiplatzaktion, bei Rückschaffungen von alleinstehenden Frauen Kontakte zu Partnerinnenorganisationen in Sri Lanka aufzunehmen. Diese helfen den betroffenen Frauen bei der Suche nach Wohnung und Arbeit.

Im Jahr 2001 wurden wegen der zahlreichen Ausweisungen vermehrt Kontakte in Sri Lanka gesucht und geknüpft. Angesichts einer befriedigenden Finanzlage konnte auch eine 50-Prozent-Stelle eingerichtet werden. Die Betreuung und Beratung von Asylsuchenden aus Sri Lanka, einst Kerngeschäft der Freiplatzaktion, trat im Laufe der Zeit

Gesamt - Beitragsübersicht per 31. Dezember 1985

01 Jahres- und Ersatzbeiträge Mitglieder/Spensalis, B. 35'978.45	
02 Beiträge aus eigenen Veranstaltungen	• 2'869.45
03 Beiträge von anderen Institutionen	• 12'026.--
04 Beiträge von Mitgliedern an juristischen Dienst	• 4'250.--
05 " " Asylbewerbern	• 350.--
06 Einzelbeiträge	• 19.30
Total Einnahmen	S. 52'792.90

11. Technische Löhne + Sozialleistungen 21'958.35

Miete + Strom	4'610.25
Lehnhilfslohn	1'050.10
Verkehrskosten	2'355.55

12 Vergütungsdienst	S. 28'552.75
13 christliche Dienst (Lohnsteuer)	• 1'321.05
14 Individuelle Beiträge an Asylbewerber	• 4'265.40
15 Beiträge an verschiedene Institutionen	• 1'932.95
16 Administrations-Druckkosten	• 100.--
17 Bank- und EC-Spesen	• 1'078.90
18 Verrechnungsteile	• 168.90
	• 6.75
Total Ausgaben	S. 37'924.30
Rest-Einnahmen	S. 15'268.60
	S. 32'759.90

Bilanz per 31. Dezember 1985

Aktiva:

Bankkonto IFO-100-420-3 ELKS Arieschule	S. 10'570.20
Postbankkonto der Tagesehelike Basel	• 5'731.70

Passiva:

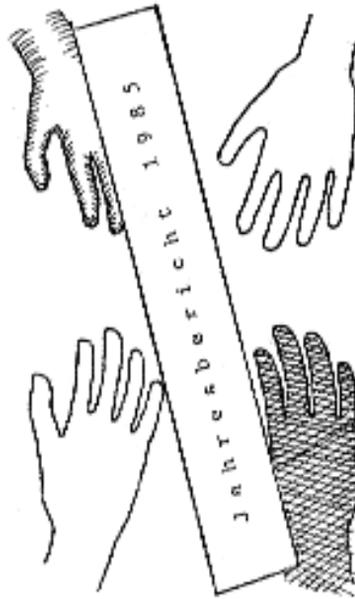
Transitorische Passiva: ANV 1985	S. 1'035.20
Vorschüsse der Mitglieder für jur. Dienst: Bekayev	• 4'920.--
Eigenkapital	• 11'005.60

Arieschule, 11. Januar 1986

Der Kassier:

Klaus Föllmi

Freiplatz- aktion



für Asylsuchende Region Basel

1. Die Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel ist herausgewachsen aus einem Aufruf der Stiftung Gertrud Kurz, dem GFD, aus Gemeindegliedern der ref. Titus-Kirchengemeinde und InteressentInnen von Hilfswerken.
2. Die Unterbringung von 24 Familien in der Not- schlafstelle (Banker) Thiersteinerrain, die - im kal- ten Februar - tagsüber verlassen werden musste, löste konkrete Tätigkeiten aus.
3. Vorerst aus privaten Initiativen entstanden eine Tagesschule für Deutschunterricht an der Gü- terstrasse 300 mit 2 Klassen, eine vorübergehende Vermittlung von Exilplätzen und von Selbstkooperationsmöglichkeiten im Andreasheis und St. Franziskus in Riehen.
Vom 1. Juli an hatten alle eigenen Wohnraum.
4. Am 30. Mai fand die offizielle Konstituierung der Freiplatzaktion als Verein statt. Neben den Mitgliedern besteht ein Kreis von Freunden und Interessenten.
5. Der Kreis der Hilfesuchenden und der Aufgaben wuchs rasch. Die Tagesschule - seit Oktober voll in der Freiplatzaktion integriert - vergrösserte sich auf 5 Lehrkräfte und rund 40 Schüler. Neu kam Englisch-Unterricht dazu.
Mithilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche, sowie Beratungen konnten nicht immer in der nötigen Intensität geleistet werden. Es fehlten die Kräfte dazu.
Im Lauf des Oktobers bekamen die ersten Familien die Ablehnungsbescheide auf ihr Asylgesuch. In Zu- sammenarbeit mit einer Juristin wurde die Möglich- keit der Rekurse ergriffen, die zumindest einen Aufschub der Auswirkungen bewirken sollten.

6. Anlässe: Zwei Ausflüge von Familien und Schweizern zusammen fanden beidseitig Anklang. Am Flüchtlingslag (8. Juni) auf der Barfüsserplatz und am Richener Dorf- fest wurde an Ständen tamilisches Gebäck verkauft. In der Weihnachtszeit fanden 80 Familien in 20 Gast- familien Aufnahme und feierten mit ihnen Weihnacht.
7. Die Arbeit der Freiplatzaktion wird mit Ausnahme von zwei Lehrkräften unentgeltlich getan. Sie ist eine völlig freiwillige Organisation, die mit ihren Kräf- ten und Mitteln selbst zurechtkommen muss. Eine feste Struktur ist - ausser in der Tagesschule - nicht leicht zu realisieren, da immer wieder neue Probleme und Aufgaben auftauchen. Einzelne können dadurch über- fordert werden. Neue Mitarbeiter sind darum willkommen.
8. Finanzen: Die Mitgliederbeiträge decken nur einen kleinen Teil der Ausgaben. Die Freiplatzaktion ist auf Gaben eines grösseren Kreises von Freunden und Inter- esseuten, wie auch von Kirchengemeinden, angewiesen.
9. Die politische Situation: Seit längerer Zeit wird in Bern von der Rückkehrung aller Familien geredet. Ein Leben, das nicht täglich bedroht ist, ist für diese aber in Sri Lanka nicht möglich. Ein neu ge- gründetes Asylkomitee Basel setzt sich aus mensch- lichen und rechtlichen Gründen dafür ein, dass diese und andere Ausschaltungen nicht geschehen. Es ver- anstaltete am 20. Dezember eine Demonstration unter dem Thema "Keine Ausschaffung in Folter und Tod".
10. Vorstand Ende 1985: Max Stückelberger (Präsident und Kontaktadresse), Rechelweg 7, 4125 Riehen; Albert Hofmann, Rodenweg 53, 4144 Arlesheim; Rolf Neger, In den Nummatten 63, 4125 Riehen; Hansjeli Knaflaub, Wänderstr. 77, 4056 Basel; Hammi Rytz, Spiegelbergstr. 24, 4059 Basel.

PC: Besselland, Kantonalbank, 4144 Arlesheim, Konto 40-1030-8, 2. Gunten Freiplatzaktion für Asylsuchen- de Basel, 120.101.438-3, 76920.

Riehen, 10. Januar 1986 M. Stückelberger, Präsident

in den Hintergrund. Im Protokoll zum Planungsatelier vom 21. September 2002 ist nachzulesen: «Die Beratungsstelle wendet ca. 20% ihrer Zeit für die Beratung und Bearbeitung der Dossiers von Asyl Suchenden auf und ca. 80% für Personen mit einem Aufenthaltsstatus. [...] Die Integrationsarbeit nimmt heute den wichtigeren Platz in der Arbeit der Beratungsstelle ein.»¹¹

Über die ganze Zeit ihres Bestehens hinweg musste die Freiplatzaktion stets den Verhärtungen des schweizerischen Asylrechts entgegentreten. Im Jahre 1986 beteiligte sie sich am Referendum gegen die Revision des Schweizerischen Asylgesetzes, im Jahre 1994 am Referendum gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Mehrere Petitionen der Freiplatzaktion richteten sich gegen die geplante Rückschaffung nach Sri Lanka, die Letzte im Jahre 2001. Im Juli 1994 fanden sich die Mitglieder der Freiplatzaktion zusammen mit der tamilischen Gemeinschaft zu einem Protestmarsch nach Mariastein gegen die geplante Rückschaffung tamilischer Asylsuchender zusammen. Immer wieder kam auch ein Dialog mit den Behörden zustande. So wurde die Freiplatzaktion im Jahre 2000 um eine Stellungnahme zum Rückkehrprogramm des Bundes ersucht. Es ging damals um die Förderung der freiwilligen Rückkehr. Die Freiplatzaktion äusserte sich skeptisch zu den Rückkehrmöglichkeiten in der damaligen politischen Lage.

Zusammen mit anderen Asyl- und Flüchtlingsorganisationen wirkte die Freiplatzaktion stets am Flüchtlingstag mit und beteiligte sich an Migrationsfesten.

Petra Leuenberger

1 Protokoll der Gründungsveranstaltung vom 30. Mai 1985.

2 1984 wurden in der Schweiz 1236 Asylgesuche von srilankischen Staatsangehörigen gestellt, 1985 waren es 2764 (Stürzinger 1998:31).

3 Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel: Jahresbericht 1985, Riehen, 10. Januar 1986.

4 Protokoll der Zusammenkunft vom 23. April 1985.

5 Protokoll der Sitzung vom 11. August 1987.

6 Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel: Jahresbericht 1987, Riehen, 1. Februar 1988.

7 Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel: Jahresbericht 1989, Riehen, 15. Februar 1990.

8 Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel: Jahresbericht 1989, Riehen, 15. Februar 1990.

9 Freiplatzaktion für Asylsuchende Region Basel: Jahresbericht 1991, Basel, 5. März 1992.

10 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 21. März 1991.

11 Protokoll des Planungsateliers vom 21. September 2002, Seite 2.

Bibliographie:

Stürzinger, Martin (1998): Sri Lanka. Informationen für HilfswerkvertreterInnen, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern.

Diverse Protokolle, Jahresberichte, Statuten



Die Freiplatzaktion aus Sicht der ehemaligen Präsidenten und Präsidentin

Zusammenarbeit

Petra Leuenberger führte Gespräche mit den ehemaligen Präsidenten Max Stückelberger, Markus Knöpfli und Barbara Frei-Koller. Dies vermittelt wichtige Daten aus der Geschichte der Freiplatzaktion.

Im Unruhestand fand sich plötzlich der erste Präsident Max Stückelberger, pensionierter Pfarrer, als er mit der Notlage tamilischer Flüchtlinge konfrontiert war. Unzählige Eingaben zur Verteidigung der Aufenthaltsrechte waren zu schreiben. Später traten Themen der Integration in unser Leben, des Einsatzes für die Rechte auf Familiennachzug und des Werbens um Verständnis in der Bevölkerung in den Vordergrund. Bald schon gelang es, tamilische Menschen in die Mitverantwortung einzubeziehen. Davon zeugt auch das Interview von Hanspeter Spaar und Jürg Meyer mit Uruthira Moorthy Nagesh, langjähriger Vizepräsident der Freiplatzaktion. Von Anfang an war die Freiplatzaktion Basel eingefügt in ein Netzwerk von Hilfswerken und Organisationen der Fürsprache für Flüchtlinge. Dies ermöglichte es der Freiplatzaktion, sich zur Hauptsache auf die Flüchtlinge aus Sri Lanka zu konzentrieren. Jürg Meyer

Stellvertretend für zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer führten wir mit den beiden ehemaligen Präsidenten, Max Stückelberger und Markus Knöpfli, und der amtierenden Präsidentin, Barbara Frei-Koller, Gespräche, in denen sie uns ihre Amtszeit bei der Freiplatzaktion schilderten.

Max Stückelberger war 1985 Gründungsmitglied und erster Präsident der Freiplatzaktion. «Am Anfang ging es ziemlich turbulent zu», erinnert sich der heute 86-Jährige, «aber es funktionierte und war sehr effizient». Dass sich die Freiplatzaktion beinahe ausschliesslich tamilischer Staatsangehöriger annahm, ist nach Stückelberger dadurch zu erklären, dass sich damals zahlreiche Tamilinnen und TAMILen in Basel aufhielten, und die Kapazitäten der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer beschränkt waren. «Der Bürgerkrieg war vorbei, und die TAMILen sollten zurückgeschickt werden; sie hatten die Hilfe am nötigsten», begründet er weiter. Da seit September 1984 auch die Beratungsstelle für Asylsuchende der Region Basel (BAS) existierte, war das Beratungsangebot für Asylsuchende anderer Nationalitäten gewährleistet. Max Stückelberger benutzt zur Beschreibung der damaligen Aktivitäten gerne die Metapher von den «vielen kleinen Bächlein, die zusammenflossen», und ergänzt: «Jede und jeder ar-

beitete selbständig und übernahm das, was gerade anfiel – und alles ohne Entschädigung und freiwillig.» Er betont, dass die Freiplatzaktion von Beginn an Wert darauf gelegt habe, dass die Tamilinnen und Tamilen Deutschkompetenzen erwerben würden. Mit der Zeit ergab es sich, dass die Freiwilligen auch bei der Wohnungs- und Arbeitssuche mithalfen. «Häufig habe ich gegenüber einem Vermieter die Garantie für die Miete übernommen. Natürlich hätte ich mich dabei auch übernehmen können, doch es ist nie etwas passiert», beschreibt Stückelberger einen Teil seines geleisteten Engagements. Ausserdem hat er Beschwerden geschrieben, mit Behörden verhandelt, Übersetzungsdienste vermittelt, Kontakte zu den Hilfswerken gepflegt und, und, und – seine Bescheidenheit verbietet ihm, alle Aktivitäten aufzuzählen und grosses Aufsehen darum zu machen. «Die mitmenschliche Begegnung, genährt vom Christlichen, in gutbaslerischer, humanistischer Tradition war und ist für mich wichtig», meint Stückelberger. Und wenn am Ende seines Protokolls über «Arbeitsumfang und Probleme, die sich stellen»¹, zu lesen ist: «Der barmherzige Samariter war nicht darin beispielhaft, dass er half, sondern dass er bereit war in einer Situation, die er weder vorbereitet noch gesucht noch gewünscht hatte. – Wir haben die Tamilen nicht geholt. Aber da sie nun einmal bei uns sind, brauchen sie unsere Hilfe», liefert er die Antwort auf die Frage, warum er sich als Präsident der Freiplatzaktion von 1985 bis 1990 für die Tamilinnen und Tamilen einsetzte.

¹ «Eine Woche Tätigkeit für Tamilen» von Max Stückelberger, Freiplatzaktion Basel, Arbeitsumfang, Probleme, die sich stellen (30.11.1986 bis 6.12.1986), S. 11.

Markus Knöpfli präsierte die Freiplatzaktion nach ihrer Pionierphase. Knöpfli, seit Mitte 1986 bei der Freiplatzaktion aktiv, machte die Übernahme des Präsidiums von einer Reorganisation abhängig. «Die Tamilen waren in der Zwischenzeit ihrer Bedürftigenrolle entwachsen, die Zeit war reif, sie einzubeziehen», führt Knöpfli rückblickend aus. Ferner wurde versucht, die Kräfte zu bündeln, indem verschiedene, autonom funktionierende Arbeitsgruppen – Büro, Radio, Frauenarbeit, Tamilisch-Unterricht, Ausbildung, Information – gebildet wurden. Damals ergriffen einige Eltern die Initiative zur Gründung einer tamilischen Schule, um ihren und anderen tamilischen Kindern ihre Muttersprache und Kultur näher zu bringen. Da dieses Engagement dem Bestreben der Freiplatzaktion nach Einbezug der Tamilinnen und Tamilen exakt entsprach, wurde die tamilische Schule als eigene Arbeitsgruppe geführt und der Freiplatzaktion angeschlossen. Der heute als Journalist tätige Knöpfli betrachtete Öffent-

lichkeitsarbeit schon damals als eine wichtige Aufgabe der Freiplatzaktion. «In meiner Vorstellung von Öffentlichkeitsarbeit ging es darum, bei der schweizerischen Bevölkerung Wohlwollen für die Ausländerinnen und Ausländer zu wecken», führt der ehemalige Präsident aus und ergänzt: «Ich stellte mir vor, dass die TamilInnen im Rahmen öffentlicher Aktionen selbst aktiv werden und dadurch bei den SchweizerInnen <Goodwill> bewirken sollten.» Ferner wünschte sich Knöpfli eine selbstkritische Betrachtungsweise der eigenen Kommunikation sowie eine Auseinandersetzung mit jener der gegnerischen Seite. Er fasst die damalige Stimmung folgendermassen zusammen: «Die asylpolitischen Diskussionen waren sehr angeheizt. Für mich ist die Öffentlichkeitsarbeit jener Zeit gescheitert, da sie primär auf Konfrontation und Polarisierung abzielte. Hauptleidtragende waren die Asylsuchenden, die im Rahmen öffent-



licher Aktionen versteckt und am Ende doch immer entdeckt und ausgeschafft wurden.» Als Knöpfli feststellte, dass er diese Art der Kommunikation nicht weiter mittragen wollte und ihm für Alternativen auch der interne Rückhalt fehlte, trat er 1995 als Präsident zurück, wobei er betont, dass nicht Resignation zu diesem Entscheid führte, sondern die Feststellung, dass nur sein Rücktritt die interne Unruhe beenden würde. Noch immer verfolgt Markus Knöpfli als Passivmitglied das Geschehen der Freiplatzaktion, doch stellt er kritisch die Frage: «Braucht es die Freiplatzaktion in ihrer heutigen Ausrichtung noch? Oder hätte sie sich vor ein paar Jahren eher anderen Asylsuchenden als den Tamilen zuwenden sollen?»

Barbara Frei, die 1995 das Präsidium übernahm, kennt die Antwort auf diese Fragen und beschreibt die Entwicklung der Freiplatzaktion folgendermassen: «Wir leisten heute zu etwa 80 Prozent Integrationsarbeit. Zwar gibt es viele andere, die das auch tun, aber wir begleiten die Menschen, denn den professionellen Stellen fehlt dazu häufig schlicht die Zeit.» Barbara Frei kennt zahlreiche Beispiele von Menschen, die sehr wohl kompetent beraten wurden, die die Ratschläge jedoch nicht umzusetzen vermochten, da ihnen Kontakte, Ausdauer, Courage, Deutschkenntnisse, Wissen usw. fehlten. «Wir begleiten die Leute eng, laufen ihnen nicht selten hinterher und achten darauf, dass ihnen der Atem nicht ausgeht», schildert sie ihre tägliche Arbeit und die der anderen Freiwilligen. Obwohl die Freiplatzaktion nicht nur Tamilinnen und Tami- len offen stand und nicht selten auch Mandate von Personen anderer Nationalitäten



übernommen wurden, kam es, dass die grosse Mehrheit der Ratsuchenden aus Sri Lanka stammte. Deshalb spezialisierte sich die Freiplatzaktion Basel im Laufe der Zeit auf diese Bevölkerungsgruppe. «Es wäre eine glatte Überforderung der Freiplatzaktion gewesen, hätte sie sich einer oder mehreren anderen Gruppen von Asylsuchenden zugewandt», erläutert Barbara Frei und betont: «Die Freiplatzaktion bot den Tamilinnen und Tami- len in all den Jahren, in denen sie nie wussten, ob sie weggewiesen werden oder in der Schweiz bleiben können, einen Ort der Zuflucht und Geborgenheit, um den sie von vielen benieden wurden».

Barbara Frei bot 1985 spontan Unterstützung an, als in einem Gottesdienst gefragt wurde, wer «Flüchtlingen», dies der damalige Sprachgebrauch, helfen würde. Als Hausfrau und Mutter dreier Kinder beschloss sie, zu Hause Deutsch zu unterrichten. «Mein erster Schüler war ein Tamile», erinnert sie sich. Als dieser auf seinen Asylan- trag hin einen negativen Entscheid erhielt, fragte er seine Deutschlehrerin um Rat, wie

er legal nach Grossbritannien ausreisen könnte. Der Tamile selbst war es, der meinte, die Freiplatzaktion müsste es doch wissen. So kam es 1987 zum ersten Kontakt zwischen der Freiplatzaktion und Barbara Frei, die sich für ihren Schüler nach dem korrekten Vorgehen erkundigte. «Und schon war ich an der ersten Sitzung und mitten drin». Als Anfang der 90er Jahre das Beratungsbüro entstand, sah sie sich plötzlich mit der Frage konfrontiert, wie ein Büro zu führen sei. «Learning by doing», lautete Freis Devise, und sie begann, Strukturen zu erarbeiten, obwohl sie viel lieber Menschen begleitete. Es war auch jene Zeit, in der sie bis spät nachts Beschwerde über Beschwerde schrieb. Im Jahre 1995 übernahm Barbara Frei das Präsidium der Freiplatzaktion. Seither steht ihr Name gleichbedeutend für den Verein. Unter der neuen Präsidentin wurden bewährte Projekte weitergeführt (z.B. die tamilische Schule oder der Deutschunterricht) und neue lanciert (z.B. «Hilfe zur Selbsthilfe von Männern für Männer», Aidsprävention oder Geburtsvorbereitung). Der gute Kontakt zu Behörden und Institutionen war und ist für Barbara Frei sehr wichtig, «Anders ist ein Arbeiten ja gar nicht möglich.» Das Schwergewicht ihrer Arbeit liegt heute beim Verfassen von Familiennachzugs- und Aufenthaltsbewilligungsgesuchen und bei der Beratung und Unterstützung von Tamilinnen und TAMILen bei der Lehrstellen-, Arbeits- und Wohnungssuche. «Gerade gestern habe ich für eine tamilische Familie eine Vierzimmerwohnung gefunden», erzählt Frei und strahlt: «So ein Erfolg ist auch wie ein Stern am Himmel.» Ein weiterer Lichtblick war für sie 2005 die Auszeichnung mit dem Basler Preis für Integration, der von der Evangelisch-reformierten und Römisch-Katholischen Kirche Basel-Stadt, der Christoph Merian Stiftung und Novartis vergeben wird.

Die langjährige Erfahrung der Freiplatzaktion wird von Schulen, Spitälern, Behörden, Beratungsstellen in Bereichen von Gesundheit, Finanzen, Arbeit und Wohnen sehr geschätzt und gefragt. Wichtige Kontakte wurden durch die aktive Mitarbeit von Prof. Hans Scholer und seiner Frau Meta Scholer vermittelt.

Heute, nach der Übergabe des Präsidentenamtes an Stephan Herzog, ist Barbara Frei als Stellenleiterin der Beratungsstelle nicht weniger engagiert für die Freiplatzaktion, sondern achtet weiterhin darauf, dass, so Frei, «die Tamilinnen und TAMILen nicht zwischen Stuhl und Bank fallen werden». Petra Leuenberger



UruthiraMoorthy Nagesh, geboren am 9. Juli 1951, wuchs in Jaffna, der Hauptstadt des mehrheitlich tamilischen Nordens von Sri Lanka, auf. An der Universität von Jaffna studierte er Handels- und Wirtschaftswissenschaften und wurde dort Hochschullehrer. Am 27. Juni 1985 flüchtete er über Ostberlin und nach Basel. An verschiedenen Privatschulen bildete er sich in Informatik weiter. Seit 1989 hatte er zuerst bei Sandoz, später nach der Fusion bei Novartis eine Stelle als Computerwissenschaftler. Mit ihm auf der Flucht waren seine Frau Isa und seine zwei Kinder Sujeetha, geboren 1976, und Pratheeb, geboren 1981. Sein im Jahre 1986 in der Schweiz geborener Sohn Shan ist zurzeit im schweizerischen Militärdienst. Seine Frau ist zurzeit im Schulhaus St. Johann als Lehrerin für heimatliche Sprache und Kultur tätig. Die Familie wurde im Jahre 2002 eingebürgert. Als Barbara Frei im Jahre 1995 zur Präsidentin der Freiplatzaktion gewählt wurde, wurde er gleichzeitig Vizepräsident.

Warum hast du dich zur Flucht aus Sri Lanka entschlossen?

UruthiraMoorthy: Ich war Hochschullehrer. Damals verschwanden laufend einige unserer Schüler und gingen in verschiedene Guerillagruppierungen. Darum äusserte die Polizei mit wachsender Nachdrücklichkeit den Verdacht, dass dies von den Lehrern unterstützt werde. Ich fühlte mich immer mehr bedroht. In jener Zeit wurde zudem mein Bruder erschossen. Drei Tage später gingen wir weg. Wir flogen mit der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot nach Ostberlin. Hierzu brauchten wir kein Visum. Ich bekam in der Schweiz nie Asyl. Mein Asylgesuch wurde abgewiesen. Ein Härtefallgesuch verbrannte bei der Fremdenpolizei Baselland. Denn es fand dort ein Anschlag statt. Wir wurden im Jahre 1989 schliesslich als «Härtefall» anerkannt und erhielten darauf eine Aufenthaltsbewilligung B, später nach 10 Jahren die Niederlassungsbewilligung C. 1998 stellten wir das Einbürgerungsgesuch. Dies wurde im Jahre 2002 in der Gemeinde Pratteln bewilligt. Zur gleichen Zeit wurden in Pratteln jedoch reihenweise Gesuche von Türken und Kurden abgelehnt.

Wie kamst du in Kontakt mit der Freiplatzaktion?

Einige Wochen nach meiner Einreise traf ich in Basel einige Tamilen. Sie sagten mir, es gebe in Basel eine Frau, welche den Tamilen hilft. Sie gaben mir die Adresse und Telefonnummer. So kam ich zu Frau Ruth Schmid. Mit ihr konnte ich englisch sprechen. Sie war sofort bereit, uns zu helfen. Sie suchte uns die Wohnung in Pratteln. Sie gab mir einen Zettel mit Adresse und Telefonnummer von Max Stückelberger, Präsident der Freiplatzaktion. Das Asylgesuch reichte ich selber ein bei der Fremdenpolizei

Baselland. Es gab damals noch keine Empfangsstellen und kein BFF. Die Adresse von Max Stückelberger sollte ich gebrauchen, wenn ich in eine Polizeikontrolle kommen sollte. Ich trug somit den wertvollen Zettel immer in meinem Portemonnaie auf mir. Die Freiplatzaktion machte für uns ein Inserat, damit wir zu Möbeln, Kleidern und weiteren Objekten des täglichen Gebrauchs kommen konnten. Einmal kamen dann Max Stückelberger und zwei tamilische Helfer mit dem Auto und wir fuhren an verschiedene Orte, um solche Güter abzuholen. Ich habe sie immer noch als Erinnerungstücke. Dann kam die Ablehnung des Asylgesuchs durch den Delegierten für das



Flüchtlingswesen in Bern (DFW). Die Freiplatzaktion half uns, den Anwalt Andreas Bernoulli von Basel zu finden. Er schrieb eine Beschwerde. Diese wurde vom Beschwerdedienst des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) abgelehnt. Ich ging nun zur Beratungsstelle für Asylsuchende in Basel (BAS). Diese organisierte mir einen Anwalt für mein Härtefallgesuch. Er schrieb insgesamt 90 Seiten. In der Zwischenzeit eröffnete die Freiplatzaktion ein Büro als Anlaufstelle und Schulungsort. Im Deutschkurs trafen wir Ursula Hiss, Dorothea Roth, Ruth Schmid, Uwe Beissert und Rosmarie Zell. Wir besuchten dort mehrere Deutschkurse. Unsere Kinder liessen wir zum Spielen jeweils im Schützenmattpark. Da sagte uns eine Frau, wir dürften die Kinder nicht unbeaufsichtigt lassen. Da erkannten wir, dass hier vieles anders war als bei uns zu Hause in Jaffna. Die Frau wollte unsere Adresse. Dann schrieb sie am nächsten Tag einen Brief und vermittelte uns einen Kinderhütedienst in der Kirchgemeinde Pratteln. Die Freiplatzaktion brauchte damals Dolmetschdienste. Ich fing an, in den Beratungen mitzuhelfen. Ich übersetzte zwischen Tamilisch und Englisch. Dann wurde ich im Jahre 1986 auch als Dolmetscher am Strafgericht Basel-Stadt zugelassen. Da werde ich heute noch eingesetzt. Zeitweise war ich auch zu 10 Prozent

bei der Freiplatzaktion angestellt. Bis 1989 hatte ich keine feste Stelle. Die Weiterbildung fand am Abend statt. So hatte ich tagsüber genug Zeit für die Freiplatzaktion.

Wie wurdest du Vizepräsident der Freiplatzaktion?

In der Präsidentschaftszeit von Markus Knöpfli kam ich in den Vorstand. Ich leitete damals die Arbeitsgruppe für das tamilische Radio. Dieses gehörte zu Radio Dreieckland. Damals gab es hier noch keine tamilischen Zeitungen. Ich las den Blick und die Basler Zeitung. Ich übersetzte die Texte auf tamilisch und verteilte sie weiter. Oft erlebten die Tamilen die grossen Blick-Schlagzeilen zur Asylpolitik («Tamilenpack raus!») als per-



sönliche Bedrohung. Aus Angst reagierte ich darauf in meiner handgeschriebenen Zeitung mit dem Titel: «Rollen jetzt tamilische Köpfe?» Ich plane ein Buch zu schreiben über mein Leben im Exil. Ich habe damit schon angefangen. Ich sehe mich besonders in der Rolle als Vizepräsident als Mittlerperson zwischen Tamilen und der Freiplatzaktion bzw. Schweizern. Ich übersetze zwar zwischen Tamil und Deutsch; aber im tieferen Sinn vermittele ich zwischen den beiden Kulturen. Dies ist meine Hauptrolle in der Freiplatzaktion. Wie gesagt geht es nicht nur um das verbale Übersetzen. Vor allem müssen die Hintergründe der Aussagen kulturspezifisch verständlich gemacht werden.

Wie hast du die Debatten um die Statusregelungen und Aufenthaltsrechte der Tamilen erlebt?

Grosse persönliche Ängste verursachte bei uns die Fichenaffäre Ende der 80er Jahre. Markus Knöpfli als damaliger Präsident und ich wollten wissen, ob wir auch fichiert sind. Das Gesuch um Einsichtnahme reichten wir aber am Ende nicht ein. Wir hatten als Tamilen stets Angst, öffentlich aufzutreten, aus Furcht vor Nachteilen bis hin zur Ausschaffung. So gaben wir beispielsweise in Zeitungsinterviews nicht unsere richtigen Namen an. Mehrere Male traf ich als Vertreter der Basler Tamilen auf dem Sekre-

tariat des Christlichen Friedensdienstes auch mit Peter Arbenz zusammen. Er sagte, dass er den Tamilen in der Schweiz helfen wolle. Es sollten aber nicht noch mehr Tamilen kommen. Später, Anfang 1994, kam ein Memorandum of Understanding zwischen der Schweiz und Sri Lanka zustande. Es sah die gestaffelte Rückübernahme von Flüchtlingen nach Sri Lanka vor. Dazu kamen damals Asyl- und Wegweisungsentscheide in grosser Zahl. Ich half als Übersetzer bei der Freiplatzaktion mit, die Entscheide zu übersetzen und die Beschwerden an die Asylrekurskommission abzufassen. Im Jahre 2000 wurden wir vom Bundesamt für Flüchtlinge als Sri Lanka-Experten ein-



geladen, um gemeinsame Ideen für die freiwillige Rückkehr zu erarbeiten. Jeder freiwillige Rückkehrer sollte einen Geldbetrag bekommen. Wer kein Beziehungsnetz hatte, sollte eine beschränkte Zeit im Rotkreuzheim in Colombo-Nugegoda wohnen können. Wir sagten deutlich, dass in der damaligen politischen Lage eine freiwillige Rückkehr nicht zumutbar sei und dass auch ein Geldbetrag nichts helfe. Nach einem sicheren Friedensschluss ist dies anders.

Was muss in den Beziehungen zwischen schweizerischen und tamilischen Menschen beachtet werden?

Die Tamilen müssen die schweizerischen Eigenarten und Werte verstehen lernen. In der Vertretung der ausländischen Bevölkerung müssen sich verschiedene ausländische Nationalitäten auf eine gemeinsame Linie einigen können. Ich lernte dies als Mitglied der Konsultativkommission der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) kennen. Dort hatte jeder Nationalitätenvertreter eine andere Haltung. Damit konnte niemand etwas anfangen. Der Staat selbst sollte Dienste zur Integration organisieren. Er sollte Deutschkurse und Anlaufstelle nicht, wie dies in den Jahren 1984 und 1985 der Fall

war, allein privaten Organisationen überlassen. Zu leicht konnten Spannungen zwischen den privaten Organisationen und den Behörden aufkommen. Das Konzept der Freiplatzaktion war und ist Hilfe zur Selbsthilfe. Dies war für uns wichtig.

Was bedeutet die Freiplatzaktion für die tamilische Gemeinschaft in Basel?

Von Anfang an war die Freiplatzaktion eine Anlaufstelle für Tamilen, ein Tor insbesondere zu den schweizerischen Behörden. Jetzt sind wir genügend lange hier. Unsere Probleme haben sich mit dem Lauf der Zeit verändert. Wir möchten gerne als integrierte Menschen angesehen werden. Wenn etwas fehlt, soll die Freiplatzaktion weiterhin behilflich sein, dies jedoch letztlich mit dem Ziel der Erlangung der individuellen Selbständigkeit. Ein grosser Teil der zweiten Generation hat kein Problem mit der Integration. In der ersten Generation bestehen noch grosse sprachliche Probleme. Viele Leute lernen nur gerade so viel deutsch, dass sie ihre Stelle nicht verlieren, aber nicht mehr. Die Lehrstellennot ist bei uns so gross wie bei schweizerischen Familien. Dies bildet für uns eine echte Sorge. Die Eltern unterstützen die Kinder beim Lernen. Einige Kinder studieren jetzt.

Welche Aufgaben kommen in der kommenden Zeit auf die Freiplatzaktion zu?

Weiterhin muss die Integration der Tamilen in der Schweiz unterstützt werden. Da geht es um Sprache und Bildungs- sowie Lehrstellenangebote. Die Gesundheitsdienste funktionieren für uns gut. Die Heiraten der jungen Generation werden zu einem grossen Teil bereits heute schon nicht mehr durch die Eltern vermittelt. Mitgift und Kastensystem will die erste Generation oft noch beibehalten. Die zweite Generation lehnt dies aber ab. Eine neue Erscheinung ist, dass (christliche) Sekten angefangen haben, bei uns zu missionieren. So gibt es Zeugen Jehovas, welche tamilisch lernen und dann gezielt auf uns zukommen. Wenn jemand aus der westlichen Kultur tamilisch spricht, ist er bei uns willkommen. Gegen solche Missionierung müssen wir uns wehren.

Welche Rolle hat die Schweiz für die tamilische Gemeinschaft?

Wir – Schweizer und Tamilen – haben uns wechselseitig aneinander gewöhnt. Darum haben wir weniger Probleme und fühlen uns heute besser als früher. Schwierig waren für uns die anfänglichen Vorurteile. Dies führte bei uns auch zu Gegenreaktionen. Die Jugendlichen wollten ihre Macht zeigen, unter anderem auch mit Alkohol. Dies kann auch heute zu gefährlichen Spannungen führen. Wenn einmal in Sri Lanka ein stabiler

Friede besteht, dann wollen viele Leute der ersten Generation wieder zurück. Die Leute der zweiten Generation jedoch werden hier bleiben. Über diese Unterschiede und Distanzen hinweg müssen die familiären und kulturellen Bindungen aufrechterhalten werden können. Interview Jürg Meyer und Hanspeter Spaar



Studierende der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel befragten Flüchtlinge aus Sri Lanka aus erster und zweiter Generation. «Es ist für mich schwierig, wenn ich mich erinnern und berichten muss», lautet eine Aussage zu den Flucht-motiven. «Das Leben in der Heimat war voller Angst», bildet die Zusammenfassung für unzählige schreckliche Erfahrungen. Die Fluchtwege waren oft langwierig und weit. Seit jeher hatten unzählige Asylsuchende Hemmungen, über traumatische Erfahrungen zu berichten. Dies war oft eine Quelle von Missverständnissen in Asylverfahren. In der Schweiz folgte die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Kulturen. An Heimkehr nach einem Friedensschluss denken einige Leute der ersten Generation. Deren Kinder wollen auf jeden Fall hier bleiben. Jürg Meyer

Das durchschnittliche Brutto-Inlandprodukt ist in Sri Lanka mit knapp 800 Dollar pro Kopf fünfzig Mal niedriger als in der Schweiz. Wie geht es Menschen, die aus Sri Lanka in die Schweiz kommen? Was bewegt sie, was erleben sie?

Herr Mo flüchtete mit einem Teil seiner Familie aus Sri Lanka in die Schweiz. Vor der Flucht sah seine älteste Tochter, wie sein dritter Bruder ermordet wurde. Danach fiel sie immer wieder in Ohnmacht. Später folgten Nachrichten über die Ermordung des Vaters und einer Schwester. Obwohl sein Asylgesuch abgelehnt wurde und sich seine Frau nach der Ermordung von fünf Asylsuchenden in der Schweiz kaum mehr vor die Haustüre getraute, erzählte Herr Mo viel Gutes über Basel und über seinen Arbeitsplatz. Das war vor einigen Jahren. Dies legt die Frage nahe: Wie kann ein Mensch trotz grossem Leid so herzlich bleiben?

Studierende der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel führten im Frühjahr 2005 Gespräche mit Menschen aus Sri Lanka. Sie wollten von ihnen wissen, was ihnen in der Schweiz gefällt beziehungsweise missfällt. Den Studierenden fiel eine ausgeprägte Anpassungshaltung auf, die auch zu Problemen führen kann. Hier, zusammengefasst und stark gekürzt, ein paar Auszüge aus den Aufzeichnungen der Gespräche.

«Ich möchte eine weisse Hautfarbe»

Frau Ra lebt seit 18 Jahren in der Schweiz. Integriert und unauffällig. Rassismus begegnet ihr trotzdem. Frau Ra ist eine stille Person. Ihre Haltung, ihre Kleider, ihre Stimme. Still. Oder besser besagt: Ruhig. Ihre Hände hat sie auf dem Schooss zusammengefasst, während sie leise ihre Geschichte erzählt. Sie mag das nicht, frei von sich zu erzählen. Von ihrem Leben jetzt in der Schweiz, von ihrem Leben damals in Sri Lanka. Davon, wie es schwierig gewesen sei, am Anfang. Wie sie am liebsten wieder zurückgekehrt wäre. Auf der Stelle. «Das einzig Schöne war mein Freund.» Der Rest der Schweiz sei ihr ziemlich egal gewesen. Das war im Jahr 1987.

Fünf Jahre hatte Frau Ra auf den Moment warten müssen, ihren Freund wieder umarmen zu können. Als in Sri Lanka der Bürgerkrieg losbrach, musste ihr Freund Hals über Kopf flüchten. Sie selbst brauchte fünf Jahre, bis sie das Geld für die Flucht zusammen hatte. 5000 Franken musste sie den Schleppern bar auf die Hand legen, damit sie während einer dreimonatigen Odyssee über Indien, Norwegen und schliesslich Deutschland in die Schweiz und nach Basel gelangte. «Wir mussten tagelang wandern, uns immer wieder verstecken.» Mehr will sie über ihre Flucht nicht erzählen. Noch immer gibt es Schlepper, die Flüchtlinge nach Europa bringen, «aber die Route wechselt dauernd».

In der Schweiz angekommen, wurde Frau Ra sofort als Flüchtling anerkannt. Kein Problem sei das damals gewesen. Sie musste sich lediglich bei der Fremdenpolizei melden. Probleme gab es andere. Acht Jahre hat sie gebraucht, bis sich die heute 40-Jährige an die Schweiz gewöhnt hatte: «Als ich schliesslich die Sprache konnte, war



alles einfacher.» Sie heiratete ihren Freund, gebar zwei Kinder, arbeitete, machte den Haushalt. Ihr Leben wurde immer normaler. Sie lebte sich ein. Mit der Zeit hatte sie sich sogar an die Schweizer Pünktlichkeit gewöhnt: «Hier braucht man für alles einen Termin. Sogar für den Coiffeur», sagt Frau Ra und lacht. Heute schätze sie die Pünktlichkeit. Was sie nicht schätzt, sind die komischen Blicke. Sie denkt kurz nach, ist still, und sagt schliesslich: «Einen Wunsch hätte ich schon. Ich möchte eine weisse Hautfarbe.» Im Tram wird sie komisch angeschaut, ihre Kinder werden gehänselt. Alltäglicher, versteckter Rassismus? «Wenn ich mit den Leuten geredet habe, geht es meistens», versucht sie zu relativieren. Die Antwort auf die nächste Frage ist darum absehbar. «Meine Heimat? Sri Lanka!» Mit ihren Eltern steht sie in regem Kontakt und sobald ihre beiden Kinder (17 und 10 Jahre) selbständig und aus dem Haus sind, will sie mit ihrem Mann wieder zurück. «Die Kinder haben da eine andere Meinung», sagt sie. Sie kennen nur die Schweiz und möchten nicht mehr zurück.



Für die Rückkehr ist Frau Ra auch bereit, sich wieder an die heimatliche Kultur zu gewöhnen. Es gebe schon Unterschiede zwischen der Schweiz und Sri Lanka, nicht nur was die Pünktlichkeit betreffe: «Ich empfinde die Gleichstellung zwischen Mann und Frau hier in der Schweiz viel stärker.» Ohne Mann könne eine Frau in Sri Lanka nichts entscheiden. Sie erzählt von Besuchen beim Frauenarzt, von Verhütung. Pille oder Spirale? Das entscheidet der Mann. «Aber langsam wird die Position der Frau in Sri Lanka besser.» Auch die Erziehung werde in ihrer alten Heimat anders geregelt. Kinder bleiben viel länger zu Hause wohnen, «die Familientradition ist stärker». Einzige Ausnahme ist, wenn ein Kind zu studieren beginnt; dann löst es sich von seinen Eltern. Auch sie hat einmal ein Studium begonnen. Ärztin wollte sie werden. Der Bürgerkrieg

kam dazwischen. In der Schweiz arbeitet Frau Ra bei einem Hilfswerk als Dolmetscherin. Ihr gefällt die Arbeit. Sie spricht jetzt mit fester Stimme. Still ist sie immer noch. Aber sie lächelt.

«Wenn ich akzeptiert werde»

Frau Ma ist eine selbstbewusste, spontane, fröhliche und lebenslustige Frau aus Sri Lanka. Mit ihrer Fröhlichkeit und ihrem Lachen verzaubert sie ihre Umgebung. Sie ist 50 Jahre alt, verheiratet, Hausfrau und glückliche Mutter von zwei Kindern. Aufgewachsen ist sie mit ihren neun Geschwistern in einem Vorort von Colombo. Ihr Vater arbeitete als Chef de Service in einem grossen Hotel, während die Mutter sich um die Erziehung der Kinder kümmerte. Das Einkommen des Vaters ermöglichte der Familie ein bürgerliches Leben in einem eigenen kleinen Haus und allen Kindern eine Schulausbildung. Die Liebe war vor fünfundzwanzig Jahren für sie der Anlass, ihre Heimat zu verlassen und den Schritt in eine neue Kultur zu wagen. In Basel wurde sie von der Familie und dem Freundeskreis ihres Schweizer Mannes herzlich aufgenommen. Beide halfen ihr, sich in der neuen Kultur zurecht zu finden und die sprachliche Barriere zu überwinden. Obwohl sie sich in Basel zu Hause fühlt, schliesst sie eine spätere Rückkehr nach Sri Lanka nicht aus. Momentan steht aber die Unterstützung ihrer Kinder auf dem Weg in die Selbständigkeit im Vordergrund. Neben Reisen und geselligen Anlässen mit ihrem multikulturellen Freundeskreis geht Frau Ma in ihrer Freizeit gerne schwimmen. Der buddhistische Glaube und regelmässige Tempelbesuche bilden ebenfalls wichtige Bestandteile in ihrem Leben und spiegeln die Verbundenheit zu ihrer Kultur.

An der Schweiz gefällt ihr neben der Küche mit Rösti, Raclette und Basler Leckerli mit Schokolade vor allem der Wechsel der verschiedenen Jahreszeiten. Eines ihrer schönsten Erlebnisse war ihre erste Begegnung mit den Bergen und dem Schnee. Gewöhnungsbedürftig aber positiv findet sie die Schweizer Tugenden Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Verbindlichkeit und Sauberkeit. Besonders vorbildlich ist nach ihrer Meinung die Absicherung durch Rente, Arbeitslosengeld und Krankenkasse. Am meisten schätzt sie an der Schweiz aber die persönliche Freiheit und die Möglichkeit, als Frau über ihr Leben selbst zu entscheiden und es nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen gestalten zu können. Schade findet sie, dass die SchweizerInnen manch-

mal ein wenig zurückhaltend und distanziert sind. Auch ein stärkerer Gemeinschaftsinn und ein vermehrtes Füreinanderdasein, wie sie es aus Sri Lanka kennt, wären ihrer Ansicht nach wünschenswert. Zudem vermisst sie ein wenig die Gelassenheit, Spontaneität, Lockerheit und die Freude an den kleinen Dingen, wie sie es von den Menschen aus ihrer Heimat kennt. Hier in der Schweiz haben die Menschen ihrer Ansicht nach immer mehr und grössere Wünsche und sind nie ganz zufrieden. Wie wichtig ihr Bescheidenheit ist und worauf es ihr im Leben ankommt, unterstreicht Frau Ma mit folgenden Worten: «Ich bin zufrieden und geniesse das Leben jeden Tag hier in der Schweiz. Ich freue mich, wenn ich von den Menschen hier akzeptiert werde und hatte nie das Gefühl nicht akzeptiert zu sein.»

«Die Kälte ist hier schon im Herbst spürbar»

Herr Mi lebt seit sechzehn Jahren in Basel-Stadt. Er ist mit seinen beiden Geschwistern in einem kleinen Dorf in Sri Lanka aufgewachsen. Der heute 38-Jährige verliess sein Land wegen dem Bürgerkrieg. Er kam mit einem One-Way-Ticket nach Basel. In der Schweiz kaufte er sich am Flughafen zuerst einen Pullover. «Die Kälte ist hier schon im Herbst spürbar. Das war sehr überraschend für mich», erzählt er. Als Küchengehilfe und Kellner lebte sich Herr Mi in Basel gut ein. Seine Ausbildung zum Koch schloss er vor drei Jahren erfolgreich ab. Seine Chefin unterstützte ihn dabei moralisch und finanziell.

Heute arbeitet Herr Mi in einem indischen Lebensmittelgeschäft und verdient «gutes Geld», wie er selber sagt. In der Schweiz fühlt er sich mittlerweile wohl: Vor drei Jahren ist er stolzer Besitzer eines Schweizer Passes geworden, hat kurz darauf seine Freundin geheiratet und ein Haus gekauft. Herr Mi musste sich in der Schweiz an vieles gewöhnen. Trotz der Kälte gefällt ihm das Land sehr. Die Züge sind pünktlich, die Menschen korrekt. Die Schweiz ist gut organisiert. Die Krankenkassen sind nützlich. In seiner Heimat muss die Bevölkerung die Krankheitskosten selbst bezahlen, was für arme Menschen ein grosses Problem darstellt. «Wenn man in der Schweiz aufwächst, hat man viele berufliche Perspektiven, die in meiner Heimat – auch mit guter Schulbildung – leider nicht vorhanden sind», sagt Herr Mi und bedauert, dass viele seiner Landsleute, die eine gute Schulausbildung haben, in der Schweiz oftmals keine Chance erhalten, den ursprünglich erlernten Beruf auszuüben. Zudem ist das Zusammenle-

ben mit Schweizern schwierig. Herr Mi spricht verbreitete Vorurteile an, nach denen die ausländische Bevölkerung als kriminell gilt. Eine Heimkehr nach Sri Lanka ist für den Lebensmittelverkäufer unvorstellbar, weil er dort aus politischen Gründen ins Gefängnis käme. Basel ist seine zweite Heimat.

«Mein Herz gehört Sri Lanka»

Der 42-jährige Herr M. führt einen Quartierladen. «Ich bin froh hier in der Schweiz zu sein, doch mein Herz gehört Sri Lanka», sagt er. Herr M. lebt seit neun Jahren in der Schweiz und seit vier Jahren in Basel. Er ist Vater von vier Kindern und verheiratet. Seine 35-jährige Frau kam vor fünf Jahren mit den drei Kindern in die Schweiz. Das Jüngste erblickte in Basel-Stadt das Licht der Welt. Herr M. ist als Ältester von zehn Geschwistern auf dem Land aufgewachsen. Seine Eltern schickten ihn nach Colombo, um die Familie mit Geld zu versorgen. Dort heiratete er seine jetzige Frau. Als Herr M. (1996) in die Schweiz kam, lebte er zunächst bei Verwandten und unterstützte seine Familie von hier aus. Er ist dankbar, mit seiner Arbeit seine sechsköpfige Familie ernähren zu können, freut sich über die Gastfreundschaft und auch über die gute Ausbildung, die seine Kinder hier erhalten. Für seine Frau ist es schwierig, ausserhalb des Geschäftes Kontakt zu Schweizern und Schweizerinnen zu knüpfen. Traurig stimmt ihn, besonders an Feiertagen, nicht seine ganze restliche Familie bei sich haben zu können.

Der 35-jährige Herr N. ist verheiratet, Vater zweier Kinder und vor sechzehn Jahren mit seinen Eltern und fünf Geschwistern aus Gofna in die Schweiz geflüchtet. Seine Eltern kehrten inzwischen wieder zurück. Herr N. hat zunächst lange als Kellner gearbeitet. Jetzt führt er mit seiner Frau zusammen einen sehr beliebten Quartierladen. Mit einer andern Familie zusammen teilen sich die Eltern zuweilen die Betreuung der Kinder, mit denen sie so viel Zeit wie möglich verbringen wollen, zumal der Laden lange geöffnet ist. Als Problem bezeichnet Herr N., dass er in der Schweiz sehr viel arbeiten müsse, um genügend Einkommen zu haben.

Der 32-jährige Herr Na lebt seit 1989 in der Schweiz und arbeitet von 7 Uhr bis 22 Uhr in seinem Lebensmittelladen. In Sri Lanka montierte er Klimaanlage in Autos. Als der Krieg ausbrach, wurden junge Männer von der Polizei grundlos verhaftet. Seine

Mutter bat ihren Sohn, das Land zu verlassen. So brach der damals 15-jährige Herr Na mit drei Kollegen auf. Er reiste über Umwege in die Schweiz, in der er später die Niederlassungsbewilligung erhielt. Noch minderjährig, kam Herr Na zunächst in die Obhut eines schweizerischen Ehepaars. Er besuchte verschiedene Kurse und fand dann eine Stelle als Verkäufer. Mit seiner Frau, die aus der Dominikanischen Republik stammt, hat er einen zweijährigen Sohn. Herr Na ist vom schweizerischen Rechts- und Regierungssystem überzeugt. Seiner Frau sind die vielen Regeln indes zu streng. Beide sind sich einig, dass es ihnen in der Schweiz allgemein gut gefällt.

«Endlich angekommen»

Herr Go wurde 1987 in Sri Lanka geboren. Heute lebt er zusammen mit seiner Familie in der Schweiz. Zurzeit besucht er das 10. Schuljahr in Basel. Er verbringt viel Zeit mit Lernen. Sein Berufsziel ist eine Lehre als Pflegeassistent. Sein Traumberuf wäre aber Arzt. Er bemüht sich sehr, eine Lehrstelle zu finden, hat aber bisher noch keinen Erfolg gehabt. In seiner Freizeit spielt Go in einem tamilischen Fussballclub.

Die Eltern von Herrn Go sind beide berufstätig. Der Vater arbeitet als Küchenhilfe. In Sri Lanka arbeitete er in einem Büro. Die Mutter ist in einem Hotel als Zimmermädchen tätig. Die Schwester von Herrn Go ist 16 Jahre alt und geht noch zur Schule. Sein Bruder ist 20 Jahre alt und macht eine Ausbildung zum Informatiker. Er arbeitete zuvor zwei Jahre in einem PC-Laden. Durch ihn hat Herr Go die Faszination am PC entdeckt. So verbringt er in seiner Freizeit viel Zeit damit, Computer zu reparieren und Softwares zu programmieren.

Warum die Familie ursprünglich ihr Heimatland verlassen musste, weiss Herr Go nur aus Erzählungen der Eltern. In Sri Lanka gab es Krieg. Herr Go: «Als ich geboren wurde, war gerade Bombenalarm und ein riesiges Durcheinander.» Die Situation in Sri Lanka war zu dieser Zeit für alle Familien hart. Knaben, die das 14. Lebensjahr erreicht hatten, wurden den Familien weggenommen und als Soldaten ausgebildet. Die Familie von Herrn Go flüchtete nach Moskau, wo sie zwei Jahre lebte. Danach zogen sie nach Deutschland. Den Grund für diesen Landeswechsel kennt Herr Go nicht. Viele Verwandte lebten zu dieser Zeit in der Schweiz und erzählten begeistert vom Leben im Paradies. Deshalb entschied sich die Familie nach weiteren zwei Jahren für einen

Wechsel in die Schweiz. Der Vater suchte sich zuerst eine Arbeit in Basel. Danach liess er die Familie nachkommen. Mittlerweile ist die Familie seit neun Jahren in der Schweiz und hat sich gut eingelebt. Die über 50 Verwandten, die in der Schweiz leben, stehen untereinander in regem Kontakt.

Herr Go kennt Sri Lanka nur von kurzen Besuchen in Jaffna, wo die Familie früher gelebt hat. Mehrere seiner Verwandten leben heute noch dort. Vor zwei Jahren hat er sie bei einem Besuch in den Ferien das letzte Mal gesehen. Er möchte gerne mehr über sein Herkunftsland erfahren, denn er weiss leider nicht genau, wie das Leben in Sri Lanka wirklich ist. So kennt er insbesondere folgende Unterschiede: In Sri Lanka sind die Strassenverhältnisse viel schlechter als in der Schweiz. Es hat grosse Löcher in den Strassen, was die Fahrt oft holprig gestaltet. Die Busse fahren sehr schnell und sind immer überfüllt. Auch die sanitären Anlagen sind ganz anders als hier in der Schweiz. Oft hat es keine elektrischen Leitungen. Deshalb muss das Licht mit einem Generator erzeugt werden. In der Schule tragen die Kinder eine Uniform. Bei seinen Besuchen in Sri Lanka spürt Herr Go, «dass die Leute mehr Lebensfreude und die Familien einen stärkeren Zusammenhalt haben». Herr Go findet aber, dass sich die Menschen aus Sri Lanka und aus der Schweiz insgesamt eigentlich sehr ähnlich sind, da sie zum Beispiel eine vergleichbare Arbeitsmoral aufweisen. Er möchte nicht mehr zurück nach Sri Lanka, da er sich hier in der Schweiz sehr wohl fühlt und er sich vor einem neuen Kriegsausbruch in Sri Lanka fürchtet. Zudem sind die Häuser, welche durch den Tsunami zerstört wurden, noch nicht aufgebaut, obwohl die Regierung Hilfe durch die Spendengelder zugesichert hatte. In der Schweiz gefällt Herr Go eigentlich fast alles. Das Klima empfindet er als angenehm. Es könnte jedoch ein bisschen mehr Sonne haben. In Basel mag er besonders das Rathaus auf dem Marktplatz. Was er jedoch nicht mag, sind die vielen Sexshops im Quartier. Ihn stört, dass die Jugendlichen hier viel über Sex reden und auch in die Sexshops hineingehen. In Sri Lanka ist dies anders.

In Basel kam Herr Go zuerst in eine Fremdsprachenklasse. Dort hat es ihm ganz gut gefallen, insbesondere wegen seiner sympathischen Lehrerin. Mühsam fand er die Reibereien unter den Mitschülern. In seiner Klasse gab es viele Türken und Albaner, die sich immer wieder mit den Kindern aus Sri Lanka angelegt haben. Auch in der jetzigen Schulklasse kommt es zwischen den Ausländern ständig zu gegenseitigen Belei-

digungen ihrer Herkunftsländer und zu Schlägereien. Herr Go leidet darunter. Mühe hat er vor allem mit den türkischen und albanischen Staatsangehörigen. Die Jugendlichen aus Sri Lanka werden oft von ihnen beleidigt und gehänselt. Wenn sie sich dann wehren, werden sie zusammengeschlagen. Mit Schweizern hat Herr Go noch nie schlechte Erfahrungen gemacht. Viele Freundschaften pflegt er mit Tamilen und Schweizern.

Für die Zukunft wünscht sich Herr Go weniger Kriege und dass sich die Menschen gegenseitig mehr helfen. Seine Eltern möchten eines Tages wieder zurück nach Sri Lanka gehen. Sie haben hier auch keine guten Kontakte mit Schweizern. Herr Go ist sich aber sicher: Er will hier in der Schweiz bleiben, die seine eigentliche Heimat ist.

«Tamilisch, aber auch Röstli»

Die 21-jährige Frau P. ist tamilischer Herkunft. Ihre Eltern verliessen das Land mit ihr, als sie sechs Jahre alt war. Sie hat noch zwei Brüder. Ihre Muttersprache ist Tamilisch, sie spricht aber genauso gut Schweizerdeutsch (ohne Akzent). Tamilisch spricht sie nur mit ihren Eltern; mit den beiden Brüdern unterhält sie sich in deutscher Sprache. Frau P. besitzt einen Pass von Sri Lanka. Als ihre Heimat bezeichnet sie die Schweiz. An Sri Lanka erinnert sie sich kaum. Sie hat eine B-Bewilligung und möchte sich einbürgern lassen, aber irgendwann wieder nach Sri Lanka zurück. Die Dentalassistentin vermisst ihre Verwandten. In ihrer Freizeit geht sie gerne «shoppen». In der Schweiz habe sie nur Positives erlebt. Ihre Mutter koche tamilisch, aber auch Röstli. Ihr Vater arbeitet als Taxichauffeur.

Herr S. stammt aus Jaffna. Er kam mit drei Jahren in die Schweiz. Er wohnt, inzwischen 19-jährig, mit seinen vier Geschwistern bei seinen Eltern im Kanton Baselland, spricht tadellos Schweizerdeutsch, auch Tamilisch und Englisch, macht eine Lehre als Logistikassistent, spielt aktiv Fussball, versteht sich gut mit seinen Mitspielern, verbringt mit ihnen seine Freizeit und sagt: «Ich bin glücklich, dass ich hier bin. Ich bin gern da.» Mühe macht ihm, dass es Leute gibt, die Ausländer nicht akzeptieren. Persönlich mache er jedoch keine negativen Erfahrungen. Wenn Ärger in der Luft liegt, zieht er sich zurück und geht der unangenehmen Situation aus dem Weg. Herr S. ist

schon mehrmals in seine ursprüngliche Heimat gereist. In Sri Lanka sei die Luft einfach anders, wärmer und es rieche nach Meer. Aber die extreme Ungleichheit zwischen Arm und Reich betrübe ihn. Viele Menschen arbeiten hart und werden, weil sie nicht lesen können, ausgenutzt. Den Krieg empfindet er als sinnlos und unnötig.

Herr Ka ist 14 Jahre jung. «Meine Nationalität ist Sri Lanka», sagt er, «geboren wurde ich in der Schweiz». Herr Ka ist Hindu. Mit seinem Vater besucht er religiöse Feste. Sein Vater ist vor 24 Jahren eingewandert, seine Mutter vor 14 Jahren. Zuhause sprechen sie Tamilisch. Weil die Eltern viel arbeiten, verbringt Herr Ka viel Zeit in einem Heim. Er spielt Fussball und hört am liebsten EMINEM, Cider, 50 Cent und deutschen Hip-Hop.

«Hier herrscht Ordnung»

Frau I., 18-jährig aus Sri Lanka, wohnt im Kanton Baselland. Sie ist vor drei Jahren mit ihrem Vater und drei Geschwistern eingereist. Alle haben die Aufenthaltsbewilligung B. Die Familie ist vom Hinduglauben zum Christentum konvertiert. Frau I. hat wegen ihrer Schwangerschaft ihre Lehre als Hotelfachangestellte abgebrochen. Sie lebt heute mit ihrem drei Monate jungen Sohn und dessen Vater in einer kleinen Wohnung. Ihr Lebenspartner gehört einer anderen Nationalität an und ist Muslime. In der Schweiz sei alles so schön sauber, sagt sie. «Es herrscht Ordnung überall und es gibt gute Gesetze. Die Regierung ist vertrauenswürdig und es herrscht Frieden. Hier in der Schweiz sind alle Menschen gleich.» Etwas schwierig sei, dass man in der Schweiz so ruhig sein müsse und die Nachbarin sich störe, wenn das Baby schreie.

Frau Na arbeitete in Sri Lanka als Lehrerin. Sie ist seit 18 Jahren in der Schweiz und ist Mutter von zwei Kindern. Ihr Einstieg in Basel war schwierig: anderes Klima, andere Sprache, andere Hautfarbe, keine der Bildung entsprechende Arbeit, keine Kontakte. Frau Na erhielt zunächst eine Anstellung als Reinigerin in einem Altersheim, betreute ihre Kinder und lernte Deutsch. Ihrem Sohn fiel es schwer, sich im Kindergarten zu integrieren. Auch, weil ihm die Sprache Mühe bereitete. In dieser Zeit weinte Frau Na viel. Sie fühlte sich unverstanden und schuldig. Mit den Deutschkenntnissen klärten sich etliche Missverständnisse. Heute engagiert sich Frau Na dreimal pro Woche in einem Familienzentrum mit Kleinkindern. Zudem arbeitet sie als Übersetzerin für den

Heilpädagogischen Dienst. Sie hat gute Kontakte zu Schweizerinnen, findet die Leute nett, schätzt die Lebensqualität und das Versicherungssystem. Sie freut sich, dass sie ihre Meinung sagen kann.

«Ich muss hier viel arbeiten»

Herr R. kam 1972 in Colombo zur Welt. Er ist seit 1999 in der Schweiz. Zunächst fiel es dem gelernten Goldschmied nicht leicht, mehrere Monate ohne Arbeit zu sein. Er wollte unbedingt arbeiten und war erleichtert, eine Stelle in der Gastronomie zu finden. Heute arbeitet Herr R. als Lagerist. Um als Goldschmied tätig zu sein, müsste er nochmals eine dreijährige Berufslehre absolvieren. Das wäre finanziell schwierig. Sein vierjähriger Sohn, der bei der Mutter lebt, kommt fast jedes Wochenende auf Besuch. Wegen dem Kind konnte der Vater nach negativem Asylbescheid in der Schweiz bleiben. Die Heirat mit seiner Schweizer Freundin erspart ihm viel Ungewissheit. In seiner Freizeit spielt Herr R. Fussball mit Schweizer Kollegen. An der Schweiz gefällt ihm «das Wetter sowieso nicht». Die Steuern seien extrem hoch, die Leute freundlich, die Landschaft schön. Dankbar äussert er sich über die hiesigen Grundrechte. In Sri Lanka hielt er die Schweiz für ein Paradies. Heute schreibt er seinen Angehörigen, «dass man hier sehr viel arbeiten muss».

Hr. Q. ist 1971 in Sri Lanka geboren und flüchtete 1990 in die Schweiz. Mit seiner zerstrittenen Familie hat er keinen Kontakt mehr. Er arbeitet in einem Restaurant und braucht Geld für ein laufendes Verfahren. Die Flucht kostete 15 000 Franken. Er verschuldete sich, gab sein Haus in Colombo als Garantie, konnte aber die Zinsen kaum zahlen und kam, weil er sein Haus nicht verlieren wollte, mit dem Gesetz in Konflikt. In der Schweiz geniesst Herr Q. die Freiheit und die vielfältigen Möglichkeiten, seine Freizeit zu verbringen. Einmal habe ein kleines Kind im Tram auf ihn gezeigt und gesagt: «Lueg en Neger», worauf die Mutter ihr Kind heftig zurechtwies, was Herr Q. nicht versteht, da ihn das Kind ja nicht beleidigen wollte.

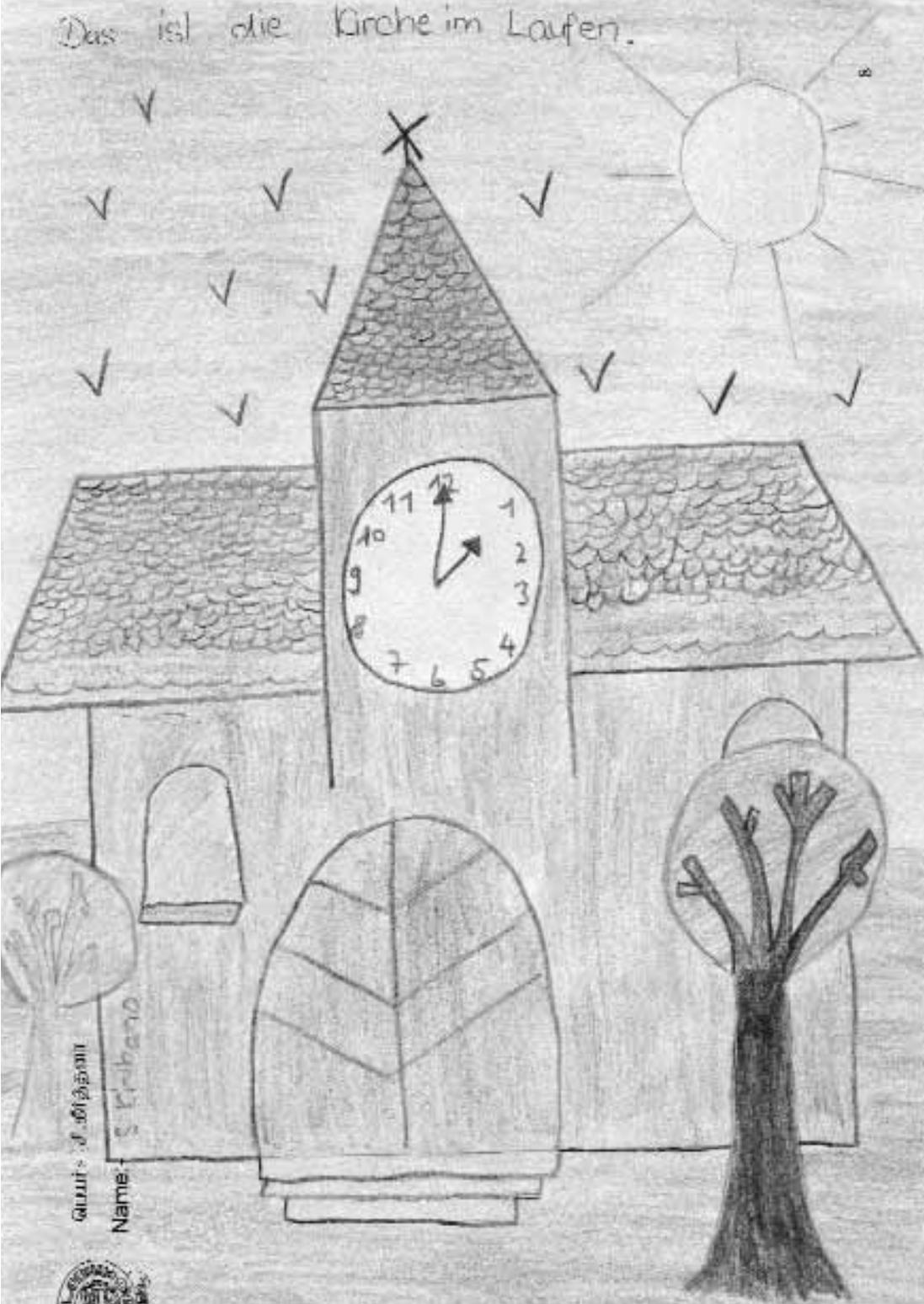
«Das Leben ist gut, aber teuer!»

«Das Leben ist gut, aber teuer!», sagt Frau Su. Die 42-Jährige lebt mit ihrem Mann im Kanton Baselland. Sie sind vor zwölf Jahren aus ihrem zerbombten Haus in Nord Jaffna geflüchtet. Das Leben in der Heimat war voller Angst. Sie fanden nachts oft keinen Schlaf. In der Schweiz erhielten sie zehn Jahre lang keinen Pass. Mittlerweile haben sie eine B-Aufenthaltsbewilligung. Ihre zehnjährige Tochter besucht die Primarschule, ihr fünfjähriger Sohn eine Spielgruppe. Frau Su sucht eine neue Teilzeitstelle. Ihr Mann arbeitet in einem Restaurant. Sein Lohn ist bescheiden und die Miete der einfachen Dreizimmerwohnung hoch. Die Familie fühlt sich wohl, weil die Schweiz ein ruhiges, kulturell vielfältiges Land ist. Hier gibt es keinen Krieg und die Menschen leben friedlich zusammen. Die Nachbarschaft ist hilfsbereit. Die Tochter geht gerne zur Schule und singt im Kinderchor. Sie spricht auch Tamilisch und lernt gerade die schwierigen Schriftzeichen ihrer Muttersprache. Vater und Mutter unterstützen sie dabei. Als Nachteil empfinden sie, dass das Leben in der Schweiz in den letzten zehn Jahren immer teurer wurde. Der Lohn hat sich der Teuerung kaum angepasst. Mühe bereitet ihnen auch das nasskalte Klima. Ein besonderes Vergnügen ist es, per Satellit Fernsendungen aus ihrer Heimat zu empfangen.

Soweit Auszüge, Zusammenfassungen und Spots aus den Aufzeichnungen der Studierenden. Viele weitere Lebensgeschichten liessen sich hier anfügen: Vom 16-jährigen Herrn Py, der ein Werkjahr macht und sich begeistert im Jugendhaus engagiert; oder vom 34-jährigen Herrn Si, der die freie Meinungsäusserung über alles schätzt und stolz darauf ist, dass er vor 17 Jahren den Mut aufbrachte, aus seiner Heimat zu flüchten. Nachzutragen bleibt noch: Herr Mo, von dem zuerst die Rede war und dessen Asylgesuch zunächst abgelehnt wurde, lebt mit seiner Familie weiterhin in der Schweiz. Er engagiert sich hier seit Jahren für die Freiplatzaktion, die ihm einst nützlich zur Seite stand. Ueli Mäder

Die Gespräche führten: Natalie Meier, Sheila Huwiler, Anja Künzler und Natalie Obergfell mit Frau Ra; Dirk Bsonok und Dominik Bucher mit Frau Ma; Sandra Ristic mit Herrn Mi; Rebecca Schaffner mit Herrn M., Elzbieta Satora mit Herrn N.; Vreni Nyffenegger und Patrick Federer mit Herrn Na; Rahel Saner, Caroline Muralt und Olivia Zraggen mit Herrn Go; Elke Erik mit Frau P.; Heidi Dreier und Eveline Hänggi mit Herrn S.; Heide Kolb mit Herrn Ka; Harietta Imhof mit Frau I.; Vreni Eustache mit Frau Na; Andrea Pfister und Hannah Märki mit Herrn R.; Christoph Grandy und Steven Roth mit Herrn Q.; Max Senn und Julia Häfeli mit Frau Su; Felix Zettel mit Herrn Py; Gabriela Brunner mit Herrn Si.

Das ist die Kirche im Laufen.



Quelle: J. Böhmer

Name: S. Kibano



**«Wäre die Sache mit
der Aufenthaltsbewilligung
nicht, wäre ich wirklich
glücklich» – ein Porträt**

Wir sitzen an einem sonnigen Frühjahrsvormittag in den Räumen der Freiplatzaktion an der Florastrasse in Basel. Die 30-jährige Frau, die mir gegenüber sitzt, ist extra aus der Innerschweiz angereist, um mir ihre Lebensgeschichte zu erzählen. Bevor sie beginnt, möchte sie sich vergewissern, dass ihr aufgrund der Schilderungen keine Nachteile widerfahren werden. Obwohl ich erkläre, dass ich von keiner Behörde bin, sondern für die Jubiläumsschrift der Freiplatzaktion ein Porträt über sie verfassen möchte, gleichen ihre Schilderungen in der Erzählweise stark denjenigen, die man aus Befragungsprotokollen von Empfangsstellen kennt. Die Frau, nennen wir sie Frau T., berichtet von ihrem Leben in Sri Lanka, ihrer Flucht und ihrem Leben in der Schweiz. Nach einigen Sätzen hält sie jeweils inne, um der Dolmetscherin Zeit zu geben, alles zu übersetzen.

Als zweitjüngstes von fünf Kindern wächst Frau T. in einem Dorf in Sri Lanka auf. Der Vater ist Mechaniker, die Mutter Hausfrau. Ihre Kindheit bezeichnet T. als «problematisch», da das Einkommen nicht immer reichte, um die siebenköpfige Familie zu ernähren. T. schliesst in ihrem Heimatdorf das 10. Schuljahr ab und heiratet mit 17 Jahren ein aktives Mitglied der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Die Heirat führte zum Bruch mit den Eltern, T. lebte fortan mit ihrem Mann bei den Schwiegereltern. Als es zu Auseinandersetzungen mit den Brüdern des Ehemannes kam, suchten T. und ihr Mann Unterstützung bei ihren Eltern. Da die Eltern jedoch jegliche Hilfe verweigerten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als weiterhin bei den Schwiegereltern zu leben. Nachdem T. kurz nach der Heirat ihr erstes Kind durch eine Frühgeburt verlor, brachte sie zwei Jahre später eine gesunde Tochter zur Welt. Eines Tages kamen die Tigers bei der Familie vorbei und drängten den ortskundigen Ehemann, ihnen den Weg, den sie verloren hatten, zu weisen. Nach langem Hin und Her willigte dieser schliesslich ein. Als Wegweiser ging er an der Spitze der Gruppe, was ihm zum Verhängnis werden sollte. Er trat auf eine Mine, die ihn so schwer verletzte, dass er wenige Tage danach starb. Von da an wurde Frau T. finanziell von der LTTE unterstützt. Im Laufe der Zeit allerdings kam in ihr eine Wut gegenüber der LTTE auf, waren die Tigers doch für den Tod ihres Mannes verantwortlich. Frau T. lehnte fortan ihre finanzielle Unterstützung ab und brachte sich und ihre einjährige Tochter als Näherin über die Runden. Als ihr zu verstehen gegeben wurde, dass sie als Witwe nicht länger bei den Schwiegereltern leben könne, entschied sie sich, Sri Lanka zu verlassen. Weil Frau T. von einem Schwager hörte, der in Kanada lebte, wollte sie ursprünglich nach Kanada ausreisen. In

Begleitung der Schwiegermutter verliessen sie und ihre Tochter ihr Heimatdorf und gingen in eine nahe gelegene Stadt, von wo aus die Flucht über Colombo in die Wege geleitet werden sollte. Frau T. wurde jedoch von der Eelam People's Revolutionary Liberation Front (EPRLF) und der Armee verhaftet und sieben Monate lang gefangen gehalten. Ihre Tochter lebte in dieser Zeit bei der Schwiegermutter. Nachdem die Schwiegermutter eine Kaution zahlte, wurde T. freigelassen. Sie knüpfte Kontakte zu einem Schlepper, der ihr von einer Flucht nach Kanada abriet, sie aber in die Schweiz bringen wollte. Nach einer dreimonatigen Odyssee reiste T. vor sieben Jahren in die Schweiz ein, wo sie seither lebt. Anfangs wohnte sie bei der Familie ihrer Cousine, später bekam sie mit Unterstützung der Caritas eine eigene Wohnung für sich und ihre Tochter. Die ersten Jahre litt sie unter Schlafproblemen und Depressionen, und nicht selten quälten sie Selbstmordgedanken. Frau T. machte und macht in erster Linie ihr ungewisser Aufenthaltsstatus, der bis heute nicht geklärt ist, stark zu schaffen. Mittlerweile ist Frau T. wieder verheiratet. Ihren Mann, einen Tamilen, lernte sie in der Schweiz kennen. Er verfügt über eine B-Aufenthaltsbewilligung. Da er jedoch zu wenig verdient, ist es nicht möglich, den Aufenthaltsstatus von Frau T. und ihrer Tochter im Rahmen des Familiennachzugs zu klären. Obwohl Frau T. täglich an ihre Aufenthaltsbewilligung denken muss, geht es ihr seit der Hochzeit besser, da sie endlich mit jemandem über ihre Sorgen und Nöte sprechen kann. «Seit der Hochzeit bin ich glücklich. Wäre die Sache mit der Aufenthaltsbewilligung nicht, wäre ich wirklich glücklich», endet sie.

Als Frau T. sich von mir verabschiedet, wischt sie sich eine Träne aus dem Augenwinkel. «Es ist für mich schwierig, wenn ich mich erinnern und berichten muss», entschuldigt sie sich, «deshalb konnte ich ihnen auch nicht alles erzählen.» Petra Leuenberger



Sri Lanka oder: das Ringen der Löwen und Tiger

Vom Bürgerkrieg zur Friedenssuche

Warum kam es seit 1983 zur verzweifelten Massenflucht unzähliger tamilischer Menschen aus Sri Lanka? Mit dieser Frage befasst sich Oskar Flück in fundierten historisch-geographischen Erörterungen zum Ringen der «Löwen» und der «Tiger». Wie in unzähligen Staaten der Gegenwart teilen sich auch in Sri Lanka mehrere Völker und Ethnien, vor allem Singhalesen, Tamilen und Muslims, denselben nationalen Raum. Jeder Nationalismus, abgestützt auf nur eines dieser Völker, wirkt gegenüber der restlichen Gesellschaft ausgrenzend. Besondere Konfliktzonen bilden in Sri Lanka die ethnisch durchmischten Regionen des Landes, die keiner Seite eindeutig zugeordnet werden können.

Wie der Geograph Oskar Flück, Kenner des Landes, darlegt, wechseln sich über viele Jahre hinweg Bemühungen der Friedenssuche mit neuen Eskalationen des blutigen, mit Hass geführten Konflikts. Am 18. Februar 2002 wurde dank Vermittlung Norwegens ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der srilankischen Regierung und den Tamil Tigers (LTTE) unterzeichnet. Der Verzicht der LTTE auf einen unabhängigen Staat, ausgesprochen am 27. November 2002, brachte neue Handlungsspielräume des Vermittelns. Die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt hat sich trotz des Waffenstillstandes leider nicht erfüllt. Dennoch: «Die Pragmatiker haben längst eingesehen, dass eine politische Lösung des Konflikts zusammen mit der LTTE der einzig gangbare Weg ist», folgert der Autor und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass es den Extremisten auf beiden Seiten nicht gelingt, die Saat der Versöhnung zu zerstören. Sowohl der Exkurs über konkrete Projekte der Schweiz in Sri Lanka als auch die Geleitworte von Peter Arbenz bieten wichtige Hinweise, wie die Schweiz im Rahmen der internationalen Gemeinschaft die Friedenssuche unterstützen kann. Dies setzt voraus, dass in der Schweiz die Friedensförderung als elementarer Zweig der Aussenpolitik anerkannt bleibt. Jürg Meyer

Der Löwe im srilankischen Nationalwappen symbolisiert nur die singhalesische Bevölkerungsmehrheit von rund 74%. Im Gegensatz dazu ziert der Kopf eines Tigers die Flagge der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam), der tamilischen Guerilla. Deren Endziel ist ein separater Staat Tamil Eelam für die tamilische Minderheit von 18%.

Was auf den ersten Blick wie ein ethnischer Konflikt aussieht, erweist sich als naturräumlich und humangeographisch wesentlich komplexer, insbesondere auch durch die

Rolle einer muslimischen Minderheit der Bevölkerung. So ist der Begriff «tamilischer Norden und Osten» eigentlich bereits eine unzulässige Vereinheitlichung eines geographischen Raumes. Ich habe immer wieder betont, dass gerade in der Festlegung geographischer Grenzen für einen allfälligen LTTE-dominierten autonomen Raum, den Wünschen der Mehrheit in der tamilischen Führungsriege entgegenkommend, für den laufenden Friedensprozess die grösste Herausforderung liegen wird.

Der Naturraum

Bevor der erste Mensch seinen Fuss auf die Tropeninsel gesetzt hat, hatten sich die geologischen Grundstrukturen des Landes schon gebildet. Im Gegensatz zu anderen asiatischen Inseln ist Sri Lanka keine Vulkaninsel. Sie befindet sich auch nicht in einer geologischen Störzone, aber die Flutwellenkatastrophe vom 26. Dezember 2004 – mit über 35 000 Toten alleine an den Küstengebieten von Sri Lanka – hat gezeigt, dass auch Bruchlinien, die Hunderte von Kilometern entfernt liegen, weitreichende Auswirkungen haben können, wenn sie in Bewegung geraten. Sri Lanka lässt sich unterteilen in ein zentrales Hochland mit den städtischen Zentren Kandy und Nuwara Eliya – geologisch eine dreistöckige Rumpffläche, älter als 600 Mio. Jahre, zerklüftet durch die Erosionskraft des Wassers – und ein dieses umgebendes Tiefland, bis vor 500 Mio. Jahren in seinen Grundzügen aufgebaut durch Sedimente (transportiertes und abgelagertes Feinmaterial, das unter Druck zu Gestein wurde). Geologen nehmen an, dass sich Sri Lanka erst vor 12 Mio. Jahren von Indien getrennt hat – in dieser Zeit bildete sich auch im Nordwesten ein Tiefland aus Kalk. Dieses Tiefland ist im Norden weitflächig, jenes im Süden und Westen aber auf einen schmalen Streifen bis 50 km beschränkt. Die Fläche Sri Lankas beim heutigen Meeresspiegel ist offiziell 65 610 km² mit einer Küstenlinie von 1600 km. Das Land befindet sich 6 bis 10° nördlich des Äquators südöstlich des Südzipfels Indiens. Entsprechend liegt die jährliche Mitteltemperatur in den Flachregionen auf 26–28 °C, diese Temperatur nimmt pro 100 Höhenmeter um 0,6–0,7 °C ab, sodass es im Bergland vor allem in der Nacht recht kühl werden kann. Die höchste Erhebung, der Pidurutalagala, liegt auf 2524 Meter über Meer. Im Gegensatz zu den vier Jahreszeiten in Mitteleuropa wird das Klima in Sri Lanka durch Trocken- und Regenzeiten geprägt. Dabei spielen der Südwest-Monsum mit den Schwerpunkten April bis Juni und der Nordost-Monsum von Oktober bis Januar die zentralen Rollen. Im Südwesten und im Bergland übertreffen die jährlichen

Niederschlagsmengen 2000 mm bei weitem, hier bringt auch der Nordostmonsun zusammen mit Gewittern in den Monaten Oktober/November hohe Niederschlagsmengen, im Nordosten hingegen können bei einem Jahrestotal von 1750 mm in einem einzigen Monat ohne weiteres 400 mm Niederschlag fallen. Deshalb gibt es in diesen Gebieten oft schwere Überschwemmungen. Die Klimabedingungen begünstigen Reisbau und Plantagenkulturen, in den niederschlagsärmeren Gebieten spielt die künstliche Bewässerung eine grosse Rolle. Es gibt viele künstlich angelegte Seen (Tanks), neben den natürlichen Fliessgewässern und den Lagunen. Mit 332 km ist der Mahaweli Ganga im Osten der längste Fluss. Im Norden und Osten dominiert Savannenvegetation, während im Südwesten noch Gebiete mit tropischem Regenwald existieren. Tropischer Bergwald und in höchsten Lagen Nebelwald kennzeichnen die natürliche Vegetation im Hochland. Im Bereiche einiger Küstenabschnitte finden sich Mangrovenwälder, den Gezeiten von Ebbe und Flut ausgesetzt, geschützt durch vorgelagerte Lagunen.

Geschichte und Kulturlandschaftsentwicklung bis 1948

Im Rahmen der vorliegenden Publikation kann nur in konzentrierter Form auf die m.E. wesentlichen Punkte eingegangen werden. Tatsache ist, dass sowohl die Singhalesen als auch die Tamilen beanspruchen, erste Kulturträger zu sein. Die singhalesische Geschichtsschreibung datiert den Beginn Sri Lankas genau auf 483 vor Christus, gegründet durch den nordindischen König Vijaya, ein Singhalese («Löwensohn»). Die Einwanderung von nordindischen Indo-Ariern ist unbestritten, die kleineren Einwanderungswellen vom 6.–4. Jh. v. C. belegbar. Der Grossteil der singhalesischen Zuwanderer kam aber erst im ersten Jahrhundert vor Christus an. In dieser Zeit waren die Grundlagen zu künstlichen Bewässerungssystemen bereits gelegt worden, erste Kanäle und Speicherseen (Tanks) existierten. Der älteste Tank, Basawak Kulan, wird auf das Jahr 430 v. C. datiert. Zwar waren die Regenten damals mehrheitlich singhalesischer Herkunft, das Volk selber aber war ethnisch stark durchmischt, vor allem mit der dravidischen Urbevölkerung. Singhalesen und später eingewanderte Tamilen hingegen verbanden sich seltener. Die moderne tamilische Geschichtsschreibung integriert geschicht die mindestens 12 000 Jahre bestehende dravidische Urbevölkerung der Weddha (Naga, Yakkha) – von der heute nur noch wenige Hundert Menschen übrig sind – und erklärt sich zu deren Nachkommen. Die Urbevölkerung wird im buddhistischen Mythenbuch Mahavamsa als Dämonen erwähnt.

Der Buddhismus setzte sich erst durch Missionstätigkeit unter dem Nachfolger des legendären indischen Kaisers Ashoka auf der Tropeninsel durch. 244 v. C. wurde der Spross desjenigen Bodhi-Baumes, unter welchem Buddha angeblich seine Erleuchtung gehabt haben soll, in srilankische Erde gepflanzt und ist heute noch – nach fast 2250 Jahren – als alter Baum in Anuradhapura als einer der wichtigsten historischen Zeugen des srilankischen Buddhismus zu bewundern. Unter dem Buddhismus entwickelten sich die singhalesische Schrift und die Sprache, die Religion wurde zum Kitt und zur Grundlage der singhalesischen Kultur, die sich auf der Insel unter Königen, welche die Lehre des Buddhismus zu bewahren verpflichtet waren, nun eigenständig entwickelte.

Ab 250 v. C. bis 1815 gab es buddhistisch geprägte singhalesische Königreiche, manchmal zwei zur gleichen Zeit. Dabei gab es lange historische Perioden: so zum Beispiel von 380 v. C. bis 1017 die Anuradhapura-Periode und von 1017 bis 1270 die Polonnaru-



wa-Periode. Südindische Dokumente belegen, dass TAMILNADURER sicher vor 2000 Jahren als Volksgruppe auf Sri Lanka lebten, andere Quellen berichten, dass TAMILNADURER und SINGHALESISCHER gleichzeitig die Insel kolonialisierten. Die Geschichtswissenschaft wird in den Dienst von Ideologien gestellt. So kommt es der LTTE entgegen, dass vor der europäischen Kolonialzeit auf Sri Lanka neben zwei singhalesischen auch – von 1215 bis 1591/1619 – im Norden ein räumlich getrenntes unabhängiges tamilisches Königreich namens Elam existierte. Tatsache ist, dass die singhalesischen Dynastien immer wieder unterbrochen wurden durch tamilische Regenschaften, meist infolge von Überfällen aus Südindien. Von 993 bis 1070 war die ganze Insel von der südindischen und tamilischen Chola beherrscht.

Erst 1815 – nach portugiesischen (1505–1658) und niederländischen (1658–1796) Herrschaftsperioden – kam ganz Sri Lanka nach dem Fall des Königreiches Kandy unter eine einheitliche britische Kolonialherrschaft. Damit wurden auch die Tamilen zu einer sprachlichen und religiösen Minderheit unter einer fremden politischen Führung. 1833 wurde Colombo Verwaltungssitz der englischen Kolonie. Für die Briten spielte der Anbau von Kaffee 50 Jahre lang wirtschaftlich die zentrale Rolle, bis ein Pilz die Plantagen zerstörte und Tee zum Hauptanbauprodukt wurde. Um genügend Arbeitskräfte zu haben, holten sich die Engländer diese von Indien und schnell wuchs die Zahl dieser tamilischen Plantagearbeiter bis 1900 auf eine halbe Million. Die ursprünglich tamilische Bevölkerung im Norden und Osten erlangte unter den Briten eine Sonderstellung in den Bereichen Erziehung, öffentliche Verwaltung, Transportwesen und Gesundheitswesen. Ab 1931 galt das allgemeine Wahlrecht bei einem Mindestalter von 21 Jahren. Im zweiten Weltkrieg wurden im April 1942 strategische Ziele auf der Insel – wegen ihrer Funktion als englischer Stützpunkt mit Versorgungshäfen in Colombo und Trincomalee – von den Japanern bombardiert. Es gab Tausende von Toten. Während von den Portugiesen der Katholizismus und einige geographische Namen überdauerten, gibt es von den Niederländern einige Militäranlagen (Forts) zu sehen. Die Engländer setzten markante städtebauliche Akzente und führten die Eisenbahn ein, ganz zu schweigen von den nichtmateriellen kulturellen Hinterlassenschaften wie z.B. in der Sprache. Die Plantagenkulturen sind ein kulturlandschaftliches Erbe der Engländer.

Unabhängigkeit und zunehmende singhalesische Dominanz

Als das damalige Ceylon am 4. Februar 1948 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, blieb Englisch zunächst noch die Staatssprache. Aber das neu gewählte Parlament verweigerte den auf 975 000 angewachsenen so genannten Indientamilen in den Plantagegebieten die ceylonische Staatsbürgerschaft. Als Staatenlose sollten sie nach Indien zurückgeschafft werden. Damit wollte die singhalesische Parlamentsmehrheit die tamilische Seite schwächen, welche durch die Entrechtung der Indientamilen 8 Abgeordnete verlor. Das führte dazu, dass noch im Jahre 1963 nicht weniger als 8% der Inselbevölkerung ohne Bürgerrechte war – das entspricht der Hälfte der damaligen tamilischen Bevölkerung. Aber auch die Rechte der älteren tamilischen Minderheit, der Ceylon-Tamilen, und der tamilischsprachigen Muslime wurden beschnitten.

1956 kam S. Bandaranaike mit einem Gesetz – dem «Sinhala Only Act» bzw. «Official Language Act» – durch, welches Singhalesisch zur alleinigen offiziellen Staatssprache machte. Dies im Gegensatz zu einem vor der Unabhängigkeit des damaligen Ceylons abgegebenen Versprechens, dass Sinhala und Tamil gleichberechtigte Sprachen sein sollen. Ab 1956 musste man sehr gut singhalesisch sprechen, schreiben und lesen können, um eine höhere Staatsstelle zu bekommen. Aber in den tamilischen Sprachgebieten blieb die Hauptunterrichtssprache tamilisch. So kam es, dass kaum ein Tamile die singhalesische Schrift lesen konnte, und nur wenige lernten singhalesisch perfekt zu sprechen und zu schreiben. Entsprechend waren die Folgen bei den Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst.

Tabelle 1: Anteil der Tamilen im öffentlichen Sektor 1956–1970

	1956	1965	1970
Administration	30%	20%	5%
Post, Eisenbahn, Gesundheitswesen	50%	20%	5%
Unterrichtswesen	60%	30%	10%

Quelle: Julia, 1985, S. 38f.

Dazu kamen Umsiedlungen aus dicht bevölkerten Regionen des Südens in den Osten. Alleine beim Mahaweli-Bewässerungsprojekt wurden 1972 bis 1993 auf 1000 km² insgesamt 85 377 fast ausschliesslich singhalesische Familien umgesiedelt, teilweise in Distrikte mit tamilischen Mehrheiten. Zu diesem Projekt gehörte auch – östlich von Kandy – die Errichtung von vier Wasserkraftwerken, welche über die Hälfte des sri-lankischen Stromverbrauches erzeugen. Die genannte und weitere Wanderungsbewegungen haben dazu geführt, dass sich die Bevölkerungsverteilung in verschiedenen zuvor tamilisch dominierten Regionen verschoben hat, namentlich in den Distrikten Ampara, Batticaloa, Puttalam, Trincomalee und im südlichen Vavuniya. Dies erklärt einige Gewalttaten bewaffneter tamilischer Gruppen gegen diese staatlich geförderten Neusiedler.

Bandaranaike versprach zwar 1957 den Tamilen eine Rücknahme des Sprachengesetzes, aber die damalige Opposition unter dem späteren Präsidenten Jayawardene organisierte Protestmärsche und mit Hilfe buddhistischer Mönche setzte er Bandaranaike

so unter Druck, dass jener nachgab. Daraufhin gab es heftige Proteste von tamilischer Seite, als Gegenreaktion verbrannten extremistische Singhalesen einige Tamilen lebendigen Leibes. Es war auch ein extremistischer buddhistischer Mönch, der Bandaranaike erschoss; dessen Witwe folgte als Ministerpräsidentin nach. 1961 wurde Sinhala auch in rein tamilischen Gebieten, in denen Tamil als Zweitsprache geduldet war, zur einzigen zugelassenen Amtssprache. Wieder gab es Proteste von tamilischer Seite,



diesmal ausgedehnte Verkehrsblockaden, die erst unter Einsatz der Armee und erneuter tamilischer Todesopfer aufgehoben werden konnten. Eine Koalitionsregierung von Tamilen und Singhalesen 1965 sollte eine Aufwertung der tamilischen Sprache und eine Abkehr von der singhalesischen Siedlungspolitik bringen – schon 1967 scheiterte dieser Versuch einer internen Verständigung.

Als Folge eines Repatriierungsabkommens 1964 zwischen Ceylon und Indien wurden zwischen 1964 und 1974 insgesamt 154 000 Indientamilen in den indischen Bundesstaat Tamil Nadu «zurückgeführt». Im gleichen Zeitraum wurde 89 000 Indientamilen die ceylonesische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Aber erst zu Beginn des neuen Jahrtausend erhielten die Hunderttausende von verbliebenen, bis anhin staatenlosen, Indientamilen ihre vollen Bürgerrechte.

1970–1983: Aufstände der JVP und Bildung einer tamilischen Guerilla

Die neue Regierung unter Sirimavo Bandanaraike (United Left Front, unter Führung der Sri Lanka Freedom Party oder SLFP), der ersten Premierministerin der Welt, verstaatlichte namentlich die Betriebe der Plantagenwirtschaft, die bis 1975 vollständig in Staatsbesitz waren.

Die Regierung war zu jener Zeit mit der Niederschlagung von Aufständen der marxistischen Janata Vimukthi Peramuna (JVP) – auf Deutsch: Volksbefreiungsfront – beschäftigt. Die ersten Terroranschläge und Aktionen der JVP begannen 1968, mit einer ersten Gewaltwelle mit mindestens 10 000 Toten von April bis Juni 1971. Im Jahre 1977 wurde unter einer neuen Regierung der Ausnahmezustand aufgehoben und die letzten Mitglieder der JVP freigelassen, darunter deren Führer Rohan Wijeweera. Bei einem späteren und besonders heftigen Aufstand bekämpften sich 1987–1989 Singhalesen im Südwesten Sri Lankas. Dabei gab es geschätzte 40 000 Tote.

Ab 1971 hatten tamilische Studienbewerber und Studierende an srilankischen Universitäten bessere Zeugnisse bzw. Prüfungsnoten vorzuweisen als ihre singhalesischen Mitbewerber. Die Zahl der tamilischen Studierenden nahm von 64% (1964) auf 6% (1977) ab. Das führte bei der tamilischen Jugend zu einer grossen Verbitterung und Radikalisierung. Bildung gilt in der tamilischen Kultur weit mehr als in der singhalesischen (wo das Mönchtum eine zentrale Rolle spielt) als hoher Wert. 1972 erklärte die Regierung den Buddhismus zur Staatsreligion. Hinduistische Kulturgüter und tamilische Kunst wurden aus Museen und offiziellen Publikationen verbannt. Unter der religiösen Intoleranz hatten aber auch christliche Kirchen und die muslimische Minderheit zu leiden. Den alten Namen Ceylon ersetzte man durch Sri Lanka. 1974 nannte sich Sri Lanka neu «Democratic Socialist Republic of Sri Lanka». An die Stelle des Ministerpräsidenten trat der Staatspräsident als oberster Führer der Nation. 1974 wurde die TUF (Tamil United Front) gegründet, die tamilische Interessen politisch wahrnehmen wollte. 1976 wurde aus der bisher erfolglosen TUF die TULF (Tamil United Liberation Front), welche in den Wahlen im Juli 1977 in den tamilisch dominierten Siedlungsgebieten mit ihrer Forderung nach einem unabhängigen tamilischen Teilstaat grosse Wahlerfolge erzielen konnte. Auch kam es in Jaffna wegen Konflikten zwischen Sicherheitskräften mit Studierenden zu heftigen Unruhen, daraufhin verliessen sämtliche singhalesische Studierenden die Universität von Jaffna. In den singhalesisch dominierten Siedlungsgebieten brachen daraufhin politisch und ethnisch begründete Unruhen aus, welche die Flucht von Zehntausenden von Tamilen aus dem Süden Richtung Norden und Osten zur Folge hatten. Dies passierte unter einer neuen Regierung unter der United National Party (UNP) und ihrem Führer J.R. Jayawardene. Dieser reformierte das politische System nach französischem Vorbild mit einem

Staatspräsidenten (Jayawardne), der erweiterte Vollmachten bekam und direkt vom Volk gewählt werden konnte, sowie Premierminister (R. Premadasa) und Parlament. Ausserdem hiess Sri Lanka nun offiziell «Sozialistische Republik Sri Lanka». All dies trat bis August 1978 in Kraft. Jayawardene liess zwar die tamilische Sprache in der Verwaltung wieder zu, aber das beruhigte die Gemüter nicht. Tamilisch wurde zwar zur nationalen Sprache, singhalesisch blieb aber die einzige offizielle Staatssprache.

In diesem politischen Umfeld formierte sich ab 1972 um Vellupillai Prabhakaran eine kleine, aber stetig wachsende tamilische Kampfgruppe unter dem Namen «Tamil New Tiger», welche zunächst Anschläge gegen Sicherheitskräfte in Jaffna verübte. Diese Gruppe nannte sich ab 1976 LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam). Sie war nur eine von verschiedenen bewaffneten Gruppen, die wichtigsten anderen waren die TELO (Tamil Eelam Liberation Organisation), die PLOTE (People Liberation Organisation of Tamil Eelam) und die EPRLF (Eelam People Revolutionary Liberation Front). Alle diese Gruppen wollten einen unabhängigen Tamilenstaat im Norden und Osten mit Gewalt erkämpfen. Im Mai 1978 wurde die LTTE und andere militante tamilische Organisationen gesetzlich verboten. 1979 wurde der «Prevention of Terrorism Act» als zunächst provisorisches – ab 1981 dann definitives – Gesetz verabschiedet, hatte aber im Norden der Insel nicht die gewünschte Wirkung. Die Zahl der Anschläge häufte sich sogar und im gleichen Jahr 1979 musste in Jaffna sogar der Ausnahmezustand ausgerufen werden. Als im Juni 1981 zwei singhalesische Polizisten in Jaffna getötet wurden, kam es zu Unruhen und Ausschreitungen gegen Tamilen in einigen Landesteilen. Erste Flüchtlinge verliessen nun in grösserer Zahl das Land. 1982 wurde Staatspräsident J.R. Jayawardene mit rund 53% im Amt bestätigt.

Juli 1983 bis Februar 2002: Bürgerkrieg, Waffenstillstände und der Aufstieg der LTTE

Der Aufstieg der LTTE zur dominierenden tamilischen Widerstandsgruppe

Am 23. Juli 1983 starben 13 singhalesische Soldaten bei einem Anschlag auf ihren Transportlastwagen in Jaffna. Es war ein Racheakt, zuvor war ein militanter Tamile getötet worden. Als Reaktion auf den Tod dieser Soldaten brachen nun heftige Unruhen aus. Während es im Norden die Armee mit Strafaktionen war, verfolgten, plünderten, brandschatzten und töteten Singhalesen vor allem im Pettah Viertel der Hauptstadt

Colombo. Opfer waren tamilische Zivilisten, viele aus der Mittelklasse und der lokalen wirtschaftlichen Elite. In den meisten Quellen ist von mindestens 3000 toten Tamilen und Tamilinnen die Rede. Über die Hälfte der Tamilen von Colombo flohen, teilweise in den Norden, teilweise nach Indien, viele in westliche Länder. Seither sind die Tamilen traumatisiert, und viele der Jungen schlossen sich nun bewaffneten Rebellen Gruppen an. Im Norden und Osten der Insel setzte nun ein zunehmend organisierter bewaffneter Widerstand gegen die Zentralgewalt in Colombo ein. Indien unterstützt die tamilische Guerilla, indem es keine militanten Tamilen ausliefert, sondern sie im Gegenteil gewähren lässt und ihre Ausbildungslager in Südindien duldet. Die Anschläge nahmen an Heftigkeit zu, im Oktober 1984 beispielsweise forderte ein Bombenanschlag in Co-



lombo und im Januar 1985 ein solcher gegen einen Eisenbahnzug mit Soldaten viele Tote. Am 14. Mai wurden im Anuradhapura Distrikt 150 singhalesische Zivilisten umgebracht als Rache für den Tod Tausender von tamilischen Zivilisten im Norden der Insel. Im Sommer 1985 kam es zu ersten offiziellen Kontakten zwischen Rebellen und Regierung. Im Februar 1986 gab es im Zusammenhang mit dem politischen Kampf um die Einbürgerung staatenloser Indiantamilen in den Teeplantagengebieten Ausschreitungen und Gewalttaten im zentralen Hochland von Sri Lanka. In blutigen Rivalenkämpfen erlangte die LTTE gegenüber der damals ebenfalls starken TELO (Tamil Elam Liberation Organisation) allmählich eine dominierende Stellung.

Vijaya Kumaratunga, der Ehemann der zukünftigen Staatspräsidentin mit Vornamen Chandrika und Führer der grössten Oppositionspartei, setzte im Oktober 1986 mit einer Reise nach Jaffna und seinen Treffen mit der LTTE ein Zeichen der Hoffnung auf Normalisierung. Dafür erntete er aber auch die Feindschaft extremer singhalesischer

Nationalisten. Ab November 1986 verschärfte sich das politische Klima gegenüber der LTTE in Indien, es kam zu ersten Verhaftungen und die mittlerweile militärisch gut ausgebildeten LTTE-Kader kehrten allmählich nach Sri Lanka zurück. Die tamilischen Rebellen kontrollierten immer grössere Gebiete der Insel, namentlich im Hinterland und dort besonders in Dschungelgebieten. Aber ab Mai 1986 weiteten sie die Kontrolle auf weite Teile der Halbinsel Jaffna und somit dichter besiedelte Regionen aus. Als ab Mai 1987 die srilankischen Regierungstruppen mit einer Grossoffensive versuchten, Gebiete zurückzuerobern, vor allem im Gebiet zwischen Elephant Pass und der Luftwaffenbasis Palali, unterstützte Indien unter Verletzung der srilankischen Hoheitsrechte die dortige tamilische Zivilbevölkerung mit einer Luftbrücke.

Indisches Intermezzo auf Sri Lanka

Am 29. Juli 1987 wurde zwischen Indien und Sri Lanka überraschend ein Übereinkommen – «Indo-Srilankan Peace Accord» genannt – geschlossen. Während singhalesische Nationalisten dieses als Ausverkauf der Heimat brandmarkten, akzeptierten es die tamilischen Rebellengruppen zunächst. Das Abkommen gestand den tamilischen Regionen eine beschränkte Autonomie zu – dafür sollten die tamilischen Rebellen ihre Waffen zurückgeben. Zur Kontrolle der Waffenruhe und Herstellung der Normalität sollte eine indische Friedenstruppe – die Indian Peace Keeping Force IPKF – mit einer Truppenstärke von 50 000 Mann in den betroffenen Gebieten eingesetzt werden. Nach der Verhaftung von 11 Mitgliedern der LTTE durch srilankische Sicherheitskräfte und deren Suizid wegen der geplanten Verlegung nach Colombo zog im Oktober 1987 die LTTE ihre Unterstützung für das Friedensabkommen zurück. Zunächst beschränkte sie sich darauf, singhalesische Zivilisten in der Ostprovinz anzugreifen, als Gegenstrategie zur Besiedlung ehemals tamilisch dominierter Gebiete durch Singhalesen. Gleichzeitig aber kam es zum endgültigen Bruch zwischen Indien und der LTTE. Allerdings wurde die LTTE im indischen Bundesstaat Tamil Nadu zunächst noch geschont.

Als Reaktion auf den Rückzug der LTTE vom Friedensprozess lancierte die IPKF eine Grossoffensive gegen die LTTE, worunter aber vor allem die tamilische Zivilbevölkerung zu leiden hatte. Trotz Aufstockung auf 100 000 Mann gelang es den Indern nicht, die LTTE in die Knie zu zwingen. Ende 1987 begann die JVP ihren zweiten Aufstand

gegen die Machthaber in Colombo. Als erste Folge mussten die Universitäten geschlossen werden. Der Hoffnungsträger der Opposition, Vijaya Kumaratunga, wurde im Februar 1988 ermordet. Die JVP verschärfte 1988 ihren bewaffneten Kampf, und bis 1990 kamen über 40 000 Menschen in diesem innersinghalesischen Konflikt um. Genauso wie die LTTE boykottierte die JVP in diesen Jahren alle Wahlen. Die tamilische EPRLF als Unterstützerin Indiens nahm im November 1988 an Provinzwahlen im Nordosten teil und gewann diese mit relativer Mehrheit.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1988 gewann Ranasinghe Premadasa und forderte bei seinem Amtsantritt im Januar 1989 die Inder gleich auf, sich aus Sri Lanka zurückzuziehen. Bei den Parlamentswahlen gewann seine Partei, die UNP oder «United National Party» mit 50,7% der Wählerstimmen. Da die Inder nicht auf den Wunsch von Premadasa, bis Juli das Land zu verlassen, eingingen, begann dieser der LTTE heimlich Waffen zu liefern. Indische Waren und Kulturangebote wurden zunehmend boykottiert. Premadasa erklärte im Februar, dass er bereit sei, mit LTTE und JVP zu verhandeln. Die JVP ging nicht darauf ein. Im März 1989 begannen staatliche Kilerkommandos, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, Jagd auf JVP-Mitglieder zu machen. Die LTTE hingegen, die zunehmend auch Konflikte mit der muslimischen Minderheit im Norden und Osten austrug, setzte sich ab Mai 1989 mit der Regierung an den Verhandlungstisch. Das hielt sie aber nicht davon ab, am 14. Juli 1989 den TULF-Führer A. Amirthalingam zu töten, immerhin wurden aber Kampfhandlungen mit den srilankischen Sicherheitskräften eingestellt.

Im Juni setzte Präsident Premadasa Indien eine Frist für den Abzug bis 29. Juli 1989. Daraufhin rekrutierten die Inder mit Hilfe der EPRLF tamilische Kämpfer für eine «Tamil National Army» (TNA) und zogen langsam ab, wenn auch nicht in der von Premadasa gesetzten Frist. Erst im September stimmte die indische Regierung offiziell einem Abzug zu. Gleichzeitig intensivierte die JVP ihre Terrorkampagne und ging gezielt gegen Beamte und Medienleute vor – alleine die Zahl der toten UNP-Mitglieder wird zwischen 1987–1990 auf 6'000 geschätzt! Der Kampf verschärfte sich, als ab August auch Soldaten und uniformierte Polizisten durch die JVP attackiert wurden. Im November 1989 gelang es aber Spezialeinheiten der Sicherheitskräfte JVP-Führer Rohana Wijeweera und andere Kaderleute der Organisation zu töten. Unterdessen hat-

ten die Inder mit ihrem Rückzug aus Sri Lanka begonnen – kaum waren sie aber irgendwo weg, begann die LTTE, Lager der TNA anzugreifen. Am 15. Dezember 1987 wurde die LTTE in Form der «Peoples Front of Liberation Tigers» als politische Partei anerkannt. Faktisch galt nun zwischen Regierung und LTTE ein Waffenstillstand. Am 24. März 1990 war der Abzug der indischen Truppen abgeschlossen.

Die Bilanz:

- eine gestärkte LTTE, deren Truppenstärke auf über 16 000 Männer und Frauen angewachsen war und die im Kampf gegen die Inder 2200 ihrer Kader verloren hatte
- eine gedemütigte indische Truppe, die 1155 Soldaten verloren hatte
- politisch geschwächte Anti-LTTE-Gruppen, allen voran die EPRLF und Angehörige der TNA, welche nun um ihr Leben fürchten mussten
- eine geschwächte Regierung mit einer durch den singhalesischen Machtkampf geschwächten und demoralisierten Armee

1990–1994 Neuer Bürgerkrieg, Anschläge der LTTE und Armeeeoffensiven

Der Waffenstillstand zwischen Regierung und LTTE hielt nicht lange. Es gab erste politische Morde, Hinrichtungen und Verhaftungen durch die LTTE, die sich vor allem an tamilischen Kollaborateuren mit Indien rächten. Die LTTE wollte die Waffen erst niederlegen, wenn die Sicherheit der tamilischen Bevölkerung sichergestellt gewesen wäre. Die LTTE wurde von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International hart kritisiert. Am 12. Juni 1990 schlug die LTTE im Osten der Insel überraschend zu und tötete Hunderte von Sicherheitskräften, insbesondere Polizisten. Es erfolgte von Seiten der srilankischen Regierung eine Mobilmachung, und mit Luftangriffen auf Jaffna gab es erste Vergeltungsschläge. In diesem blutigen Sommer 1990 begann eine zweite Flüchtlingswelle von Tamilen, diesmal noch stärker auf Europa und Kanada ausgerichtet als die erste von 1983–1986.

In nur vier Monaten kamen mindestens 5000 Menschen im Norden und Osten ums Leben. Vor allem die Regierungskräfte liessen sich Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen – die staatliche Menschenrechtskommission wurde nach 12 Monaten im Juni 1991 aufgelöst, bis dahin verzeichnete sie 100 000 Menschenrechtsver-

zungen, mehrheitlich durch die staatlichen Sicherheitskräfte und mit ihnen verbündete Paramilitärs. Mit der Rekrutierung von 35 000 «homeguards», die muslimische und singhalesische Siedlungsgebiete schützen sollten, verschärfte sich die Situation. Die LTTE warf der muslimischen Minderheit, die zwischen die Fronten geraten war, vor, den Sicherheitskräften militärische Informationen zu geben. Schliesslich forderte die LTTE im Oktober 1990 alle Muslime im Norden und Nordwesten auf, ihre Siedlungen zu verlassen. 100 000 Muslime flüchteten in südlichere Gebiete, die Zahl der intern Vertriebenen wuchs schnell bis zur offiziellen Zahl von 613 077 (31. Oktober 1992). Um genug Kämpfer zu haben, rekrutierte die LTTE auch Frauen und viele unter 18-Jährige, von den Feinden als «Babybrigaden» bezeichnet. Dies setzte sie dem Vorwurf der Kinderrekrutierung aus, der international immer lauter wurde und von der srilankischen Regierung oder regierungsnahen Medien immer noch instrumentalisiert wird.

Neben den militärischen Kampfhandlungen mit den Sicherheitskräften (am 11. November 1993 hatte die LTTE das strategisch wichtige Militärlager Pooneryn auf der Hauptinsel nordwestlich von Kilinochchi gegenüber der Jaffna-Halbinsel eingenommen; aber sie verzeichnete am 10. Juli 1991 auch einen gescheiterten Versuch, den Elephant Pass zwischen der Jaffna-Halbinsel und dem übrigen Sri Lanka zu erobern) setzte die LTTE zunehmend auch auf Terroranschläge mit Autobomben und schliesslich auf ihre gefürchteten Suizidkämpfer, die «black tigers». Die Anschläge forderten prominente Opfer: R. Wijeratne, stv. Verteidigungsminister (2. März 1991), Rajiv Gandhi, indischer Premierminister (21. Mai 1991), 22 Tote im Armeehauptquartier Colombo (21. Juni 1991), Gen. D. Kobbekaduwa und Wimalratne (August 1992), C. Fernando, Marinekommandant (Dezember 1992), Ranasinghe Premadasa, Staatspräsident (Mai 1993), G. Dissanayake, UNP Präsidentschaftskandidat, zusammen mit einem Teil der UNP-Elite (September 1994). Auf das Attentat gegen Gandhi reagierte Indien nach einer längeren Untersuchung im Frühsommer 1992 mit der Aufnahme der LTTE in die Liste der verbotenen Organisationen bzw. Terrororganisationen. Auf den Terror der srilankischen Sicherheitskräfte, der auch Massaker an Zivilisten mit sich brachte, reagierte die LTTE mit Gegenterror, nun auch auf weiche Ziele. Zunächst waren bis 1994 meistens muslimische Zivilisten die Opfer, die ethnischen Spannungen im Osten stiegen und es gab nun auch Angriffe von Muslimen auf tamilisch dominierte Ortschaften und Vergeltungsmassaker an Dorfbewohnern.

Gegner der LTTE waren aber auch moderate Tamilengruppen, die sich mit dem Staat arrangieren wollten oder gar mit den Sicherheitskräften kooperierten. Als «masked men» identifizierten die von der LTTE als Verräter bezeichneten Mitglieder von EPRLF und EPDP (Eelam People Democratic Party) bei Razzien so genannte LTTE-Helfer. Da sie auch oft Unschuldige, oder solche, die unter Todesdrohungen zur Mitarbeit mit der LTTE gezwungen worden waren, ins Gefängnis brachten, gab es in der Zivilbevölkerung keine grossen Sympathien. Zu oft nahmen die Mitglieder von bewaffneten Anti-LTTE-Gruppen Zivilisten aus oder terrorisierten sie. In diesem aufgeheizten Umfeld gewann im August 1994 die Opposition, die sich unter der Führung von Chandrika Kumaratunga Sri Lanka Freedom Party und deren Bündnis mit kleineren Parteien zur People Alliance zusammengeschlossen hatte, die Parlamentswahlen. Im November 1994 folgte für Kumaratunga, die für viele Wählende die Hoffnung auf Frieden verkörperte, mit 62% der Stimmen der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Bereits hatte sie zuvor als Premierministerin Gespräche mit der LTTE führen lassen.

1994–2002 Friedenshoffnungen, neuer Krieg, Armeeerfolge und spätere LTTE-Siege

Nach dem Wahlsieg von Kumaratunga kehrte zunächst Ruhe in dem kriegsgeplagten Land ein. Mindestens 15 000 Menschen waren seit 1990 umgekommen. Vier Gesprächsrunden zwischen Regierung und LTTE gab es nach Inkrafttreten eines gegenseitigen Waffenstillstandes ab 1. Januar 1995. Ich konnte mich damals im Norden mit eigenen Augen von der Aufbruchsstimmung überzeugen, die Ende Januar und im Februar herrschte. Allerdings sah ich auch das Misstrauen auf beiden Seiten und die strengen Kontrollen der srilankischen Sicherheitskräfte, denen auch ich mich unterziehen musste. Wirtschaftlich war Jaffna immer noch weitgehend abgeschnitten und überall sah man zerstörte Häuser. Nach Provokationen seitens der Armee und unbefriedigenden Verhandlungsergebnissen schlug die von der Regierung zu wenig ernst genommene LTTE im April 1995 zu: mit Angriffen auf den Marinestützpunkt Trincomalee, auf Polizeistationen und Armeelager. Offensichtlich hatte sich die LTTE in der Waffenstillstandszeit mit neuen Waffen – darunter Flugzeugabwehrraketen – versorgt, dazu kamen erbeutete Waffen aus Armeelagern.

Erfolgreiche Armeeeoffensiven als Pyrrhussiege

Doch das Kriegsglück sollte sich gegen die LTTE wenden: Ab Juni eroberte die Armee in GROSSOFFENSIVEN grössere Gebiete zurück, darunter die symbolisch wichtige Stadt Jaffna. Hunderttausende von Flüchtlingen mussten auf Geheiss der LTTE Richtung Süden. Die Gebietsgewinne bedeuteten aber auch, dass die Armee ihre Leute auf eine grössere Fläche verteilen musste und daraus längere und verletzlichere Nachschubwege resultierten. Die LTTE änderte ihre militärische Taktik von der offenen Feldschlacht zum Guerillakampf mit Anschlägen auf die Sicherheitskräfte aus dem Dschungel heraus. Da sich auf dem Schlachtfeld an mehreren Orten für die LTTE Niederlagen ergeben hatten, reagierte die LTTE aber auch mit anderen Mitteln: mit Terroranschlägen in singhalesischen Zentren. Im Januar 1996 liess ein Bombenanschlag auf die Zentralbank in Colombo die Welt aufhorchen: über 100 Tote und 1400 Verletzte.

Erst im Juli 1996 konnte die inzwischen vielerorts zurückgedrängte LTTE wieder erste wichtige Siege vermelden, alleine beim Fall der Garnison von Mullaitivu kamen 1400 Soldaten ums Leben. Bis 1998 ergaben sich keine wesentlichen Gebietsgewinne mehr, verschiedene Armeeeoffensiven blieben stecken, 1998 fiel die Kleinstadt Kilinochchi wieder an die Rebellen. Ausserdem wurden bei der Armee zunehmende Zahlen von Deserteuren verzeichnet, im Mai 1998 gab es den offiziellen Zwischenstand 15 000 Deserteure (seit 1995). Trotzdem hörte die LTTE nicht mit Anschlägen auf weiche Ziele auf, so im Herbst 1996 auf einen Eisenbahnzug bei Colombo (94 Tote) oder am 15. Oktober mit einer Bombe im Hotel «Galadari» – sicher mit dem Ziel, den srilankischen Tourismus zu treffen (15 einheimische Tote, aber auch einige ausländische Verletzte). Eine weitere Strategie der LTTE war es, Infrastrukturelemente wie Transformatorstationen oder Telefonzentralen zu zerstören. Die Sicherheitskräfte – in Zusammenarbeit mit tamilischen Anti-LTTE-Gruppen wie der EPDP und EPRLF – liessen in diesem Konflikt Tausende von meist jungen Menschen verschwinden. Gesetzliche Grundlage waren die «Emergency Regulations», welche der Polizei viele Vollmachten gaben. Die srilankische Regierung musste in einem Spannungsfeld zwischen Einhaltung der Menschenrechte und Verhinderung von Terroranschlägen agieren. Alle politischen Lösungsversuche scheiterten. So wurden in Colombo politische Lösungsvorschläge diskutiert – so die Idee einer asymmetrischen Machtteilung mit mehr

Kompetenzen für die tamilisch dominierten Regionen gegenüber der Zentralregierung, oder Umsiedlungen, um ethnisch einheitliche Gebiete zu erreichen – das Problem war aber, dass die LTTE an solchen Vorschlägen nicht beteiligt wurde und dass die LTTE auch keine eigene Vorschläge einbrachte, ausser der Idee eines separaten Staates.

Ein Rückschlag auf dem politischen Parkett ergab sich für die LTTE, als sie 1997 von den USA auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt wurde. Die srilankische Regierung wurde und wird militärisch immer noch von Israel und China unterstützt, dazu von einer Reihe von Ostblockländern und in geringerem Ausmass von Indien, Pakistan und den USA. Die LTTE bezog und bezieht ihren Nachschub auf dem Schwarzmarkt und mit Hilfe einer eigenen Flotte von grossen Transportschiffen. Trotz leicht verbesserter Menschenrechtslage flohen nach 1994 immer noch Tausende von Tamilen ins Ausland, auch in die Schweiz. Gleichzeitig radikalisierten sich viele singhalesische Gruppen, vor allem nach einem Anschlag der LTTE vom Januar 1998 auf den heiligsten Ort der Buddhisten auf Sri Lanka: den Zahntempel in Kandy, wo ein Zahn Buddhas aufbewahrt sein soll. Die JVP – Janatha Vimukti Peramuna – erlebte eine Wiedergeburt und in den Parlamentswahlen von 1999 erreichte sie 6% Wähleranteil. Am 18. Dezember 1999 wurde die srilankische Präsidentin bei einem Bombenanschlag verletzt, es war der Auftakt zum «Por Aandu» 2000, dem Jahr des Krieges der LTTE. Für Chandrika Kumaratunga (51,12%) war es eine getrübe Freude an ihrem Wahlsieg gegen Ranil Wickremesinghe (42,72%) in den Präsidentschaftswahlen – sie verlor beim Anschlag ein Auge. Zum Auftakt des Jahres 2000 wurden alleine im Raum Colombo Tausende von Tamilen verhaftet (z.B. 29./30. Januar 2000 bei Razzien 1371 Tamilen und 365 Tamilinnen – nur 370 wurden am 30. Januar wieder freigelassen) und die Menschenrechtsverletzungen nahmen zu. Auch in der singhalesischen Bevölkerung wuchs das Misstrauen gegen die tamilische Minderheit. In diese Zeit fiel Mitte Februar 2000 der Vorschlag des norwegischen Aussenministers Vollebaek, sich als Vermittler zu engagieren, der sofort als «Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sri Lanka's» kritisiert wurde. Trotzdem kam es zu ersten Treffen von norwegischen Delegationen mit der LTTE-Spitze. Am 1. November 2000 kam es zu einem ersten Treffen von LTTE-Führer Prabhakaran mit einer norwegischen Delegation mit Erik Solheim.

Siegeszug der LTTE

Die LTTE lancierte im Jahr 2000 mehrere Grossoffensiven. In der Nacht vom 26. März auf den 27. März wurden diese eröffnet. In einem massierten Vorstoss zu Land und von der See her überrannten sie Armeestellungen an der Nordostseite der Jaffna-Halbinsel, Vadamarachi genannt, und drangen in den folgenden Tagen bis Nagar Kovil vor. Zugleich drang ein Teil der LTTE-Truppen ins südliche Thenmaradchi ein und schnitt den Elephant Pass von der Versorgung ab. Einige Hundert Kämpfer einer Spezialeinheit mit schwerer Artillerie hielten ein Strassenstück zwischen Jaffna und der 10 000 Mann starken Garnison beim Elephant Pass trotz heftigen Gegenoffensiven der Armee. Im April 2000 eroberte die LTTE den strategisch wichtigen Elephant Pass – ein Desaster für die Armee und das singhalesische Selbstbewusstsein. Im Mai 2000 stand die LTTE schliesslich vor den Toren Jaffnas und war schon in einige südliche Stadtquartiere eingedrungen. Die Armee verlor Tausende von Soldaten. Nur durch Glück konnte sie einen Rückzug aus Jaffna vermeiden. Verzweifelt rief die srilankische Regierung die internationale Gemeinschaft zur Waffenhilfe auf. Indien bot bereits schon die Evakuierung der srilankischen Truppen an. Israel (Kfir-Bomber, Kampfboote), China, Pakistan (Artillerie) und Russland (Mig-Jäger und Helikopter) lieferten Waffen – die USA Transportfahrzeuge. Dann blieben die Fronten bis September 2000 stabil. Die antitamilische Stimmung fand einen gewalttätigen Ausdruck im Massaker von Bindunuwewa am 26. Oktober 2000, 65 km südlich von Kandy, als von einem Mob 26 junge ehemalige LTTE-Kämpfer in einem Rehabilitationszentrum umgebracht wurden. Darauf gab es im Hochland von Sri Lanka schwere Unruhen, bei denen weitere 10 Tamilen umkamen, viele Hochlandtamilen verletzt und deren Läden zerstört wurden. Bei verlustreichen Gegenoffensiven gegen eine stark reduzierte LTTE, welche die meisten ihrer Kämpfer bereits früh wieder aus dem Gebiet zwischen Chavakachcheri und Jaffna abgezogen hatte, eroberte die Armee bis zum 22. Januar 2001 einige kleinere Regionen zurück. Am 23. Januar 2001 verkündete die LTTE einen einseitigen Waffenstillstand – ab diesem Zeitpunkt konzentrierten sich die militärischen Scharmützel auf die Jaffna-Halbinsel, meistens Anschläge von Heckenschützen oder Artillerieduelle. Dazu kamen Luftwaffen-Einsätze seitens der Regierung. Begrenzte Offensiven der Armee blieben im Sperrfeuer der LTTE und in deren Minenfeldern stecken. Gefechte gab es sporadisch auch in den Küstengewässern auf See. Ausserdem verzichtete

die LTTE seit Januar 2001 auf Bombenanschläge in singhalesischen Siedlungsgebieten, wie schon zuvor aber nicht auf Anschläge gegen gemässigte oder regierungstreue Tamilenexponenten.

Bei den Parlamentswahlen vom Herbst 2000 hatte die People Alliance eine un stabile Mehrheit gewonnen. Aber am 5. Juli 2001 wurde das Parlament angesichts eines von der JVP unterstützten Misstrauensvotums und der sich abzeichnenden Niederlage der Regierung von der Staatspräsidentin Kumaratunga kurzerhand aufgelöst. Solheim versuchte in dieser Zeit weiter zu vermitteln, aber sah sich von singhalesischen Extremisten einer Rufmordkampagne ausgesetzt. Er erreichte zunächst keine konkreten Fortschritte. In dieser labilen politischen Situation kam es am 24. Juli 2001 zu einer völlig überraschenden Kommandoaktion der LTTE auf dem Flughafen Katunayake bei Colombo. Dabei wurden vor den Augen entsetzter Touristen die Hälfte der zivilen Flotte der Air Lanka (3 Airbus 340, 1 Airbus 330) und mehrere Kampfflugzeuge (israelische Kfir, russische Mig, Kampfhelikopter, Trainingsflugzeuge) zerstört. Die Aktion war ein Racheakt für die Luftangriffe der srilankischen Luftwaffe (z.B. 30. Juni 2001, mit internationalen Protesten auch von Indien und den USA) und hatte verheerende wirtschaftliche Folgen, vor allem auch für den Tourismus. Ausser Vergeltungsluftschlägen hatte die srilankische Armee der LTTE wenig entgegensetzen. Die LTTE hatte ihren Waffenstillstand bereits auf den 24. April 2001 aufgekündigt – aber eine Grossoffensive der Armee mit 15 000 Soldaten am gleichen Tage führte in ein Fiasko, das mehreren Hundert Soldaten das Leben kostete. Weder Luftschläge noch Bodenoffensive ergaben für die Armee Territorialgewinne. Die LTTE bezifferte am 19. Juni 2001 ihre bisherigen Verluste von 1983 bis 2001 auf 17 211 gefallene Kader, darunter 217 «black tigers».

Eine Wende ergab sich in Sri Lanka erst nach den Parlamentswahlen vom 5. Dezember 2001.

Tabelle 2: **Wahlresultate 2001**

Wahltermin	UNP	PA	JVP	JHU	TULF	SLMC	EPDP	div.
5.12.2001	45,62%	37,19%	9,1%		3,88%	1,17%	0,81%	0,18%
	109	77	16		15	5	2	1

Die politische Konstellation änderte sich seit den Parlamentswahlen im Dezember 2001 grundlegend. Zuvor hatte die People Alliance die parlamentarische Mehrheit. Der People Alliance Präsidentin Chandrika Kumaratunga stand aber seit den Neuwahlen im Dezember 2001 der UNP-Premierminister Ranil Wickremesinghe gegenüber. Zwar hatte seine Partei keine absolute Mehrheit, wurde aber von muslimischer und tamilischer Seite unterstützt. Während Kumaratunga ihre Vollmachten ausreizte, um die militärische Option aufrechtzuerhalten, setzte Wickremesinghe auf eine Verhandlungslösung. Schliesslich hatte seine Partei mit dem Versprechen gewonnen, eine Friedenslösung für den ethnischen Konflikt zu finden.

Waffenstillstand

Die neue Regierung hatte eingesehen, dass der Kampf gegen die LTTE militärisch nicht zu gewinnen war. Nicht zuletzt diese Erkenntnis und die wirtschaftlichen Folgen des Bürgerkrieges waren der Grund, dass nach dem Wahlsieg der UNP und der Einsetzung von Ranil Wickremesinghe als Premierminister am 18. Februar 2002 mit einem «Memorandum of Understanding» ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde. Gleichzeitig setzte eine intensive Pendeldiplomatie ein, wobei der norwegische Vermittler Erik Solheim eine zentrale Rolle spielte, zumal die srilankische Präsidentin nun vermehrt auf eine politische Lösung setzte, ohne aber eine Waffenruhe seitens der Armee auszurufen. Ab Ende März 2002 war die norwegische SLMM (Sri Lanka Monitoring Mission) tätig, welche den Waffenstillstand überwachte.

Friedensgespräche

Mehrere Länder engagierten sich diplomatisch für Friedensverhandlungen, so neben Norwegen auch die USA, die EU und Japan. Auf neutralem Boden fanden von 2002 an mehrere Friedensgesprächsrunden statt. Am 16. September 2002 war es soweit: In Sat-tahip, Thailand, startete die erste von 6 mehrtägigen Friedensgesprächsrunden zwischen Vertretern der Regierung und der LTTE – dieses Treffen wurde insbesondere in Oslo am 14. August vorbereitet. Für die Zeit der Verhandlungen wurde das LTTE-Verbot von der Regierung aufgehoben – gegen den Willen der Staatspräsidentin Kumaratunga. Bei der ersten Gesprächsrunde wurden gemeinsame Ausschüsse beschlossen, für die Bereiche Wiederaufbau und humanitäre Angelegenheiten. Am 31. Oktober 2002 fand in Nakhon Pathom, Thailand, eine zweite Gesprächsrunde statt. Sie be-

schloss regelmässige Treffen zwischen LTTE und Armee, neue Kontaktstellen der SLMM – speziell auch für Muslime – Ausschüsse für Deeskalation auf Distriktebene, Friedensbüros mit der Aufgabe Minderheiten zu schützen auf Dorfebene und die Bildung einer ethnisch gemischten Vorbereitungsgruppe für eine Geberkonferenz. Am 25. Oktober 2002 fand diese Geberkonferenz in der norwegischen Hauptstadt Oslo statt – mit einem Treffen des srilankischen Premier Wickremesinghe mit dem LTTE-Cheftheoretiker Balasingham. 39 Geberländer waren zugegen, wobei der US-Vertreter am gleichen Tisch sass wie die LTTE-Delegation. 70 Mio. US Dollar wurden zugesagt. Grossbritannien und die USA forderten allerdings von der LTTE einen klaren Gewaltverzicht, bevor diese von der Liste der Terrororganisationen gestrichen würde.

Am 2. Dezember 2002 starteten die Friedensgespräche in Oslo, die von vielen Kommentatoren als Durchbruch gewertet wurden. In dieser dritten Runde – mit vorgängigen Konflikten mit der muslimischen Vertretung, die sich an den Rand gedrückt fühlte – einigte man sich auf die Formel «Interne Selbstbestimmung in einer föderalen Struktur und einem geeinten Sri Lanka». Eine ganze Reihe von Punkten sollten angegangen werden: Machtteilung zwischen Zentrum und Regionen, Definition von geographischen Regionen, Schutz der Menschenrechte, politische und administrative Mechanismen, öffentliche Finanzen und Gesetz und Ordnung. Schon am 27. November 2002 war LTTE-Führer Prabhakaran von der Forderung eines unabhängigen Staates abgerückt, verlangte aber weitgehende Autonomie. Modelle sah man in Kanada, der Schweiz, Indien und Australien. Die Schweiz wurde aus diesem Grund schon mehrmals von Delegationen der LTTE besucht, leistet aber auch Informationsarbeit in Sri Lanka selber durch den «peacebuilding adviser» Martin Stürzinger. In Oslo wurden eine ganze Reihe konkreter Schritte und vertrauensbildender Massnahmen beschlossen. Am 6. Januar 2003 begann die vierte Friedensrunde in Thailand, bei der es um die Wiederansiedlung von Vertriebenen ging, allerdings nur ausserhalb der Hochsicherheitszonen der srilankischen Armee. In der fünften Friedensrunde 7. und 8. Februar 2003 in Berlin ging es um die Problematik der Kinderrekrutierungen durch die LTTE, um neue Komitees und um die Vorbeugung von Konflikten auf dem Meer. Die sechste Friedensrunde ab 18. März 2003 fand in Japan statt, unter dem Schatten eines schweren Zwischenfalls auf hoher See, bei dem ein LTTE-Versorgungsschiff in internationalen Gewässern versenkt wurde. Der Befehl zum Angriff kam von der Staatspräsidentin

Kumaratunga persönlich, wobei sie den Premierminister und das Verteidigungsministerium nicht informierte. Bei diesem Treffen gab es keine grossen Fortschritte mehr. Schliesslich boykottierten die LTTE die internationale Geberkonferenz vom 9./10. Juni 2003 von Tokyo, weil ihr die Verhandlungen zu wenig schnell vorwärts gingen und sich die Armee zu langsam aus zivilen Gebäuden zurückziehe. Dazu kam, dass die LTTE im April nicht an ein Vorbereitungstreffen nach Washington eingeladen worden



war. An der Konferenz wurden 4,5 Milliarden Dollar versprochen, die allerdings nur als eine Art Friedensdividende bei einem Fortlaufen des Friedensprozesses in Sri Lanka zur Auszahlung kommen würden. Alleine Japan stellte eine Milliarde Dollar in Aussicht. Die Situation war vorübergehend verfahren, aber es folgte eine mehrmonatige ruhige Phase – abgesehen von politischen Morden an LTTE-Gegnern.

LTTE-Gesetzesvorschlag

Ende Oktober 2003 reichte die LTTE erstmals in ihrer Geschichte einen politischen Lösungsvorschlag bei der Regierung ein, aufgrund dessen im Norden und Osten eine LTTE-dominierte Interimsadministration eingeführt werden sollte. Forderungen nach der Rückkehr von Vertriebenen auf ihren Besitz auch in die Hochsicherheitszonen der Armee und der weitgehenden Übernahme staatlicher Kompetenzen durch die LTTE führten rasch zu einem breiten Widerstand bei singhalesischen Politikern und Bedenken seitens muslimischer Politiker. Am 4. November 2003 übernahm die Saatspräsidentin putschartig drei Ministerien: Verteidigung, Information und Inneres. Bis zu den Wahlen im April 2004 war Sri Lanka durch den Machtkampf zwischen Premier Ranil Wickremesinghe und Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga politisch gelähmt.

Damit kam auch der Friedensprozess zum Stillstand. Trotz norwegischen Vermittlungsversuchen gab es seither keine Fortschritte, einzig internationaler Druck und die Aussicht auf Hilfsgelder könnten 2005 eine neue Wende bewirken.

Bei den Parlamentswahlen vom 2. April 2004 verlor die UNP ihre bisherige Mehrheit und als neuer Premierminister folgte Mahinda Rajapakse, der schon als möglicher zukünftiger Präsidentschaftskandidat feststeht, Chandrika Kumaratunga, die mit der Übernahme von wichtigen Ministerien bereits vor den Wahlen ihre Macht ausweitete, hat ihre politischen Ziele bezüglich Macht erreicht – nicht aber den militärischen Sieg über die LTTE, den sie ursprünglich wollte. Befürchtungen, dass nun der Friedensprozess mit der Machtübernahme der United People's Liberation Front unter Führung der Sri Lanka Freedom Party (SLFP) von Kumaratunga endgültig gestorben sei, bewahrheiteten sich nicht. Allerdings ergatterte sich die marxistisch-nationalistische JVP als Koalitionspartner der SLFP nicht weniger als 40 Parlamentssitze, und die JHU oder Jathika Hela Urumaya, eine buddhistisch-nationalistische Mönchspartei errang 9 Mandate. Auf der anderen Seite gewann die LTTE-nahe TNA (Tamil National Alliance) 22 Mandate, dazu die Hochlandtamilen noch eines. Die UNP kam auf noch 82 Mandate und der muslimische SLMC (Sri Lanka Muslim Congress) auf deren 5. Je ein Mandat errangen die tamilischen Parteien Up Country People Front (UCPF) im zentralen Hochland und die EPDP (Eelam People Democratic Party) auf Jaffna.

Die EPDP steuert einen klaren Anti-LTTE-Kurs und hat deswegen Berührungspunkte zur JVP und JHU. Diese Parteien wollen kein Friedensabkommen mit der LTTE, sondern deren Kapitulation. Die SLFP und auch die anderen Parteien möchten seit der Wahl ein solches Abkommen – die einen, weil sie die LTTE politisch stärken und mehr Autonomie wollen – die anderen, singhalesisch dominierten Parteien aus wirtschaftlichen Gründen. Zwischen den Blöcken ist wie immer in der Geschichte von Sri Lanka die muslimische Minderheit, die sowohl mit hinduistisch geprägten Tamilen als auch den buddhistischen Singhalesen immer wieder Probleme hatte. Mal kam die Gewalt von singhalesischer, mal von tamilischer Seite. Ein bisschen sind die Muslime das, was die jüdische Minderheit vor dem zweiten Weltkrieg in Europa war – Prügelknaben, denen niemand beisteht, wenn es hart auf hart kommt. Von der Sprache her stehen aber die meisten Muslime den Tamilen näher als den Singhalesen. Im Osten Sri Lan-

kas, von Amparai bis hinauf nach Trincomalee findet sich entlang der Küsten ein ethnischer Flickenteppich mit klarer Segregation der Wohngebiete, aber durchmischten Gewerbebezonen. Je weiter es ins Landesinnere geht, desto höher werden die Anteile singhalesischer (Neu-)Siedler.

Tsunami vom 24. Dezember 2004 und die Folgen

Die Flutwellenkatastrophe vom 26. Dezember 2004 forderte in Sri Lanka über 35 000 Todesopfer, Hunderttausende wurden obdachlos. Schnell kam internationale Nothilfe. Geberkonferenzen versprachen über eine Milliarde Wiederaufbauhilfe. Aber sie verknüpften die Auszahlung der Gelder mit politischen Bedingungen. Denn bisher gelangte die internationale und nationale Hilfe vor allem in regierungskontrollierte Gebiete, wobei der singhalesische Süden bevorzugt behandelt wurde. Hilfe für Gebiete unter der Kontrolle der LTTE weckte den Widerstand nationalistischer Parteien wie der JVP, die zur Regierungskoalition gehörte und für einen solchen Fall mit dem Austritt drohte. Allerdings wollte sich die Mehrheit in der Regierung und der politischen Parteien dem ausländischen Druck beugen, bringen Hilfsgelder doch einen absehbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Schliesslich nahmen es die Staatspräsidentin und die Mehrheit der Regierungskoalition in Kauf, dass die JVP am 24. Juni aus der Regierungskoalition austrat, als die Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga einen von Regierung und LTTE ausgehandelten Post-Tsunami-Vertrag über das Projektmanagement und die Geldverteilung mit der LTTE absegnete. Am 15. Juli 2005 intervenierte aber das Höchste Gericht von Sri Lanka und setzte einige sehr LTTE-freundliche Bestimmungen des Abkommens bis zu einem endgültigen Gerichtsentscheid im September 2005 ausser Kraft.

Das vom Gericht suspendierte Abkommen wird laut Umfragen von einer Mehrheit der Tamilen und Muslims unterstützt, nicht aber von der singhalesischen Mehrheit.

Die Hoffnung auf militärische Ruhe hat sich, trotz laufendem Waffenstillstand, leider nicht ganz erfüllt. Ein Aufstand innerhalb der LTTE im März/April 2004, unter Führung des früheren Ostkommandanten der LTTE, Karuna, wurde zwar schnell von der LTTE-Mehrheit niedergeschlagen – aber als Folge verstärkte sich ein so genannter Schattenkrieg zwischen von den Sicherheitskräften heimlich unterstützten paramilitärischen Tamilengruppen und der LTTE. Ausserdem tötete die LTTE auch weiterhin

politische Aktivisten ihr nicht genehmer Tamilenparteien, und nicht nur von Regierungsseite ertönt der Vorwurf der Kinderrekrutierung. Diese zwei Punkte sind es auch, welche die USA veranlassten, die LTTE nicht von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen. Von Armeekreisen unterstützte paramilitärische Anti-LTTE-Gruppen verüben immer wieder Anschläge auf leitende LTTE-Kader im Osten, was heftige Gegenreaktionen der LTTE provoziert. Mitte Juli 2005 fehlte nach einem solchen Anschlag im Distrikt Trincomalee gegen zwei LTTE-Kader nur wenig zum Wiederausbruch des Bürgerkrieges – Dutzende von Soldaten wurden durch LTTE-Angriffe verletzt, einige Polizisten getötet.

Einen schweren Rückschlag erlitt der Friedensprozess durch die Ermordung des tamilischstämmigen 73-jährigen Aussenministers Lakshman Kadirgamar in der Nacht vom 12. auf den 13. August 2005. Die Urheberchaft ist – trotz politisch gewollter Zuweisung an die LTTE – noch offen. Der Anschlag kann auch der Versuch sein, die Position der LTTE zu torpedieren. Er hat aber sein Ziel nicht erreicht, sowohl die sri-lankische Regierung als auch die LTTE halten an einer Verhandlungslösung fest. Gegen Ende 2005 kommt es – nach einem Entscheid des Höchsten Gerichts in Sri Lanka – zu Präsidentschaftswahlen.

Fazit

Trotz allem Negativen bleibt die Friedenshoffnung – nicht in Begeisterung wie noch 2002, aber in einem Umfeld von wirtschaftlichem Pragmatismus und Kriegsmüdigkeit. Es ist die Hoffnung, dass es Extremisten beider Seiten nicht gelingt, die Saat der Versöhnung zu zerstören.

Annex: Konkrete Projekte der Schweiz in Sri Lanka 2005

Nach der Flutwellenkatastrophe vom 26. Dezember 2004 hat sich das Engagement der Schweiz in Sri Lanka massiv erhöht. Ein wichtiger Teil der schweizerischen Soforthilfe im Rahmen der Tsunamihilfe war das Projekt der DEZA (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit) mit Geld für Rehabilitation. Ebenfalls im Rahmen der Tsunamihilfe von 23 Mio. US \$ werden mehrere Schulen – vor allem im Süden – wieder aufgebaut. Zuständig ist in allen Fällen das EDA (Eidgenössisches = Schweizerisches Departement für auswärtige Angelegenheiten).

Seit einigen Jahren hilft die Schweiz finanziell mit, dass die Minenräumung Fortschritte macht. Minen verursachen viele Unfälle und verhindern Wiederansiedlungen und die Bewirtschaftung von Land. Dafür gibt es die «Swiss Foundation for Mine Action», die im Nordosten seit Jahren erfolgreiche Arbeit leistet.

Im Rahmen der Förderung des Friedens unterstützen die Schweiz und Deutschland gemeinsam die «Berghof Foundation for Conflict Resolution», welche in Sri Lanka eine Zweigstelle betreibt. Das Resource Network for Conflict Studies and Transformation von Berghof begleitet den Friedensprozess auf der makropolitischen Ebene und arbeitet an einer zielgruppenspezifischen Kapazitätsbildung für die vier Schlüsselakteure des Konflikts (Regierungs- und Oppositionsparteien, muslimische Gemeinschaft, LTTE und weitere tamilische Akteure).

Der schweizerische Friedensförderungsberater, zurzeit Martin Stürzinger, engagiert sich im Menschenrechtsbereich und in der politischen Bildung. Die Schweiz unterstützt finanziell die Rekrutierung von ausländischen UNO-Volunteers für regionale Menschenrechtsbüros in Sri Lanka, wo momentan über 7000 Klagen hängig sind. Die srilankische Human Right Commission wird so in den Regionen gestärkt.

Der schweizerische Föderalismus – das betont Stürzinger vor allem in den Interviews mit südasiatischen Medien – kann zwar nicht als Ganzes übernommen werden, wohl aber einige Ideen davon. Es geht im Wesentlichen um eine neue Kompetenzverteilung zwischen dem politischen Zentrum und den untergeordneten Gebietskörperschaften (Gemeinden, Distrikte, Provinzen). Als Beispiele nennt er die Kompetenzen der Schweizer Gemeinden (Kommunen) für lokalen Strassenbau und für Schulen. Er zeigt auf, dass bei wichtigen Verbindungsstrassen zwischen Gemeinden die Kompetenz bei den Kantonen und bei Autobahnen (Nationalstrassen) beim Bund liegt. Gemeinden können in der Schweiz selbständig Schulhausneubauten beschliessen und Lehrer anstellen. Die Schweiz ist eine Nation mit vier Landessprachen und hat eine lange Erfahrung mit der Integration und Partizipation von Minderheiten. Daher kommt es auch, dass die Schweiz durch ihren «Adviser for Peacebuilding» Weiterbildungen für Behördenmitglieder, Parlamentarier, Organisationen und Journalisten in den Bereichen Föderalismus und Verhandlungsführung anbieten kann. Diese Seminare stossen in Sri Lanka durchaus auf Interesse. Im Mai 2003 war das LTTE Political Affairs Committee

während einer Woche in der Schweiz, um den Föderalismus zu studieren, und im Oktober 2004 informierte sich auch das LTTE Constitutional Affairs Committee bei einem Schweizbesuch über den schweizerischen Föderalismus.

Fazit

Ein schönes Beispiel, wie die Rolle von Norwegen als offiziellem Vermittler im ethnischen Konflikt auf Sri Lanka durch weitere mehr im Hintergrund sich abspielende Aktivitäten anderer Länder gestützt werden kann. Es bleibt die Hoffnung, dass sich in Sri Lanka überall die Einsicht durchsetzt, dass Verhandlungslösungen immer besser sind als Konfliktlösung durch Gewalt.

Der Autor, Dr. Oskar Flück, ist ausgebildeter Geograph und betreibt eine kleine eigene Privatschule. Er hatte anfangs Februar 1995 an der Universität Jaffna ein Gastlektorat und schreibt seit 1999 Artikel über Sri Lanka in der Zeitschrift Südasiens.

Quellen: Zeitschrift Südasiens: Sri Lanka-Artikel in allen Ausgaben ab 1993 (Südasiensbüro Bonn); Internet; Martin Stürzinger; M. Domrös: Sri Lanka, Darmstadt, 1976; J.M. Julia: Le génocide des tamouls à Sri Lanka, Lyon, 1985



Hilfe!
Ich will leben

International
essen von ...
nicht Sie

G
Z
VOI

egen Die
Wangsrückschaffung
Tamilischen Flüchtlingen.

Vom «Sonderfall Tamilen» zum «Normalfall Sri Lanka»

Rund 40 000 Menschen aus Sri Lanka, grösstenteils Tamilen, leben heute in der Schweiz, schreibt Stephan Parak, Sektionschef des Bundesamtes für Migration in seinem Beitrag über die Schweizer Asylbehörden und das Sri Lanka-Dossier. Vor allem als Folge des nach wie vor sehr zerbrechlichen Waffenstillstands gingen die Zahlen der neuen Asylsuchenden aus Sri Lanka in den vergangenen Jahren massiv zurück. Wie der Autor darlegt, löste die Situation der Flüchtlinge aus Sri Lanka mit härtesten Kriegserfahrungen in der Schweiz leidenschaftliche Diskussionen aus. So gehörte die Freiplatzaktion von Anfang an zu jenen Bewegungen, die für sichere Aufenthaltsregelungen eintraten. Auf der anderen Seite standen fremdenfeindliche Gruppierungen. Die Haltung der schweizerischen Behörden blieb über lange Zeit hinweg unsicher. Nur wenige Flüchtlinge aus Sri Lanka erhielten Asyl. Nur wenige wurden in ihr Herkunftsland zurückgewiesen. Vor der Anerkennung einer kollektiven Bedrohungssituation schreckten die Behörden zurück. Viele der betroffenen Menschen litten unter der langjährigen Unsicherheit ihrer Zukunft. Die meisten tamilischen Asylsuchenden konnten schliesslich mit Globallösungen der Jahre 1990, 1994 und 2000 die vorläufige Aufnahme erlangen. Von besonderer Bedeutung bleibt nach Darstellung des Autors die führende Rolle der Schweiz innerhalb der internationalen Bestrebungen der Friedenssuche in Sri Lanka. Jürg Meyer

Die Schweizer Asylbehörden und das Sri-Lanka-Dossier

1971 stellt der erste Tamile in der Schweiz ein Asylgesuch. 1983 sind es bereits über 800 Personen aus Sri Lanka, die als Folge der Eskalation der Gewalt in ihrem Heimatland Zuflucht in der Schweiz suchen. Die eidgenössische Verwaltung und Politik sehen sich zum ersten Mal mit einer grösseren und in den folgenden Jahren stetig wachsenden Zahl von Asylsuchenden aus einem bis anhin bloss als Feriendestination bekannten Drittweltland konfrontiert. Sie stehen vor allem in konzeptioneller Hinsicht vor einer Herausforderung, für die es keine Erfahrungen und keine Rezepte gibt. Die bald einsetzende Polarisierung der öffentlichen Meinung in der «Tamilenfrage» führt zur Polarisierung der gesamten Flüchtlingspolitik und entwickelt sich zum Prüfstein für die schweizerische Asylpolitik schlechthin. Neue Begriffe, Schlagworte und Konzepte tauchen auf und finden Eingang ins asylpolitische Vokabular: Heimschaffungs-

stopp, soziales Beziehungsnetz, Notenwechsel, Rückkehr in Sicherheit und Würde, Kollektivverfolgung, Globallösung, Rückkehrhilfeprogramm, Sistierung, Humanitäre Aktion 2000 usw.

Gut zwanzig Jahre später ist es um das «Sri-Lanka-Dossier» ruhig geworden. Dies hat im Wesentlichen mit den Gesuchszahlen, einem der Hauptindikatoren des Erfolgs oder Misserfolgs der schweizerischen Asylpolitik, zu tun. Diese Zahlen sind massiv zurückgegangen – von über 7000 im Jahre 1991 auf rund 200 im Jahre 2004. Der wenn auch stockende Friedensprozess in Sri Lanka lässt zudem Hoffnung auf eine friedliche



Lösung des Konflikts zu. Die knapp 40 000 in der Schweiz lebenden Srilanki, grösstenteils Tamilen, verfügen inzwischen fast alle über einen geregelten Aufenthaltsstatus und gelten überdies gemeinhin als integriert, ja geradezu als das Musterbeispiel einer gelungenen Integration. Das Asyl-Dossier Sri Lanka hat vor diesem Hintergrund seine einstige Brisanz eingebüsst; ins Blickfeld der Behörden und der Öffentlichkeit sind allmählich andere Gruppen von Schutzsuchenden und andere Aspekte der Asyl- und Migrationspolitik gerückt.

Fragen stellen sich: Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen? Welches sind die Gründe für eine derartige asylpolitische «Beruhigung» des Sri-Lanka-Dossiers? Warum spricht man jahrelang von einem «Sonderfall Tamilen», was ist damit gemeint? Welche Ziele verfolgen die Bundesbehörden mit ihrer Sri-Lanka-Praxis, werden sie auch erreicht?

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Beantwortung der genannten Fragen. Sein Fokus liegt auf einer zeithistorisch-deskriptiven Darstellung der Ereignisse und Entwick-

lungslinien des Umgangs der Bundesbehörden mit dem Sri-Lanka-Dossier; zwecks eines besseren Überblicks wird er in Zeitperioden eingeteilt. Anschliessend geht er auf eine der zentralen Fragen – die behördliche Praxis in Bezug auf die Aufenthaltsregelungen der Srilanki in der Schweiz – vertieft ein. Im Schlusskapitel wird versucht, eine kritische Bilanz der wichtigsten Erkenntnisse und Einsichten aus dem Sri-Lanka-Dossier zu ziehen.

Bedingt durch die Fragestellung stehen weder die betroffenen Flüchtlinge noch der Sri-Lanka-Konflikt oder dessen spezifische asyl- und migrationspolitische Aspekte im Zentrum des Beitrages. Dieser ist folglich keine im dokumentarischen Sinne lückenlose Auflistung aller Aspekte des komplexen und facettenreichen Sri-Lanka-Dossiers; dafür sind umfangreichere Forschungsarbeiten mit spezifischen Fragestellungen, einer erweiterten Quellenbasis und der Berücksichtigung verschiedener Sichtweisen und methodischer Zugänge erforderlich.

Die Ausführungen stützen sich quellenmässig auf das Aktenmaterial der Bundesverwaltung und in der Interpretation auf persönliche Beurteilungen des Autors. Zur besseren Verständlichkeit und Lesbarkeit des Textes werden keine Gesetzesartikel, Statistiken und Namen von Akteuren aufgeführt; aus dem gleichen Grund wird auf Fussnoten verzichtet. Bezüglich der Perspektive nimmt der Beitrag den Blickwinkel der Asylbehörden ein, strebt jedoch eine sachliche und transparente Darstellung des Geschehens an.

Aufbruch 1983–1987

In diesem Zeitabschnitt beherrscht das Thema Sri Lanka die Schlagzeilen, wird das Flüchtlingsproblem in der Schweiz allgemein mit den Tamilen identifiziert, stehen die Asylbehörden erstmals unter einem grossen öffentlichen Druck, werden zahlreiche parlamentarische Vorstösse sowie Eingaben und Interventionen von Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen eingereicht, droht die Konfrontation in der Tamilen-Frage die Öffentlichkeit in zwei Lager zu spalten. Die für die Asylbehörden zentralen Fragen und Dilemmata, welche die gesamte Debatte der Folgezeit dominieren werden, tauchen früh auf: Sind Tamilen bei der Rückführung nach Sri Lanka gefährdet? Was tun, falls die Wegweisungen unzumutbar sind oder den Betroffenen gar Gefahr an Leib und Leben droht – Asyl gewähren, internieren bzw. vorläufige Aufnahmen verfügen,

Asylgesuche bis auf weiteres nicht behandeln, wie lange nicht behandeln? Wie soll die Attraktivität der Schweiz als Fluchtland gemindert werden, um zu verhindern, dass immer mehr Tamilen in der Schweiz Schutz vor Verfolgung suchen? Wie der Stimmung der Bevölkerung Rechnung tragen, wie die Vorstellungen der Politik erfüllen, wie die Anliegen der Kantone berücksichtigen, wie die Bedürfnisse bestimmter Wirtschaftszweige beachten, was der Kritik der Hilfswerke und der Medien entgegensetzen?

Aus der Rückschau der letzten 20 Jahre wird deutlich, mit welchem Engagement und mit welchem Willen die Lösung dieser Fragen von den zuständigen Bundesbehörden – zunächst dem Bundesamt für Polizei, ab 1986 vom Delegierten für das Flüchtlingswesen (DFW) – in Angriff genommen wird, mit welcher rascher Kadenz Amtsentscheidungen gefällt, aber auch wieder modifiziert werden. So gibt es, um nur einige Beispiele für diese Behördenaktivität zu nennen, bereits im Jahre 1986 bei den abgelehnten Asylentscheidungen sechs verschiedene so genannte «Tamilen-Dispositive», wird im gleichen Jahr vom gerade gewählten Flüchtlingsdelegierten «eine mittelfristige Tamilenstrategie» entwickelt, finden interdepartementale Lagebeurteilungssitzungen statt, werden Dienstreisen nach Sri Lanka unternommen und internationale Kontakte geknüpft, Zeitpläne und Massnahmen für Rückführungen entworfen und in zahlreichen Berichten die Ursachen und Folgen des Sri-Lanka-Konflikts analysiert. Dieser rund vierjährigen dynamischen Phase haftet ein experimentell-innovativer Zug an; gekennzeichnet ist sie von der Zuversicht, die das asylpolitische Tagesgeschäft beherrschende Sri-Lanka-Problematik zwar nicht sofort und definitiv, jedoch in absehbarer Zeit einer pragmatischen Lösung zuzuführen. In den offiziellen Schreiben dieser Jahre dominieren bezeichnenderweise Wendungen wie «sobald es die Lage in Sri Lanka zulässt», «zu einem späteren Zeitpunkt», «einstweilen», «bis auf weiteres», «vorübergehend».

Das intensive Bemühen der Bundesbehörden um eine «Lösung» für das Sri-Lanka-Dossier bleibt jedoch aus vorwiegend zwei Gründen erfolglos: Zum einen wegen der andauernd instabilen politischen Verhältnisse und einer besorgniserregenden Menschenrechtslage in Sri Lanka. Zum anderen wegen eines dadurch bedingten und unerwartet starken und breit abgestützten innenpolitischen Widerstandes gegen Rückführungen nach Sri Lanka. So eskaliert etwa der Streit um die Rückführung von 30 «Berner Tamilen» 1986/1987 zu einem innenpolitischen Konflikt und führt zu einer sich über

Monate hinziehenden Auseinandersetzung mit einer breiten Opposition, bestehend aus kirchlichen Kreisen, Parteien, Privaten, Hilfswerken, dem UNHCR, amnesty international und der Berner Kantonsregierung.

Der anfängliche behördliche Elan erlahmt angesichts solch widriger Umstände zusehends, eine gewisse Ratlosigkeit und Resignation machen sich breit, die Situation erscheint blockiert, der «Sonderfall Tamilen» nimmt Konturen an. So werden etwa die ablehnenden Sri-Lanka-Asylentscheide von den jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des personell stark im Wachstum begriffenen Berner Entscheidapparats zwar vorproduziert, in den Computern gespeichert, jedoch nicht zugestellt. 1987 werden 1200 solche schubladisierten Entscheide sukzessive doch noch eröffnet und dabei die



Zumutbarkeit der Wegweisung grundsätzlich bejaht. Um den «besonderen Gegebenheiten in Sri Lanka» Rechnung zu tragen, wird den Betroffenen statt der üblichen sechswöchigen Frist eine ungewöhnlich lange Ausreisefrist von neun Monaten angesetzt. Den kantonalen Behörden teilt der DFW im Juli 1987 jedoch gleichzeitig mit, mit Ausnahme von Delinquenten sei der Wegweisungsvollzug auch nach Eintritt der Rechtskraft und Ablauf der Ausreisefrist «gegenwärtig» zu sistieren. Wann und wie die rechtskräftigen Entscheide zu vollziehen seien, darüber würden die Kantone «zu gegebener Zeit» schriftlich informiert werden – eine Zusage, die, wie noch zu zeigen sein wird, in den allermeisten Fällen nicht eingelöst werden musste.

Eine solche Asylpolitik, so die Kritik seitens der Hilfswerke, komme einer Fortsetzung der behördlichen Verunsicherungsstrategie gegenüber Tamilen gleich, sei widersprüchlich und werde von der Bevölkerung kaum verstanden.

Unterbruch 1988–1993

Der genannte DFW-Entscheid vom Juli 1987, vorderhand auf zwangsweise Rückführungen zu verzichten, markiert insofern eine Zäsur, als dadurch in Bezug auf das Sri-Lanka-Dossier nach den turbulenten Vorjahren innenpolitisch eine spürbare Beruhigung eintritt, öffentliche und politische Diskussionen weitgehend verstummen. Dies hat seine Gründe: Bis auf die Drogendelinquenten und seit 1991 im Rahmen einer erweiterten Wegweisungspraxis so genannten «Leitplanken-Tamilen» finden nämlich bis ins Jahr 1994 überhaupt keine zwangsweisen Rückführungen nach Sri Lanka statt; nur wer gemäss interner Amtspraxis die Leitplanken-Kriterien – der schweren Straffälligkeit, der groben Verletzung der Mitwirkungspflicht, der Verschleierung der wahren Identität oder des dissozialen Verhaltens – erfüllt, muss nach rechtskräftiger Ablehnung seines Gesuches mit einer Rückführung rechnen. Das Wegweisungsrisiko für Srilanki, die in der Schweiz um Asyl ersuchen, ist somit in diesen Jahren sehr gering, ihre Chance, hier bleiben und arbeiten zu können sowie Familienangehörige nachziehen zu lassen, hingegen hoch. Eine Asylpraxis, die auf Rückführungen faktisch verzichtet, schafft naturgemäss Anreize und führt als Pullfaktor zu steigenden Gesuchszahlen – man spricht von einer «open-door policy» der Schweiz. Der behördliche Fokus liegt deshalb notgedrungen auf der Förderung der freiwilligen Rückkehr, die allerdings nur stockend vorankommt.

Parallel dazu, von der Öffentlichkeit wenig beachtet und in einem gewissen Gegensatz zur innenpolitischen Lähmung, entwickelt die Schweiz in diesen Jahren jedoch eine intensive internationale Aktivität. Diese hat zum Ziel, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten sowie dem UNHCR Lösungen zu erarbeiten, die zur Beilegung des Sri-Lanka-Konflikts führen und damit koordinierte Repatriierungen ermöglichen sollen. Es ist die Schweiz, die in diesem Prozess und im Rahmen so genannter informeller Konsultationstreffen eine «leading role» einnimmt.

Der Preis für das jahrelange innenpolitische Ruhen des Sri-Lanka-Dossiers ist, statistisch gesehen, dramatisch hoch. Es bildet sich ein von Jahr zu Jahr wachsender «Pendenzberg»: von rund 1500 hängigen Asylgesuchen im Jahre 1987 auf über 18 000 Ende des Jahres 1993. Und: Diese Pendenzen wären noch erheblich höher, wenn nicht

im Jahre 1990 auch rund 4400 srilankische Asylsuchende, die ihr Asylgesuch noch vor Ende 1986 eingereicht haben, im Rahmen einer vom Bund beschlossenen humanitären Regelung eine Aufenthaltsbewilligung bekommen hätten.

Die Fragen liegen auf der Hand: Wie kommt es zu dieser Entwicklung? Wie ist es möglich, dass Politik, Verwaltung und die Öffentlichkeit einen solchen Gang der Dinge zulassen? Was wird unternommen, um eine solch massive Gesuchszunahme zu stoppen?

Wesentlich ist, dass gegen Ende der 1980er Jahre eine rapide Zunahme von Asylgesuchen aus der Türkei sowie Jugoslawien die Sri-Lanka-Problematik aus den Schlagzeilen und auch von der asylpolitischen Agenda allmählich verdrängt. Angesichts von über 41 000 Asylgesuchen allein im Spitzenjahr 1991, davon mehr als 7000 aus Sri Lanka, kann die Verwaltung schon aus Gründen der Kapazität und der Verfahrensökonomie nicht alle «Länder-Dossiers» mit derselben Priorität behandeln. Sie muss ihre Ressourcen auf jene Asyldossiers konzentrieren, bei deren Behandlung für die Betroffenen entweder Aussicht auf eine rechtlich definitive Klärung des Aufenthaltsstatus in der Schweiz oder auf den tatsächlichen Vollzug von Wegweisungen besteht. Und gerade diese zentrale Voraussetzung ist im Falle Sri Lankas während Jahren nicht gegeben. Weder lässt die politische und menschenrechtliche Lage in Sri Lanka Rückführungen in grösserem Ausmass zu, noch besteht bei den Behörden Klarheit darüber, ob und wie der Aufenthalt der vielen Tausend in der Schweiz lebenden Tamilen rechtlich zu regeln ist.

Dennoch erfolgt seit etwa 1991 amtsintern wieder eine intensivierete Auseinandersetzung mit dem drängenden Sri-Lanka-Dossier, werden Handlungsalternativen geprüft, Erkenntnisse aus Dienstreisen analysiert und immer wieder Anläufe zur Deblockierung des innenpolitisch aufs Eis gelegten Sri-Lanka-Dossiers genommen – während die täglich eingehenden Asyldossiers von schutzsuchenden Tamilen unbehandelt in die Amtsregistratur wandern.

Durchbruch 1994–2000

Was tun angesichts einer Hypothek von 18 000 hängigen Asylgesuchen von Menschen, die grösstenteils seit Jahren in der Schweiz in Ungewissheit leben müssen? Wie lange können es die Behörden zulassen, eine solch hohe Zahl von Asylgesuchen nicht zu prüfen, sich zunehmend dem Vorwurf der Rechtsverweigerung auszusetzen und 1500 rechtskräftige Wegweisungen nicht zu vollziehen?

Angesichts dieser Faktenlage besteht auf Behördenseite starker Handlungsbedarf. Ausser Zweifel steht, dass ein «Trendbruch» erforderlich ist, dass es für die angestrebte Deblockierung des Sri-Lanka-Dossiers eines konzeptionellen Ansatzes mit flankierenden innen- und ausserpolitischen Massnahmen und einer starken Signalwirkung



bedarf. Und ein solcher Durchbruch kommt tatsächlich zustande und ist in Europa ein Novum. Als Ergebnis intensiver Vorbereitungsarbeiten wird im Januar 1994 zwischen den schweizerischen und srilankischen Behörden sowie dem UNHCR ein Notenwechsel über – zahlenmässig gestaffelte – Rückführungen von abgewiesenen srilankischen Asylsuchenden in Sicherheit und Würde unterzeichnet. Dieses «Rückkehrabkommen», das eine Reihe von Sicherheits- und Schutzmechanismen enthält und zu dessen Umsetzung ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) als Migrationsattaché auf die Schweizer Botschaft in Colombo beordert wird, rückt die zuletzt weitgehend in den Hintergrund geratene Sri-Lanka-Thematik erneut ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit und bewirkt BFF-intern bereits im Verlaufe des Jahres 1993 eine intensive Auseinandersetzung mit dem Dossier.

Zum Notenwechsel gehört als integrales innenpolitisches Pendant der Bundesratsbeschluss vom April 1994, der die ältesten Gesuchspendenzen regeln und neue verhindern soll. Gestützt darauf werden in der Folge Srilanki, die vor dem 30. Juni 1990 in der Schweiz ein Asylgesuch einreichen und deren Asylverfahren entweder noch hängig oder mit sistiertem Vollzug abgeschlossen waren, wegen Unmöglichkeit des Wegweisungsvollzugs vorläufig aufgenommen. Bei den übrigen Srilanki, die ihr Asylgesuch nach dem 30. Juni 1990 eingereicht haben, sollen nach Ablehnung der Asylgesuche Wegweisungen nach Sri Lanka verfügt und deren Vollzug – gestützt auf den Notenwechsel – konsequent durchgeführt werden. Dies umso mehr, als sich 1994 die allgemeine politische Lage sowie die Menschenrechtssituation in Sri Lanka nach Einschätzung Berns so gut wie seit Jahren nicht mehr darstellen.

So das Konzept zur Normalisierung des Sri-Lanka-Dossiers: Doch die Umsetzung des Bundesratsbeschlusses vom April 1994, der auf der Idee einer Balance zwischen vorläufigen Aufnahmen einerseits und gleichzeitigen, auf dem Notenwechsel basierenden Wegweisungen andererseits gründet, gerät alsbald ins Stocken. Der Bundesratsbeschluss wird nämlich allzu stark in Richtung der vorläufigen Aufnahmen, die dank standardisierten Begründungen schliesslich für – infolge Familiennachzugs – rund 9000 Personen verfügt werden, umgesetzt. Die Anzahl der tatsächlichen Rückführungen nimmt sich demgegenüber, bedingt auch durch erneute, vorübergehende Wegweisungsstopps, mit einigen Hundert Rückführungen bescheiden aus. Diese quantitative «Schieflage» bei der Umsetzung des Bundesratsbeschlusses erfährt eine zusätzliche Akzentuierung im Oktober 1994. Das BFF wird vom Departementschef angewiesen, die Bearbeitung aller zwischen dem 1. Juli 1990 und dem 31. Dezember 1992 eingereichten Asylgesuche bis auf weiteres zu sistieren bzw. rechtskräftige Wegweisungsverfügungen nicht zu vollziehen. Dieser Behandlungs- und Vollzugsstopp, von dem rund 7000 Personen aus Sri Lanka betroffen sind, lässt sich auf koordinierte Interventionen aus verschiedenen Lagern, insbesondere aus Hilfswerks-, Kirchen- und Wirtschaftskreisen, zurückführen.

Die im Jahre 1994 durch den Notenwechsel und den Bundesratsbeschluss angestrebte konzeptionelle und quantitative Normalisierung des Sri-Lanka-Dossiers wird durch diese Entwicklungen verhindert und erneut auf Jahre hinausgeschoben; der «Sonderfall Tamilen» besteht weiter. Die Jahre 1995–1998 stehen auf Seiten der Bundesbehör-

den im Zeichen intensiver – und erfolgloser – Bemühungen um eine Deblockierung der auf Departementsstufe im Jahre 1994 sistierten langjährigen Asylgesuche. Immer stärker tritt zudem die Notwendigkeit zutage, das Asyldossier Sri Lanka endlich auf eine kohärente und langfristig angelegte Basis zu stellen, wie in zahlreichen Optionenpapieren gezeigt wird.

Es ist die allgemeine Entwicklung im Asylbereich, die Bewegung ins stagnierende Sri-Lanka-Dossier bringt. Nach dem Ende des Kosovo-Krieges Mitte 1999 geht nämlich die Zahl der in der Schweiz neu eingehenden Asylgesuche stark zurück. Zugleich läuft das umfangreiche Kosovo-Rückkehrprogramm erfolgreich an. Zehntausende Kosovo-Albaner verlassen, wie schon zuvor bosnische Flüchtlinge, die Schweiz und kehren in ihr Heimatland zurück. Erst diese innenpolitisch und auch psychologisch eminent wichtige Beruhigung der Lage im Asylbereich gibt den Blick frei und stellt zugleich Ressourcen für langjährige Behandlungs- und Vollzugspendenzen zur Verfügung. Das zurückgestellte Sri-Lanka-Dossier rückt auf der Prioritätenliste wieder nach oben. Die Bundesbehörden sind sich im Klaren darüber, dass Personen, die sich zum Teil seit neun Jahren in der Schweiz aufhalten und deren Asylgesuche immer noch hängig sind, einen Anspruch darauf haben, zu erfahren, ob sie weiterhin in der Schweiz bleiben können oder ausreisen müssen. Und die Bundesbehörden wissen auch, dass es ihre Pflicht ist, einen solchen Entscheid im Rahmen des dafür gesetzlich vorgesehenen Asylverfahrens zu fällen und endlich jene Massnahmen zu treffen, die entweder auf eine rasche Regelung des Aufenthaltsstatus der Betroffenen in der Schweiz oder, bei rechtskräftiger Ablehnung der Asylgesuche, auf den Vollzug der Wegweisungen hinwirken. Es mehren sich zudem entsprechende Interventionen vor allem seitens der Kantone, aber auch der Hilfswerke. Ein weiteres behördliches Zuwarten in dieser Angelegenheit ist nicht mehr vertretbar und sowohl intern als auch extern kaum noch zu kommunizieren, zumal unklar ist, worauf eigentlich noch gewartet wird. Ein definitiver und verbindlicher Entscheid ist aus rechtlichen, politischen und humanitären Gründen dringend geboten.

Evident ist dabei, dass durch den seit 1994 andauernden Behandlungs- und Vollzugsstopp bestimmter Jahrgänge von Sri-Lanka-Asylgesuchen für die Bundesbehörden Sachzwänge entstanden sind, durch welche die Wegweisung Tausender von Personen nach einem langjährigen Aufenthalt in der Schweiz realistisch unmöglich – und somit eine weitere «Globallösung» zwecks Abbaus von langjährigen Pendenzen unausweichlich geworden ist. Auf Antrag des EJPD beschliesst der Bundesrat im März 2000 die «Humanitäre Aktion 2000». In deren Rahmen sollen, gestützt auf das Gleichbehandlungsgebot, grundsätzlich alle Personen, also nicht nur srilankische Staatsangehörige, die ihr Asylgesuch vor Ende 1992 eingereicht haben und deren Asyl- oder Wegweisungsverfahren seitdem in der Schwebe waren, vorläufig aufgenommen werden.

Die Humanitäre Aktion 2000 verläuft planmässig und ist per Ende April 2001 faktisch abgeschlossen; die Verfahrens- und Vollzugspendenzen können innert eines Jahres um über 95% reduziert werden.

Was bedeutet dies für die Srilanki, welche die grösste Begünstigtengruppe der Humanitären Aktion 2000 bilden? Durch diesen asylpolitischen Kraftakt wird auch der Aufenthalt von knapp 10 000 Srilanki, bei denen man aufgrund ihres langen Aufenthaltes in der Schweiz von einer fortgeschrittenen Integration ausgeht, mittels einer vorläufigen Aufnahme geregelt. Für die Betroffenen findet damit der Zustand einer langjährigen Rechtsunsicherheit ein Ende. Durch die Humanitäre Aktion 2000 und eine Reihe von flankierenden Massnahmen kommt das Sri-Lanka-Dossier sowohl statistisch als auch konzeptionell ins Lot. Per Ende 2000 gibt es lediglich rund 2500 Verfahrens- und Vollzugspendenzen.

Umbruch 2001–?

Die Jahre seit der Humanitären Aktion 2000 sind gekennzeichnet durch einen kontinuierlichen Pendenzenabbau und eine auf breiter Basis erfolgende Konsolidierung des Sri-Lanka-Dossiers. Diese äussert sich, dank allgemeiner Verbesserung der Menschenrechtssituation in Sri Lanka und eines wenn auch von Rückschlägen nicht gefeierten Friedensprozesses, vor allem in einer Stabilisierung der Gesuchseingänge auf einem tiefen Niveau, geringen erst- und zweitinstanzlichen Gesuchspendenzen, einem funktionierenden Wegweisungsverfahren, im Auslaufen des Rückkehrhilfeprogramms im

Frühjahr 2004 sowie in der Aufhebung der Stelle eines Migrationsattachés auf der Schweizer Botschaft in Colombo, die seit 1994 ununterbrochen durch einen Mitarbeiter des BFF besetzt war. Auch die Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004, in deren Folge das Bundesamt für Migration während mehrerer Wochen keine Wegweisungsentscheide erlässt und keine unfreiwilligen Rückführungen vornimmt, führt nicht zu einer Rückkehr zum «Sonderfall Tamilen».

Die Umbruchphase dauert an; es lässt sich heute keine abschliessende Aussage darüber machen, ob es in den kommenden Monaten und Jahren nicht erneut zu einer starken Zunahme von Asylgesuchen aus Sri Lanka kommt. Feststeht, dass die rund 40 000 Personen umfassende srilankische Gemeinschaft in der Schweiz bei einem erneuten Aufblühen des Konflikts jedenfalls einen starken Pull-Faktor bilden und die Schweizer Behörden vor neue Herausforderungen stellen würde.

Zwischen Stuhl und Bank: Aufenthaltsregelungen

Der Sinn und Zweck des Asylgesetzes besteht bekanntlich darin, die Flüchtlingseigenschaft sowie allfällige Wegweisungshindernisse zu überprüfen. Falls die Flüchtlingseigenschaft nicht erfüllt ist und auch keine Wegweisungshindernisse vorhanden sind, muss die betreffende Person die Schweiz verlassen.

Ein Blick auf die Sri-Lanka-Asylstatistik des untersuchten Zeitraums löst Erstaunen und Fragen aus: Rund 1200 srilankische Asylsuchende wurden von den Schweizer Asylbehörden im Verlaufe von über 20 Jahren als Flüchtlinge anerkannt. Dennoch lebten per Ende 2004 rund 40 000 srilankische Staatsangehörige in unserem Land, rund 6000 von ihnen sind bereits Schweizer Bürger.

Wie lässt sich erklären, dass die Schweiz trotz einer sehr tiefen Anerkennungsquote in Europa nominell über die drittgrösste und, bezogen auf die Bevölkerungszahl, prozentual grösste tamilische Diaspora verfügt?

Das Sri-Lanka-Dossier ist von Beginn an mit dem Problem der hohen Pendenzen behaftet und belastet. Das behördliche Handeln stellt sich rückblickend als ein jahrelanges Ringen um eine Lösung für diese Gesuchspendenzen dar. Kaum bricht nämlich 1983 der Konflikt in Sri Lanka mit voller Schärfe aus, kaum stellen die ersten Srilanki

ein Asylgesuch in der Schweiz, schon sehen sich die Asylbehörden mit einem Pendenz-Problem konfrontiert, das sie in den folgenden Jahren ständig beschäftigen und Energien binden wird; bereits das erste Sri-Lanka-Gesuch ist praktisch eine Pendenz. Auch die Politik fängt sehr bald an, auf dieses Problem aufmerksam zu werden. So will Nationalrat Valentin Oehen bereits im Oktober 1983 vom Bundesrat wissen, ob der Eindruck richtig sei, dass «die laufend im Falle der Tamilen erarbeiteten Entscheide seit drei Monaten nur zögernd oder gar nicht vollzogen» würden.

Die Hauptursache für das schnelle und kontinuierliche Anwachsen von Pendenzen sowohl im Verfahrens- als auch im Vollzugsbereich liegt darin begründet, dass zwar Monat für Monat hunderte von Srilanki in der Schweiz um Asyl ersuchen, deren Gesuche jedoch erstinstanzlich entweder nicht behandelt oder – falls das Gesuch geprüft, abgelehnt und in Rechtskraft erwachsen ist – die Wegweisungen wegen der politischen Lage in Sri Lanka und innenpolitischer Widerstände gegen Rückführungen doch nicht vollzogen werden. Dominant und handlungsbestimmend scheint bei den Asylbehörden dabei die Befürchtung zu sein, durch rasche und rechtlich verbindliche Aufenthaltsregelungen – Gewährung von Asyl bzw. Verfügen von vorläufigen Aufnahmen – die Schweiz für immer mehr ausreisewillige Flüchtlinge aus Sri Lanka und anderen Drittstaaten noch attraktiver zu machen, währenddem Repatriierungen nach Sri Lanka nicht oder nur in kleinem Umfang durchgeführt werden können. Die Brisanz dieser Problematik ist offensichtlich, denn zu einer glaubwürdigen und kohärenten Asylpolitik gehört systemimmanent auch der Vollzug von Wegweisungen. Bereits 1984 wird in einem internen Papier darauf hingewiesen, dass von der Durchführung der Repatriierungen zu einem grossen Teil die Glaubwürdigkeit der Asylpolitik abhängt; der Zustrom von Asylbewerbern aus Sri Lanka könne nur dann gestoppt werden, wenn im Falle eines negativen Asylentscheides der Ausländer notfalls auch ausgeschafft werde. Wenn nämlich die abgelehnten srilankischen Asylbewerber nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden können, so müsse ernsthaft die Frage gestellt werden, weshalb ihnen kein Asyl gewährt werde.

Es ist in der Tat so, dass die Behörden nur vergleichsweise wenige Tamilen als politische Flüchtlinge anerkennen und somit auf diesem Wege keine signifikante Entlastung der Asylstatistik erfolgen kann; die durchschnittliche Anerkennungsquote über den

gesamten Zeitraum 1978 bis 2004 beträgt lediglich rund 2%. Zudem wird behördlicherseits vom rechtlichen Instrument der Internierung bzw. der vorläufigen Aufnahme, die vor allem seitens der Hilfswerke immer wieder gefordert wird, selbst bei nicht vollziehbaren Entscheiden kein Gebrauch gemacht – dies insbesondere wegen der befürchteten Sogwirkung und der sich daraus ergebenden Auswirkungen, die ein solcher Entscheid nach sich ziehen würde. Diese diversen Vorbehalte, Bedenken und Befürchtungen auf Behördenseite haben zur Folge, dass bis auf die wenigen als politische Flüchtlinge Anerkannten die allermeisten Tamilen in der Schweiz während Jahren über keinen sicheren Rechtsstatus verfügen. Sie müssen in Ungewissheit leben; ihr «Fall» ist bis auf weiteres sistiert, ihr Aufenthalt trotz abgelaufener Ausreisefrist bloss geduldet, ihr Rechtsstatus unklar, ihre Lebensperspektive von Bern abhängig.

Gewiss: Es sind die instabile politische Lage in Sri Lanka, die prekäre Menschenrechtssituation und die zeitweise bürgerkriegsähnlichen Zustände, die den Vollzug von rechtskräftigen Wegweisungsverfügungen während Jahren behindern. Doch nicht nur die unsicheren Verhältnisse in Sri Lanka, sondern ebenso die Entscheide schweizerischer Behörden tragen dazu bei, dass für Aussenstehende keine Klarheit über die behördliche Strategie, deren mittelfristige Ziele sowie den Rechtsstatus der in der Schweiz lebenden Tamilen besteht. So ergeht etwa im Mai 1984 an die kantonalen Behörden die Anweisung, vorläufig keine Ausschaffungen von srilankischen Staatsangehörigen vorzunehmen. Im Oktober des gleichen Jahres entscheidet der Bundesrat, dass Rückführungen nach Sri Lanka grundsätzlich wieder möglich seien – doch bereits sechs Wochen später, im Dezember 1984, erlässt er angesichts der sich in Sri Lanka zuspitzenden Lage einen offiziellen Heimschaffungsstopp für abgewiesene tamilische Asylsuchende. Die Aufhebung dieses bundesrätlichen Heimschaffungsstopps im März 1986 bedeutet jedoch nicht, wie eine grosse Schweizer Tageszeitung titelt, dass von nun an bei all jenen Tamilen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt wurde, die Wegweisungen tatsächlich auch vollzogen würden. Zuerst muss nämlich in jedem Einzelfall eine allfällige persönliche Gefährdung neu überprüft werden, wodurch das in der Regel ohnehin schon jahrelange Asylverfahren erneut in die Länge gezogen wird. So werden im Verlaufe des ganzen Jahres 1986 lediglich 22 Tamilen, fast ausschliesslich in der Schweiz verurteilte Drogenhändler, nach Sri Lanka zurückgeführt. Trotz Rückführungswillen der Asylbehörden und entsprechenden amtlichen Verlaut-

barungen, wonach Wegweisungen nach Sri Lanka grundsätzlich zumutbar seien, dauert der Heimschaffungsstopp auch nach seiner offiziellen Aufhebung im März 1986 faktisch bis ins Jahr 1994 an. Ebenso wird, wie bereits dargelegt, der Bundesratsbeschluss vom April 1994 in Bezug auf den Vollzug von Wegweisungen nicht konsequent umgesetzt, indem im Oktober 1994 ein bis ins Jahr 2000 hinein andauernder Behandlungs- und Vollzugsstopp einer beträchtlichen Kategorie von Sri-Lanka-Gesuchen erlassen wird.

Da sich Rückführungen nach Sri Lanka – abgesehen von Personen, die sich deliktisch, dissozial oder rechtsmissbräuchlich verhalten haben – während Jahren nicht realisieren lassen, nur vergleichsweise wenige Srilanki als politische Flüchtlinge anerkannt werden, eine Kollektivverfolgung von Tamilen behördlicherseits ebenso kategorisch verneint wird wie eine generelle Unzumutbarkeit der Wegweisung, Asylsuchende jedoch nicht ad infinitum auf einen Entscheid der Behörden über ihr Gesuch warten können, die Kritik angesichts dieser verfahrenen Situation wächst, wird nolens volens auf das Mittel von «Globallösungen» zurückgegriffen, um die Situation auf diesem Wege



zu entschärfen. Im Rahmen dreier Bundesratsbeschlüsse der Jahre 1990, 1994 und 2000 werden insgesamt rund 23 000 srilankische Asylsuchende in der Schweiz aufgrund der Unmöglichkeit des Wegweisungsvollzugs «vorläufig» aufgenommen und gelangen somit zu einem faktisch definitiven Aufenthaltstitel in unserem Land. Ein beträchtlicher Teil von ihnen sind junge Frauen, die ihren Verlobten nachreisen und die nach der zivilrechtlichen Trauung in der Schweiz in die vorläufige Aufnahme der Ehegatten einbezogen werden.

Die Problematik solcher Globallösungen ist offenkundig: Globallösungen führen zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Asylpolitik, indem auf bereits getroffene amtliche Entscheide nach Jahren zurückgekommen wird, sie erweisen sich als finanziell zu kostspielig, da sie zu spät und nach bereits erfolgtem beträchtlichem Verwaltungsaufwand erfolgen und sie tragen den Langzeitfolgen – zum Beispiel in Bezug auf den Familiennachzug – zu wenig Rechnung. Globallösungen erzeugen zudem einen Puffereffekt und – was auf Behördenseite in der Regel zu wenig beachtet wird – sie belassen die Betroffenen zu lange in einem rechtlich unsicheren und arbeitsmarktrechtlich unvorteilhaften Status einer vorläufigen Aufnahme. Hinzu kommt, dass Globallösungen durch die in der Regel um Jahre hinausgezögerte rechtliche Statusregelung ein rechtzeitiges Ergreifen von Integrationsmassnahmen verhindern.

Erst die dritte Globallösung, die Humanitäre Aktion 2000, führt aus der Sicht der Behörden zu der seit fast zwanzig Jahren anvisierten Normalisierung des Sri-Lanka-Dossiers. Dies, neben dem klaren politischen Willen und dank einer Beruhigung der Lage in Sri Lanka, infolge einer Reihe von wirksamen flankierenden Massnahmen wie einem



innovativen Rückkehrhilfeprogramm, einer zentralen Ersatz-Papierbeschaffung, einem Verfahrens- und Vollzugscontrolling sowie einer die Umsetzung der «Humanitären Aktion 2000» begleitenden und evaluierenden Koordinationsgruppe.

Das jahrelang verfolgte Ziel ist erreicht: Aus dem «Sonderfall Tamilen» ist im Laufe der Zeit asylrechtlich ein «Normalfall Sri Lanka» geworden.

Bilanz: Rückblick – Ausblick

Wie fällt aber die Bilanz dieser Normalisierung aus? Ende gut, alles gut? Gibt es «lessons learnt» für die Zukunft?

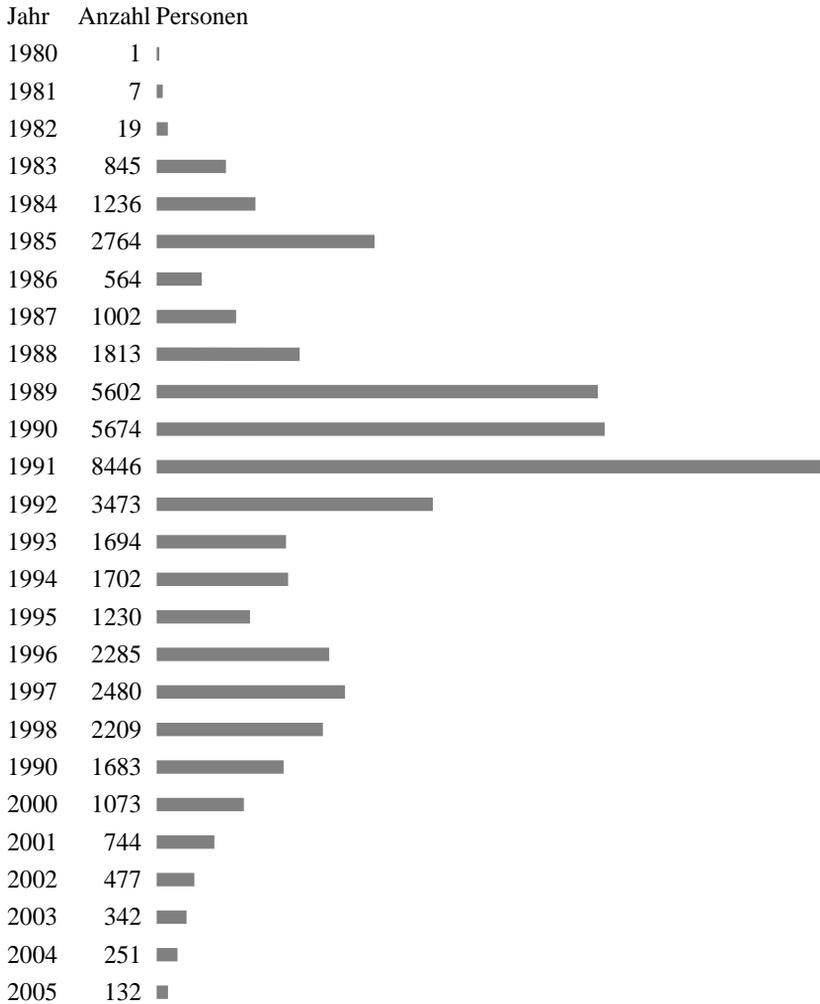
Nachstehend in thesenartiger Form die wichtigsten Ergebnisse, Erkenntnisse und Einsichten, die sich aus der überblicksmässigen Darstellung des behördlichen Umgangs mit dem Asyl-Dossier Sri Lanka in den vergangenen rund 20 Jahren ergeben:

- Das anspruchsvolle Sri-Lanka-Dossier ist von Beginn an ein Pendenzen-Dossier, das Handeln der Asylbehörden von dieser Daueraufgabe geprägt und absorbiert.
- Eine auf Kohärenz und Langfristigkeit angelegte Sri-Lanka-Praxis ist während Jahren nicht erkennbar. Sie ist jeweils das situative Resultat einer Reihe von beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Wirkungsfaktoren wie: Menschenrechtssituation in Sri Lanka, innenpolitische Akzeptanz des Sonderfalles Tamilen in der Schweiz, Lobbying von Interessengruppen usw.
- Die Asylbehörden betreiben mit dem Sri-Lanka-Dossier während Jahren einen sehr hohen Ressourcen-Aufwand in personeller, finanzieller und verwaltungsmässiger Hinsicht. Die jeweils ältesten Gesuchspendenzen werden schliesslich im Rahmen von – zahlenmässig grosszügigen – Globallösungen abgebaut.
- Globallösungen sind für die Behörden ein tendenziell bequemes, jedoch in grundsätzlicher Hinsicht problematisches und kostspieliges Instrument zum Abbau von langjährigen Gesuchs- und Vollzugspendenzen. Um Globallösungen zu vermeiden, sind rechtzeitige und mutige Lösungsoptionen und Handlungsansätze notwendig.
Die Sri-Lanka-Praxis der Behörden orientiert sich zu wenig an den Bedürfnissen und Erwartungen der Asylsuchenden und der wachsenden Tamilen-Gemeinschaft in der Schweiz. Aspekte der Migration, der Integration, des Arbeitsmarktes und des Familiennachzugs werden zu wenig berücksichtigt.

- Die Tamilen verfügen von Anfang an über eine engagierte und starke Unterstützung aus breiten Kreisen der Schweizer Bevölkerung und von verschiedenen Interessengruppen. Eine engere, departementsübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Bundesbehörden, den Interessengruppen und der tamilischen Diaspora birgt ein grosses Synergiepotenzial in sich. Im Interesse aller beteiligten Akteure sollte dieses Potenzial möglichst umfassend ausgeschöpft werden. Dies gilt sowohl im Hinblick auf Massnahmen zur Unterstützung einer dauerhaften Friedenslösung in Sri Lanka als auch hinsichtlich eines derzeit nicht auszuschliessenden Wiederausbruchs des ethnischen Konflikts mit migrationspolitischen Auswirkungen auf die Schweiz.

- Die letzten 20 Jahre der Asylrechtspraxis des Bundes dienen im Wesentlichen der schrittweisen Aufenthaltsregelung eines Grossteils von Asylsuchenden aus Sri Lanka. Die Schweiz beherbergt heute eine namhafte Diaspora von rund 40 000 Menschen aus Sri Lanka mit gefestigten Aufenthaltstiteln. Ziel einer nachhaltigen Integrationspolitik des Bundes muss es sein, die in der srilankischen Diaspora verstärkt sichtbar werdenden Folgeerscheinungen des «Sonderfalls Tamilen» zu erkennen und entsprechende Initiativen, Projekte und Einrichtungen in den Kantonen und Gemeinden sowie von privaten Organisationen materiell und ideell zu unterstützen. **Stephan Parak**

**Asylgesuche aus Sri Lanka
1. Januar 1980 bis 31. Juli 2005**

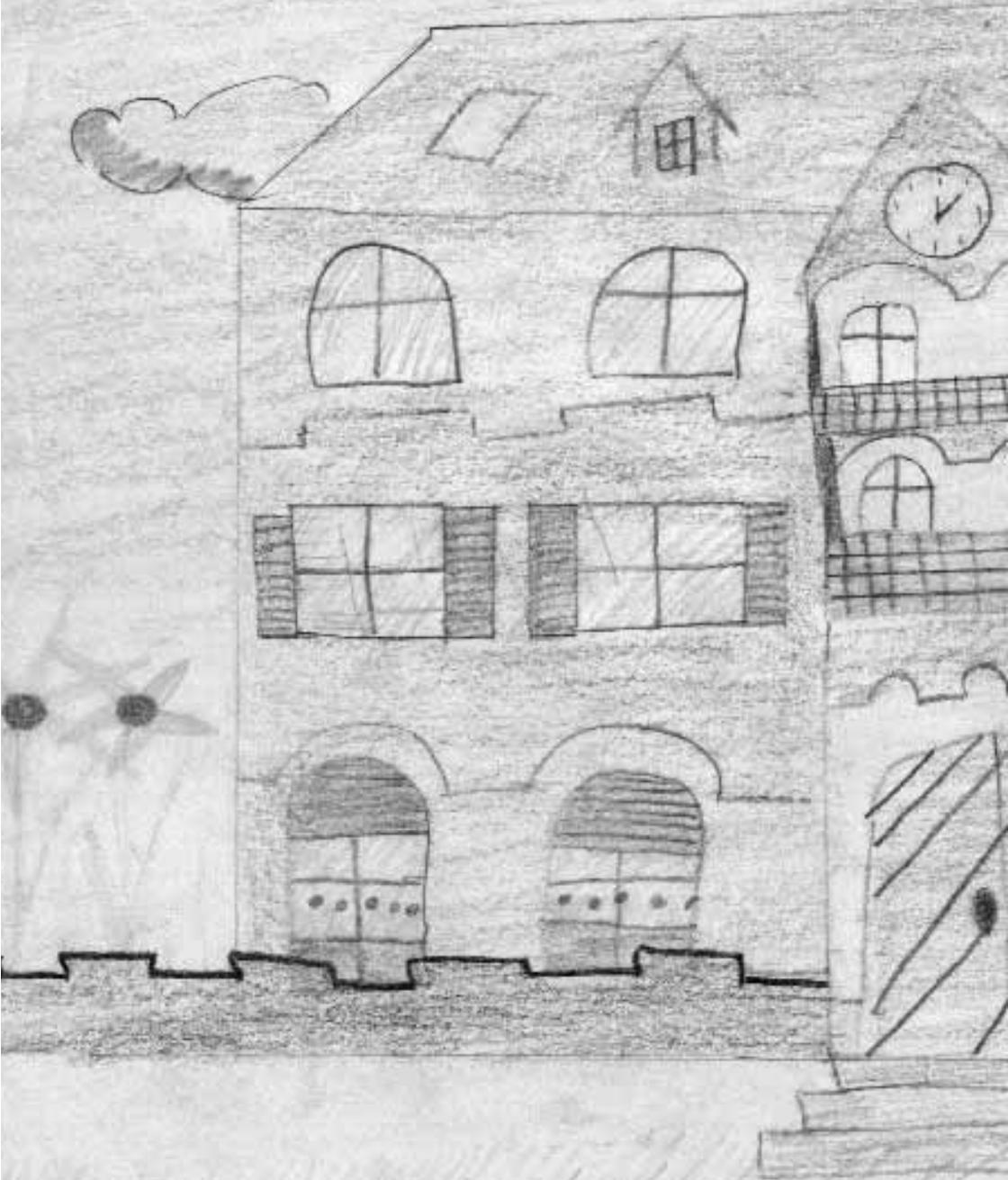




பெயர்:- குறும்பியா

Name:- Rambiya kunam

Gemeinde
(Riehen)



Have



Die TAMILISCHE SCHULE Basel

Zu den wichtigen Erfahrungen der Begegnung mit Asylsuchenden und Flüchtlingen gehören die Eigeninitiativen für ihre gemeinsamen Anliegen. Wichtigste Zeugnisse hierfür bildeten unter der tamilischen Bevölkerung der Aufbau der TAMILISCHEN SCHULE und das Projekt Ohm. Darüber berichtet Petra Leuenberger. Das Projekt Ohm vermittelt Einblicke in die Reichtümer der tamilischen Kultur. Die TAMILISCHE SCHULE mit ergänzendem Unterricht in tamilischer Sprache und Kultur bildet die Voraussetzung dafür, dass die Kinder der Flüchtlinge ihre Beziehungen zu ihren Verwandten und zum Herkunftsland bewahren können. Migrantinnen und Migranten müssen sich sowohl in den Kulturen des Herkunftslandes als auch jenen des Aufenthaltslandes bewegen können, lautet heute die Grundvoraussetzung jeder kompetenten Integrationspolitik. Jürg Meyer

Jeden Mittwochnachmittag unterrichten 15 tamilische Lehrerinnen und Lehrer 202 Schülerinnen und Schüler in Heimatkundlichem Sprach- und Kulturunterricht (HSK). Was 1992 als Initiative einiger tamilischer Eltern und mit der Unterstützung der Freiplatzaktion entstand, verlangt von der vierköpfigen Schulleitung mittlerweile grossen organisatorischen Aufwand, ist doch der tamilische HSK-Kurs der zahlenmässig grösste in Basel. Indiran Anantharaan und Chellathurai Ravindran sind während des Semes-



ters jeden Mittwochnachmittag vor Ort, im Sandgrubenschulhaus, im Thomas Platter- und im Vogelsangschulhaus, anzutreffen. Manchmal gilt es noch kurz vor Unterrichtsbeginn Kopien zu erstellen oder für eine kurzfristig ausgefallene Lehrperson Ersatz zu beschaffen. «Zu Beginn war es weniger gut organisiert», sind sich die beiden Schulleiter einig, die zusammen mit Yokanayaky Sivanathan und Ponnaiah Nageswaran das Leitungsteam bilden. «Heute sind wir wie eine Schweizer Schule organisiert», ergänzt Chellathurai Ravindran, der überzeugt ist, dass mit der guten Organisation auch die

Anerkennung gestiegen ist. In diesem Schuljahr erhalten die Lehrkräfte aufgrund der finanziellen Zuwendung der privaten HAMA-Stiftung erstmals seit Bestehen der tamilischen Schule 50 Franken pro Nachmittag als bescheidene Entschädigung. Allerdings ist unklar, ob die Lehrerinnen und Lehrer auch künftig mit einem solchen Betrag rechnen können. Vor- und Nachbereitungszeit, Sitzungen mit der Schulleitung oder den Eltern und vieles mehr leisten sie nach wie vor freiwillig. Der Kanton Basel-Stadt stellt die Klassenzimmer zur Verfügung. Sowohl Indiran als auch Ravindran arbeiten wie die anderen Mitglieder der Schulleitung und des Schulkomitees ehrenamtlich. Beide nehmen sich am Mittwochnachmittag frei, der eine von der Rehaklinik in Rheinfelden, wo er als Koch arbeitet, der andere von der Migros, wo er als Verkäufer angestellt ist. Beide sind seit rund 20 Jahren in der Schweiz, besitzen einen Schweizer Pass und sind seit über zehn Jahren in der Schulleitung aktiv. Gemeinsam vertreten sie die Schule nach aussen, organisieren die monatlich stattfindenden Sitzungen mit den Lehrkräften, Zusammenkünfte mit den Eltern und sind Ansprechpersonen für alle Anliegen, die die Schule betreffen. Vor drei Jahren konnten sie mit Unterstützung der Freiplatzaktion eine Lehrerin aus Sri Lanka einladen, die ihnen half, den Lehrplan zu entwickeln. «Wer seine Herkunftssprache richtig beherrscht, dem fällt auch das Erlernen von Fremdsprachen leichter», so Indiran, der 2003 für sein Engagement mit dem «Preis für fleissiges Arbeiten in der Schweiz» der Organisation «Solidarité sans frontières» ausgezeichnet wurde. Die hiesige Tamilische Schule orientiert sich am tamilischen Schulsystem, was bedeutet, dass im Januar Schulbeginn ist, zweimal im Jahr Zeugnisse ausgestellt werden und die Kinder bereits mit fünf Jahren eintreten können.



nen von Fremdsprachen leichter», so Indiran, der 2003 für sein Engagement mit dem «Preis für fleissiges Arbeiten in der Schweiz» der Organisation «Solidarité sans frontières» ausgezeichnet wurde. Die hiesige Tamilische Schule orientiert sich am tamilischen Schulsystem, was bedeutet, dass im Januar Schulbeginn ist, zweimal im Jahr Zeugnisse ausgestellt werden und die Kinder bereits mit fünf Jahren eintreten können.

Dazu gehört auch, dass jährlich im Oktober das Kallai-Vaani-Schulfest stattfindet, an dem, umrahmt von Theater- und Tanzeinlagen, die Klassenresultate präsentiert werden. Jährlich besuchen rund 600 Tamilinnen und Tamilen dieses Fest.

Obwohl die eigenen Kinder der Tamilischen Schule schon fast erwachsen sind, werden sich Indiran und Ravindran wohl auch weiterhin für die Tamilische Schule engagieren, nicht zuletzt deshalb, weil es schwierig werden dürfte, Leute zu finden, die diesen Arbeitsaufwand ehrenamtlich erbringen würden.



Aus der tamilischen Selbsthilfe ging auch bereits im Jahre 1985 das Projekt Ohm hervor. Es ging darum, die tamilische Kultur weiterzuvermitteln. Unter anderem wurden im Jahre 1990 die Lehren des Tirukkural mit Hilfe von Uwe Beissert in die deutsche Sprache übersetzt und veröffentlicht. Im Jahre 1992 folgte die Publikation, ebenfalls in deutscher Sprache, des Buches Nalladiyar. Eine Tonbandkassette galt den hinduistischen Tempelgesängen. Der Erlös aus diesen Werken wurde über Uwe Beissert nach Sri Lanka gebracht und zugunsten von Opfern des Krieges eingesetzt. In vielen tamilischen Überlieferungen zeigten sich immer wieder Ähnlichkeiten zu christlichen Kulturwerten. So waren die Tamilen stets beeindruckt von den schweizerischen Klöstern, unter anderem in Mariastein. Zwischen 1985 und 1994 führte die tamilische Gemeinschaft einen eigenen Radiosender in tamilischer Sprache.

In der sportbegeisterten Basler Region war es fast selbstverständlich, dass die tamilische Gemeinschaft einen eigenen Fussballclub gründete, der unter dem Namen «Bluebirds» auftritt.

Die Briefe und Zeichnungen stammen von Schülerinnen und Schülern der tamilischen Schule. Wir haben 12- bis 13-jährige Schülerinnen und Schüler der Tamilischen Schule gebeten, einer verwandten oder bekannten Person in Sri Lanka einen Brief zu schreiben und dieser Person mitzuteilen, wie sie in der Schweiz bzw. in der Region Basel leben, wie es ihnen geht, was ihnen hier gefällt oder nicht gefällt, was anders ist als in Sri Lanka.

Die jüngeren Kinder, im Alter zwischen acht und elf, haben wir aufgefordert, Zeichnungen von Basel anzufertigen, mit denen sie zum Ausdruck bringen sollen, wie es ihnen geht, was ihnen in Basel gefällt, wie sie hier leben usw. *Petra Leuenberger*

✓



Gesamt- und Gesamtpunkte

Name: - Mag. - Veroffenbarja

Blattseiten, Ausdrucken, Vorarbeiten, ...



ശ്ലാഘിക്ക: മ.പി.എസ്. കോളേജ്

Name:- K. MATUR GETHAN



Basel, den 1.4.05

Lieber Onkel,

Wie geht es Ihnen? Mir geht es gut. Ich erzähle
über mein Leben in der Schweiz. Es gibt in der
Schweiz 26 Kantone. Die Schweiz ist ein viersprachiges
Land. Die Sprachen sind Deutsch, Französisch, Italieni-
sch, Rätoromanisch. Ich finde nicht gut, dass mich
Kinder beleidigen und schlagen weil ich Schweizer bin.
Die Hauptstadt der Schweiz ist Bern. Ich erzähle Ihnen
über meinen Kanton wo ich wohne. Ich wohne in Basel,
genauer gesagt in Kleinfasel. Basel besteht aus zwei
Halbkantonen, einer ist Basel-Land und der andere
ist Basel-Stadt. Basel ist berühmt für seine Messe
und für den Zoo. Auch das Münster ist bekannt.
In Basel fühle ich mich wohl und ich finde auch
die meisten Leute nett.

Mit freundlichen
Grüssen


Liebe Ranji Siti wie gehtes ihnen?

Mir gehtes gut.

Ich wohne in der Schweiz im Kanton Basel-Landschaft in Oberwil. Ich lebe in der Schweiz seit meiner Geburt also seit 13 Jahren.

Ich gehe in die siebte Klasse der Tamilischen-Schule. Ich bin zufrieden in der Schweiz weil es keinen Krieg hat und weil ich hier schon lange lebe. Ich bin schon zwei mal in Sri Lanka gewesen und zwei mal in Indien, zwei mal in Frankreich, etwa 7-8 mal in Deutschland.

Meine Hobbys sind:

lesen, schreiben, rechnen, spielen, zeichnen manchmal, Diddl-Blätter sammeln.

Die Schweiz ist ein sehr schönes Land aber es gibt vier

Jahreszeiten: Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Ich bin schon in der Schweiz auf dem

Titlis und am Rheinfall gewesen

Ich bin auch schon ein paar mal in Bern, St. Gallen, Graubünden, Zürich und im Aargau gewesen.

Ich habe viele Kolleginnen.

Ich bin ein Fan von: Fussballclub Basel (FCB), Mary-Kate und Ashley Olson, Diddl, Shakira, Chipz.

Ich will Krankenschwester werden oder in einem Büro arbeiten, vielleicht werde ich

Lehrerin.

Wir lernen in der Schweiz
Schweizerdeutsch, Hochdeutsch, Französisch
und Englisch.

Arduvili

Liebe Onkel's Familie

Wie geht es euch? Mir geht es gut.

Ich kenne euch nicht direkt. Ich habe euch nur auf Fotos gesehen und mit dem Telefon Kontakt gehabt und Brieflich. Weil mir meine Eltern von Sri Lanka erzählt haben, weiss ich ein bisschen bescheid von Sri Lanka. Deswegen möchte ich euch von meiner Ortschaft erzählen oder schreiben, was ich gern habe und nicht gern habe.

In der Schweiz in Birsfelden bei Basel wohne ich. In Birsfelden gefällt mir, dass die meisten Leute gar nicht auf die Haut schauen sondern einfach Freunde werden, dass sie immer genau und pünktlich sind. Die Gemeinde hilft immer den Menschen. Die Ortschaft ist sauber. Hier im Birsfelden fliesst ein schöner Fluss, der Fluss heisst Birs. Deswegen heisst die Ortschaft Birsfelden. Ich habe alle vier Jahreszeiten gern.

Was ich nicht gern mag ist dass es hier nicht sehr hoch schneit, weil Birsfelden sehr tief liegt und keine Berge hat.

Gruss
Rakarie



Vom Zivi zum Präsidenten der Freiplatzaktion Basel

«Etwas Sinnvolles tun» ist eine der treffendsten Umschreibungen der Institution Zivildienst. Seit im Jahr 1998 der erste Zivildienstleistende seinen Einsatz bei der Freiplatzaktion Basel absolvierte, folgten ihm 27 Männer, die eben etwas Sinnvolles tun wollten. Ob in der Beratung oder im Rahmen des Projekts «Hilfe zur Selbsthilfe – Deutschunterricht für Männer aus Sri Lanka» –, sie alle leisteten einen unverzichtbaren Beitrag für unzählige Menschen, denen in teilweise existenziellen Notlagen geholfen werden konnte. Die Hilfe war jedoch nie einseitig: Jeder Zivildienstleistende profitierte im Laufe seines Einsatzes ebenso stark von seiner Klientel wie umgekehrt. Ob von der reichhaltigen Lebenserfahrung, den exquisiten Kochkünsten oder einem Crash-Kurs in Tamilisch – kein «Zivi» ging leer aus.

Manche Zivildienstleistende blieben gleich im Migrationsbereich «hängen». Wie der Schreibende, welcher als Zivi hier anfing und nun deren Präsident ist. Ein anderer «Ehemaliger» arbeitet im Service Civil International (SCI) – eine bemerkenswerte Institution, die einen wichtigen Beitrag zur Überwindung von Konflikten in den Herkunftsländern von Flüchtlingen leistet.* Andere «Ehemalige» setzen sich für Sans-papiers ein oder arbeiten bei anderen Beratungsstellen. Und wiederum andere sind einen komplett neuen Weg gegangen: Sie arbeiten als Städtebauplaner, Banker oder Anwälte. Doch im Leben keines dieser ehemaligen Zivildienstler gab es nicht schon Momente, in denen er von den Erfahrungen seiner Einsätze Gebrauch machen konnte.

Unsere Gesellschaft befindet sich in stetigem Wandel und die Freiplatzaktion Basel reflektiert dies aufgrund ihrer Eigenschaft als Zivildienst-Einsatzbetrieb in einem ungleich stärkeren Ausmass als andere Beratungsstellen. Die Herausforderung ist gross: Stellenweise tauchen fast im Wochentakt neue Gesichter unter den MitarbeiterInnen der Freiplatzaktion Basel auf. Dies fordert einerseits die festen MitarbeiterInnen aber gleichzeitig auch die KlientInnen. Die Zivildienstleistenden und anderen MitarbeiterInnen leisten überdurchschnittlich viel, um den mit diesen vielen Wechseln verbundenen Problemen entgegenzuwirken. Rückschläge gehören dabei zur Tagesordnung – doch wo ein Wille ist, da ist ein Weg und die Freiplatzaktion Basel geht diesen Weg jeden Tag mit Mut und Ausdauer!

Die nächste Generation

Flexibilität, Improvisation, Kreativität – diese Stichworte gehören zum Fundament der Freiplatzaktion Basel. Ohne sie könnte dem Druck der Herausforderungen im Migrationsbereich nie standgehalten werden. Die aktuelle politische Situation in der Schweiz und auch in Sri Lanka ist nicht einfach. Aber die Vergangenheit lehrt, dass die Freiplatzaktion gerade in den tiefsten Krisen ihre grössten Momente erleben durfte.



Bestanden zur Gründungszeit der Freiplatzaktion die Hauptprobleme noch darin, überhaupt Unterkunft und Kleider für die KlientInnen zu finden, so geht es heute vermehrt darum, den Menschen zu helfen, wenn der Vermieter auf ihre Kosten die gesamte Wohnung renovieren lässt oder wenn der Arbeitgeber seinem tamilischen Angestellten die Pensionskassenbeiträge nicht eingezahlt hat. Das Augenmerk liegt heute vermehrt bei der Integration. Die Asylgesuche sind zurückgegangen. Aber es hat auch ein Generationenwechsel stattgefunden.

Schon heute kommen viele neue KlientInnen durch ihre Eltern zur Freiplatzaktion. Sie müssen unsere Sprache und unsere Kultur nicht mehr erlernen – sie sind damit aufgewachsen. Ihre Probleme liegen darin, dass sie zwischen schweizerischer und tamilischer Identität stehen. Oder sie wollen heiraten, SchweizerIn werden oder ihre Traumlehrstelle finden. Oft können (oder wollen) ihre Eltern ihnen dabei nicht helfen. Der Gegensatz zwischen tamilischer und schweizerischer Kultur ist immens. Aber er ist nicht unüberbrückbar.

Die Freiplatzaktion Basel wird die nötigen Brücken errichten ...

Stephan Herzog

*Der SCI führt zum Beispiel zurzeit mehrere Einsätze in Sri Lanka durch. Die sieben Freiwilligen gehören der zweiten Generation von Flüchtlingen aus Sri Lanka an. So ist jetzt unter anderem Theeb UruthiraMoorthy, Sohn des Vizepräsidenten der Freiplatzaktion, in einem Zivildiensteeinsatz in Sri Lanka, vorwiegend in der Stadt Kandy. Er arbeitet dort im Center for Non-Violent Conflict Resolution and Conflict Transformation. Da geht es um die Arbeit in der breiten Bevölkerung, um Vorurteile und Feindschaft zwischen den verschiedenen Volksgruppen abzubauen. Damit können die Bedingungen für den Friedensprozess auf hoher Ebene verbessert werden.



Dank an alle freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freiplatzaktion Basel

Ohne die breite finanzielle und ideelle Unterstützung der treuen Mitglieder und vielen Spenderinnen und Spender sowie die im Laufe der letzten 20 Jahre in der Freiplatzaktion mitwirkenden freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre das Angebot an die Ratsuchenden nicht möglich gewesen. Allen ein ganz herzlicher Dank.

Freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der letzten 20 Jahre

A Ruth Ackle. Hans Adler. Indiran und Nanthini Anantharaan. Thirunavukkarasu Anantharaan. James Gnanenthiran Arulanatham. **B** Krishnakumar Balasubramaniam. Uruthirarajan Balasundaram. Uwe Beissert. Susanne Bertschi. Georg Brubacher. Regina Buchli. **C** Ravindran und Jeyarani Chellathuray. Vivekanandan und Indrany Chellathuray. Maria Coors. Michelle Cottier. **D** Marianne Diethelm. Beatrice Dinkel. **E** Edith Egli. Guido Ehrler. **F** Marietta Fabbro. Oskar Flück. Barbara Frei-Koller und Familie. Veronika Frei. **G** Sivarajasekaran und Mangaiyatkaran Ganesalingam. Monika Geisseler. Verena Gessler. Kanagalingam und Jeyasakthy Gnanasegaran. Sylvia Gobel. Franz Goldschmidt. Ruth Gonseth. **H** Martin Haechler. Robert Handschin. Doris und Werner Handschin. Esther und Hanspeter Helfer-Meier. Christoph Herrmann. Stephan Herzog. Ursula Hiss-Häfliger. Albert Hofmann-Heierli. J Noel Thomas Joseph. **K** Balakumar Kandasami Sriyananthan. Vinasithamby Kandiah. Balaparathy und Maheswary Kathiravepillai. Satkunam Kesavan. Theresia Kessler. Annemarie Kloter. Markus und Cornelia Knöpfli-Rathke. Maja Kopp. Kanagan Kulasegaram. Beatrice Kunovits-Vogt. **L** Anni Lanz. Beat Leuthardt. Kristina Ljubcic. Damaris Lüthi. **M** Rosemarie Mangold. Mariyagnanas Mariyaarulanathan. Karin Merian Zwygart. Jürg Meyer. Oona Moena. Sylvia Mollet Sangaré. Guy Morin. Ursula Müller. Thiyagarajah Muralinadesan. **N** Easwary und UruthiraMoorthy Nagesh. Ponnaiah Nageswaran. Thayaparan Nallathamby. **P** Paola Palmieri. Stephan Parak. Paskaran Pararajasingam. Claudine Payot. Christina Peschke. Monika Peyton. Dieter Polheim. Annettina Prevost. **R** Hansueli Raaflaub. Mahendran Rasiah. Ratnalingam Rasu. Gnanendran Rasu. Chandran Rasu. Murugathas Ratnam. Udo Rauchfleisch. Regine Rauchfleisch. Stefano Rinaldo. Hanspeter Rohner. Dorothea Roth. Nicolas Roulet. Marina Rüeegger-Portmann. Marianne und Kurt Rufer-Plattner. Hanni Rytz-Preiswerk. **S** Susi-Miriam Sakran Thomas. Michèle Salmony di Stefano. Ruth Schmidt. Markus und Elisabeth Schneider. Meta Scholer-Meier. Heidi Schudel. Esther Schumacher-Koller. Bea Schwager. Ruth Seiler. Kanagasabai Selvaratnam. Verena und Gian Clo Serena-Iselin.

Suguna Sithampalam. Jegatheesan und Vasanthini Sivagnanam. Yokanayaky Sivanthan. Dana Skarvan. Hanspeter Spaar. Paul Spring. Lydia Stgier. Max Stückelberger. David Studer. Martin Stürzinger. Jeya Subramaniam. Kanaku und Manohary Subramaniam. Tharmarajah und Pathmajanadevi Subramaniam. T Maseelamani Thamothersampillai Nathan. Sritharan und Krishnabavani Thangarajah. Kumuthini Tharmarajah. Muralinadesan Thiyagarajah. Thuchachathanan u. Tharmananthy Thuraisamy. Edith Thüning. Anlac Truong Dinh. **V** Caroline Valentin-Ingold. Kanagaratnam Vallipuram. Ravendran und Pathmini Velautham-Sinnathurai. Manorathan und Nanthini Visuvalingam. Krishanthan und Sivomiya Vivekananthan. Sumathy Vivekananthan. Marie Therese von Rohr-Truong. Balasubramaniam Vyravippillai. **W** Margareta Wagner. Daniel Walter. Dieter Wohlfahrt. Esther Wyss. Heidi Wyss. **Y** Selvarani Yogeeswaran. **Z** Thomas Zajac. Rosmarie Zell. Und viele Referentinnen und Referenten, Anwältinnen und Anwälte, Ärztinnen und Ärzte

Im Gedenken

Werner Graf, Riehen. Annemarie Keller, Basel. Ruth Nager, Riehen. Hans Scholer, Basel. Susanna Schmid, Liestal. Rosemarie Schönholzer, Liestal. Albert Schudel, Riehen. Hans Schweizer, Liestal. Peter Valentin, Liestal. Peter und Esther Walter, Basel.



Freiplatzaktion Basel

Im Jahr 1984 suchte erstmals eine grössere Anzahl Tamilen in der Schweiz Zuflucht vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat Sri Lanka.

In dieser Situation wurde von privater Seite ein Projekt lanciert, aus dem nur wenig später der Verein Freiplatzaktion Basel entstand.